ISBN 3-87998-518-9

Felix G. Binn

SILVIO GESELL
Der verkannte Prophet

– ein Beitrag zur
Dogmen- und Wirtschaftsgeschichte
des 20. Jahrhunderts
mit aktuellen Bezügen –

Herausgegeben von Prof. Dr. Felix G. BINN
als Heft 3 der Schriftenreihe der
„Stiftung für persönliche Freiheit und soziale
Sicherheit", 2000 Hamburg 73, Redderblock 58

I N H A L T

Hergestellt durch die Druckerei A. Bachmann,
Hamburg

Auslieferung an den Buchhandel nur durch
Chr. Gauke Verlag,
Postfach 1225, 3510 Hann.-Münden 1

Vorwort des Herausgebers

> *„Es ist lächerlich, obgleich gewöhnlich, eine in sich abgerundete und auf sich selbst beruhende Schöpfung zu verurteilen, weil sie feindlich mit Ideen zusammenstößt, die außerhalb ihres Kreises liegen."*
> *J. Friedrich Hebbel*

Diese Sammlung ist dem Andenken von Jean Silvio GESELL (1862–1930) gewidmet. Eine fast unüberwindliche Mauer von Vorurteilen hat bislang den breiten Zugang zu seiner Ideenwelt versperrt. Diese Vorurteile wurden gebildet in einer Zeit, die Begriffe wie Demokratisierung des Lebens, Leistungsgesellschaft, Pluralismus, Sozialverpflichtung nicht kannte. In einer solchen „gut bürgerlichen" Zeit mußten diese Begriffe, die uns heute selbstverständlich scheinen, revolutionäre Schreckgespenster par exellence sein.

Auch GESELL verwendet diese Worte nicht; er meint sie aber! Gleichzeitig meint er, daß vordemokratische Privilegien in der Geldverfassung und im Bodenrecht keine Basis für unsere Gesellschaft bilden, schlimmer noch, unserer Gesellschaft die Krisen bescheren und sie jedesmal bis auf die Grundfesten erschüttern.

Neben denen, die diese Zusammenhänge geistig nicht bewältigen, stehen diejenigen, die sich in diesem System zum eigenen Vorteil etabliert haben und an einer Änderung kein Interesse haben.

Ihnen hinzu gesellt sich die Schar der Brotgelehrten und Vertreter der herrschenden Lehre, die sich im wertfreien Elfenbeinturm mit der Beschreibung und statistischen Erfassung volkswirtschaftlich-gesellschaftlicher Phänomene beschäftigen, die sie im übrigen nach naturwissenschaftlichem Denkmodell in den Ursachen als unbeeinflußbar hinnehmen. Ihnen allen stellt GESELL sein Konzept entgegen. Seine persönliche Tragik besteht darin, daß die Zeit für die Fülle und Tragweite seiner Ideen noch nicht reif war.

Spätestens mit der Verabschiedung des Grundgesetzes erschienen dann die zu Anfang angeführten Begriffe in unserem Sprachschatz und drückten aus: Der Zeitgeist ist so weit! Jetzt hätte man eine umfassende Renaissance GESELL'scher Vorstellungen erwarten können; aber weit gefehlt! Unser Denken in vordemokratischen Privileg-Kategorien und die vor fünfzig Jahren auf diesem Boden entstandenen Vorurteile wirken noch.

Der Herausgeber will darum mithelfen, beides abzubauen. Gleichzeitig soll ein bislang weißer Fleck auf der Landkarte der jüngsten Dogmengeschichte und sein Bezug zur heutigen Praxis erläutert werden.

Zum 50-jährigen Todestag GESELLS erscheint diese Sammlung von Arbeiten. Sie führen den Leser ein in die Gedankenwelt des Privatgelehrten und Praktikers. Gleichzeitig wird der Versuch unternommen, aus dem Grundkonzept die neue Theorie des NEO-PHYSIOKRATISMUS in Umrissen zu entwickeln.

Von GESELL selbst wird eine der glänzendsten ökonomisch-gesellschaftlichen Parabeln veröffentlicht, die im heutigen theoretischen Bezug erläutert wird. Die Alternative heißt letztlich: Kommunismus oder Freiwirtschaft, Marx oder Gesell? Ein Blick auf die uns umgebende Realität der friedlosen Systeme Kapitalismus und Kommunismus vervollständigt das Bild. Die Konturen werden schärfer, wenn wir an jedes System die GESELL'sche Elle anlegen. Von Schelling befaßt sich mit dem Kernstück der freiwirtschaftlichen Theorie: der konstruktiven Kritik an der jetzigen Geldverfassung.

Der Herausgeber hofft, mit dieser Auswahl im Rahmen der gegebenen Mittel ein Optimum erreicht zu haben.

Mönchengladbach, im September 1978

Felix G. Binn



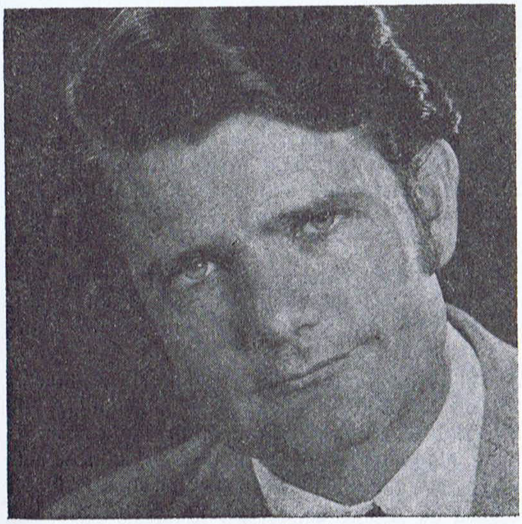
Gedenktafel am Geburtshaus in St. Vith



Grab auf dem Friedhof in Oranienburg

Felix G. Binn

Silvio Gesell und die heutige Zeit*)



Gliederung:

1. Persönliche Daten und geistiger Standpunkt Gesells

Silvio Jean Gesell wurde 1862 im damaligen westlichen Grenzgebiet des Deutschen Reiches in St. Vith geboren. Er hatte neun Geschwister, sein Vater war preußischer Kreissekretär und die Familie lebte in guten Verhältnissen. Mit 20 Jahren findet Gesell in Spanien seine erste Auslandsstelle, mit 25 Jahren gründet er in Buenos Aires eine Firma in der Medizinalbranche, die er, zum großen Teil in Anwendung seiner theoretischen Kenntnisse in der Volkswirtschaftslehre, vor der großen Krise von 1899 veräußert. Von dieser Zeit an widmet er sich seinem geistigen Lebenswerk, der Idee der Freiwirtschaft. In der Schweiz läßt er sich nieder, um als Privatgelehrter seine Studien zu vertiefen und sie in praktische Politik umzusetzen. Die Gelegenheit dazu bietet sich, als er nach dem ersten Weltkrieg in die bayrische Hauptstadt gerufen wird und von der dortigen Räterepublik zum Volksbeauftragten für Finanzen ernannt wird. Seine Tätigkeit währte nur kurz, da die politischen Ereignisse sich überschlugen. Nach seinem Freispruch vor dem Standgericht in München ließ er sich in Berlin nieder und starb dort am 11. März 1930 an einer Lungenentzündung, von der offiziellen Öffentlichkeit wenig betrauert, von der damaligen FRANKFURTER ZEITUNG in einem Nachruf im geringschätzig-spöttischen Sinne als „Apostel" eingestuft.

Einiges im Lebensbilde Gesells läßt uns an die ursprüngliche Bedeutung denken: Ein Apostel war ein „Ausgesandter" zur Verkündung einer Lehre – also wohl einer Theorie –, und die griechische Didache ist die urchristliche Apostellehre und Kirchenordnung. Person und Lehre bilden also eine Einheit.

Lassen Sie mich auch bei Gesell eine Parallele aufzuzeigen versuchen zwischen Persönlichkeit und Werk. *Uhlemayr*, ehemaliger Oberstudiendirektor in Nürnberg und Mitarbeiter Gesells,, spricht von dessen wenig werberischer Wesensart, aber auch von seiner „anima candida", seiner unbedingten Wahrhaftigkeit und Echtheit . . . und der Verkörperung der Güte und Barmherzigkeit."[1]) Dieser Melodie viele Stro-

*) Erweiterte Fassung des Vortrages, gehalten auf der Internationalen Sozialpolitischen Tagung in Kreuzlingen und Konstanz vom 20.–24. Mai 1978.

phen zu geben, würde nicht schwerfallen. Die Schilderungen seiner Freunde sind voll davon. Von 1891 bis 1930 schrieb Gesell über 60 Bücher, Broschüren und Artikel, als erstes „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat". Diese Schrift enthält sein Programm einer neuen Währungstheorie.

> „Er wird später neue Schriften verfassen, er wird neue Gedankengänge beifügen, er wird ausführlicher werden und die Auswirkungen seiner Reformen in alle Verästelungen des Wirtschaftslebens darstellen . . . aber er wird an dieser Theorie nichts ändern müssen. ... Mit vollkommener Präzision hat Gesell das Fundament gelegt zu seinem Lebenswerk."[2])

Das sind die Worte von Werner *Schmidt*, Zürich[3]).

Erscheint uns jetzt bei der nur oberflächlich angedeuteten Übereinstimmung von Persönlichkeit und Werk die Bezeichnung „Apostel" nicht in einem anderen Licht?

Gesell gehörte auch keiner Partei an. Er schuf sie sich selbst, nicht immer zu seiner Freude, denn die „Fans", wie man wohl heute sagen würde, kann man sich nicht aussuchen. Daher stammt wohl ohne Zweifel der Ausspruch:

> „Gott behüte mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich schon selber fertig."

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine Persönlichkeit, die die Konventionen kritisch betrachtet — und das auf den Gebieten Währungstheorie, gesunde Ernährung, Freikörperkultur, Staatsallmacht, Bodenrecht, Frauenfrage — die Protestierenden aller Richtungen und jeder Schattierung magisch anzieht. So ersetzt dann oft die Verehrung die Qualifikation und der Glaube die Kenntnisse. Hier haben wir den Grund, warum Gesells Gegner mit Freuden die Gelegenheit wahrnahmen, ihn an seinen damaligen Absonderlichkeiten zu messen, die wir uns heute in der „permissive society" gar nicht mehr absonderlich vorstellen können.

Die Reaktion des Establishments auf Außenseiteransichten ist, sie zu bekämpfen,

totzuschweigen,

sie lächerlich zu machen; und zwar in dieser Reihenfolge! Gesell erlebte sie nacheinander, woraus man durchaus eine Auszeichnung ableiten kann.

Gesells geistiger Standort

Von der Vorbildung her Autodidakt, betätigt sich Gesell als kaufmännischer Praktiker. Erst die krisenhaften Störungen des Wirtschaftslebens lassen ihn zum Theoretiker werden, der analytisch nach den Ursachen fragt. Er hat den Blick für das Prinzip und den unerbittlichen Wirklichkeitssinn für die Gesetze und Absichten der Natur.

> „Für diese hatte er eine Art religiöse Verehrung; was die Natur will, war für ihn heilig; sie war ihm eine große, untrügliche Lehrmeisterin . . ." [4]).

Aus dieser Grundeinstellung folgt das natürliche Prinzip der Selbsterhaltung des Individuums. Er scheidet scharf zwischen dem in der Sozialordnung eingebundenen Eigennutz, auf den er seine ganze natürliche Wirtschaftsordnung fußen läßt und der ungebundenen Selbstsucht, die unter dem Schein der persönlichen Freiheit schon den Spaltpilz für die Gesellschaft in sich birgt, wenn man nur lange genug wartet.

> „Der Kurzsichtige ist selbstsüchtig, der Weitsichtige wird in der Regel einsehen, daß im Gedeihen des Ganzen der eigene Nutz am besten verankert ist". (NWO) [5]).

Folgerichtig vertritt Gesell dann auch einen kompromißlosen Wettbewerb, der die natürlichen Fähigkeiten der Menschen gelten läßt und sie zur alleinigen Quelle des Eigentums und des Wohlstandes macht. Alles, was an Machtinstrumenten im Laufe der Jahrhunderte, ja, Jahrtausende erdacht worden ist, um der Selbstsucht zu dienen, erfährt eine gnadenlose Abfuhr, seien es nun die Privaten oder sei es der Staat. Leistung gleich Gegenleistung ist die Devise, und alles, was von ihr abweicht, fällt unter die Definition der Ausbeutung, sei es auf Grund von Macht der Ausbeuter oder von Dummheit der Ausgebeuteten — was letzlich auf dasselbe hinausläuft. Diese idealtypische Marktwirtschaft gilt es zu verwirklichen und in ihr alles an vordemokratischen Privilegien *) abzubauen, was die Tauschgerechtigkeit behindert.

Mit diesem Begriff der Tauschgerechtigkeit kommen wir auf einen weiteren Gesell'schen Wesenszug: Ungerechtigkeit ist wider die Natur, wider das Verursachungsprinzip. Ungerechtigkeit schafft die Klassengegensätze, sprengt die Gesellschaft,

---

* Unter diesem Begriff verstehe ich die geltende Bodenordnung und die Geldverfassung als Vorteile, entstanden in vordemokratischer Zeit, die das System den Privilegierten und Insidern zugesteht.

läßt den Ruf nach dem Staat erschallen und so den Teufel mit Beelzebub austreiben. Der Individualismus bleibt in jedem Fall auf der Strecke. So bescheinigt Starbatty [6]) dem gesellschaftspolitischen Leitbild Gesells eine

> „andere Empfindlichkeit als das der liberalen Klassiker".

Er spricht von einem

> „stärkeren moralischen Rigorismus ... "
> der
> „in gesellschaftspolitischen Fragen sehr viel strenger als die übliche liberale Auffassung„ ausfällt.
>
> „Silvio Gesell will nicht nur eine offene Gesellschaft schaffen, sondern eine Gesellschaft mit absoluter Startgleichheit ... ".

Spätestens mit seiner Forderung nach moralischer Beurteilung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge setzt sich Gesell in Gegensatz zu der im ersten Weltkrieg aufkommenden Ansicht Max Webers, wonach derartiges Vorgehen mit Wissenschaft unvereinbar ist, weil Werturteile nicht beweisbar und darum nicht objektiv seien. Sie seien Probleme des Parlamentarismus und somit der Politiker. Eine solche Interpretation des Begriffes „Wissenschaft" kann in vielen Fällen garnicht hochgenug eingeschätzt werden, bietet sich hier doch die elegante Möglichkeit für jeden Wissenschaftler, aus der Schußlinie zu verschwinden.

Unabhängig von solchen Erörterungen verfolgte Gesell seinen Standpunkt, er finanzierte ihn sogar publizistisch .

> „Wer die Mittel nicht besitzt, um das Geschriebene auf eigene Kosten drucken zu lassen, der darf sich nicht mit dem Geldwesen befassen"[7]).

Er erkannte ganz deutlich, daß er in der Schußlinie stand.

> „Unsere Hochschullehrer ... mögen für ihre Bücher auch willige Verleger finden, doch steht ... der Satz im Wege, daß Hadersachen von der Schule ferngehalten werden müssen. So dürfen diese Schriften aus Rücksicht auf ihre Bestimmung niemals tiefer in das Wesen des Geldes eindringen ... Es steht mit dem Geld nicht anders wie mit der Lehre von der Grundrente, vom Zins, vom Lohn, und ein Hochschullehrer, der den zwist-stiftenden Kern all dieser Fragen nicht beachten wollte, würde seinen Hörsaal bald in ein Schlachtfeld verwandeln . . ." [7]) (1911).

Mit den Vertretern der wertfreien Wissenschaft [8]) hatte Gesell es also verdorben, könnte man sagen. Wie stand es denn mit den Vertretern der herrschenden Lehre [9]), soweit sie Werturteile bejahten? Hierzu dürften die Ausführungen Starbattys Antwort geben:

> „Die Wirtschaftswissenschaft hat Silvio Gesell tiefe Einblicke in das Wesen des Geldes und des Zinses zu verdanken, jedoch ist er von der nationalökonomischen Zunft immer als Sonderling betrachtet worden. Er war ja auch kein Professor — das ist schon verdächtig"[10]).

Wie steht es denn mit den gewerkschaftlichen und politischen Vertretern der Arbeitermassen? ja, mit diesen selbst?

Definiert man Sozialismus als das Bestreben, die Ausbeutung des Menschen zu verhindern, indem die Arbeit nach den Fähigkeiten verrichtet und nach der Arbeitsleistung entlohnt wird, dann gibt es keinen lupenreineren Sozialisten als Gesell.

Unglücklicherweise koppelt dieser aber seinen Sozialismus mit dem Begriff des liberalen Individualismus und der Marktwirtschaft, eine begriffliche Ungeheuerlichkeit für alle Sozialisten à la Marx. Somit bieten auch die Sozialisten Gesell keinen Stuhl an.

G. *Garvy* nennt ihn einen „typischen monetären Kauz", andererseits weist er deutlich auf das Kapitel der „Allgemeinen Theorie" von Keynes hin, welches dem Schlußkapitel vorausgeht.

> „Die akademischen Ökonomen einschließlich sich selber anklagend, den eigenartigen, ungerechtfertigterweise vernachlässigten Propheten Silvio Gesell ignoriert zu haben, widmete ihm Keynes einen beträchtlichen Abschnitt im 23. Kapitel mit der abschließenden Bemerkung, daß ‚die hinter dem Schwundgeld stehende Idee (eine der beiden wichtigsten von Gesell vertretenen politischen Empfehlungen) vernünftg ist'. Ferner fügte er hinzu, daß ‚die Zukunft mehr vom Geist eines Gesell als dem von Marx lernen wird [11]).

Man sollte diese Passagen aber nicht überschätzen, wird doch *Keynes* Abhandlung „Über den Merkantilismus, die Wuchergesetze, gestempeltes Geld und die Theorien des Unterverbrauchs" in der Fachliteratur kein besonders hoher Rang eingeräumt.

Insgesamt ist im angelsächsischen Sprachraum die Tendenz zu beobachten, Gesellsche Theorie aus der Diskussion zu verdrängen. Die „Encyclopedia of the Social Sciences" brachte in ihrer vor dem zweiten Weltkrieg erschienenen Ausgabe noch einen kurzen Artikel über Gesell,

In der seit 1968 erscheinenden „International Ecyclopedia of Social Science" steht er nicht mehr.

Auch die 1973 erschienenen „Gesammelten Werke" mit Kommentaren zur „Allgemeinen Theorie" von *Keynes* passen in diese Richtung: Der Name Gesell steht nicht einmal im Index.

2 Ausgewählte Punkte aus der ökonomischen Theorie der Jahrhundertwende

Die damalige „Objektive Wertlehre" ging davon aus, daß sich der Wert eines Gutes aus sich selbst bemerkbar mache, ähnlich den Lichtstrahlen bei einer Glühbirne. Die hellste denkbare Glühbirne war Gold. Es war darum der scheinbar optimale Maßstab zum Tauschen, oder aber, wenn man statt Goldmünzen Papiergeld verwendete, dem letzteren sozusagen die Wert-Legitimation zu geben. Aus Zweckmäßigkeitsgründen*) und Erfahrung verwandte man ein Dekkungsverhältnis von Gold : Papiergeld wie 1 : 3. Im- und Exportüberschüsse wurden mit Gold beglichen. Mußte die Notenbank Importüberschüsse mit Gold bezahlen, wurde bei vorgeschriebener Dritteldeckung die dreifache Menge Papiergeld dem Markt entzogen. Die Folgen waren Nachfragerückgang, Zinsanstieg, Kostenklemme für Unternehmer, Investitions- und Beschäftigungsrückgang, um über Einsparungen auf diesem Gebiet zu Lasten des Produktionsfaktors Arbeit die Kosten zu senken. Arbeitslosigkeit und Krise vergrößerten auch den Rückgang der Verbrauchsausgaben, kurz: Importüberschüsse führten zur Krise. Genauso kurz: Exportüberschüsse führten zum Boom oder in die importierte Inflation. Schwankungen des Preisgefüges und Störungen des Wirtschaftslebens waren die Regel, nur der gesellschaftlich und binnenwirtschaftlich nutzlose Wert des Goldes blieb konstant. Goldanleihen und deren Kündigung führten im übrigen zu ähnlichen Ergebnissen. Wir können hier die nachträgliche „Deckung" der Rentenmark durch eine US-Gold-Anleihe und deren Kündigung anführen. Das Ergebnis war der Sturz der Weimarer Regierung über eine Wirtschaftskrise mit sechs Millionen Arbeitslosen und der Aufstieg Hitlers. Eine weitere Störung des Wirtschaftsverlaufs ging mit der durch die Golddeckung Hand in Hand, bzw. beide kumulierten. Das legale Interesse von Geldkapitalhaltern bzw. Investitionsgeld-Disponenten an einer erwartungsgemäßen Verzinsung war anerkanntes Primat der volkswirtschaftlichen Theorie und Politik. Die Marktgesetze sorgen aber nun einmal in einer prosperierenden Wirtschaft für Kapitalpreissenkung bei Kapitalfülle. Diese Zinssenkungstendenz wurde über induzierte Knappheit des Geldes gestoppt. Wir kennen heute vergleichbare Maßnahmen zur Preisstützung im EG-Agrarmarkt, wenn „Überschußmengen aus dem Markt genommen" werden. Denaturierung und Valorisation sind die Preisretter bei guten Ernten.

An dieser induzierten Knappheit des Geldes beteiligten sich die Großanleger und Banken über Kapitaltransfer in andere Volkswirtschaften bzw. über die Bildung von Hortungsbeständen. Kleinanleger und Sparer entdeckten die Freude an der Liquidität, wenn ihnen schon der niedrige Zinssatz keine Freude bereitete. Das Ergebnis war in allen Fällen gleich: der Zins als „Schildwache" des Geldes *(Proudhon)* zwang das Geld aus dem Wirtschaftskreislauf.

Die Wirkung von Geldverknappung wurde bereits beschrieben. Wieder haben wir den anerkannten Vorrang des Geldeigentümers vor dem produzierenden und arbeitenden Menschen, denn knappes Geld heißt hoher Zinsertrag für den einen, Kostenbelastung für den Unternehmer; fehlende Konsumkonstanz führt zu fehlender Investitionskonstanz, letztere endet in fehlender Beschäftigungskonstanz.

Die Blockierungsmöglichkeit des Wirtschaftskreislaufs durch Geldentzug finden wir in Form von Mechanismen, wie oben dargestellt, aber auch in Form von absichtlichen Manipulationen im großen Stil[12]). Definiert Gesell den Begriff „Kapitalismus" mit „Zinssystem", so trifft der den Nagel auf den Kopf.

3 Die Gesell'sche Antithese — Der Knall, das Echo und andere Geräusche in der Fachliteratur

Es geht Gesell um eine individualistisch ausgerichtete, mit größtmöglichem Freiheitsraum ausgestattete Volkswirtschaft, die dort sozialen Bindungen unterliegt, wo sie unumgänglich sind, in der die Fähigkeiten der Menschen ihren Platz in der Gesellschaft bestimmen und dessen Bedeutung die Entlohnung beeinflußt. Die Marktwirtschaft soll frei sein von Ausbeutungsinstrumenten

---

*) Die Darstellung wird bewußt vereinfacht, da eine genauere Widergabe der Zusammenhänge den Rahmen des Vortrages sprengen würde.

und mit minimalem Staatseingriff gesteuert werden. Das aus der Arbeitsleistung fließende Eigentum soll unangetastet bleiben. Der arbeitende Mensch ist das Maß aller Dinge.

Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt Gesell wenige Maßnahmen vor:

Er entwickelt eine Theorie und Praxis der Geldmengenregulierung. Diese ist nur bei einer nach Regeln gesteuerten Papiergeld-Währung möglich. Folglich entwickelt er solche Regeln und attackiert das ihnen entgegenstehende Wertdenken und den Goldautomatismus mit einer ganzen Breitseite von Logik, Sarkasmus und konstruktiver Kritik. „Der sogenannte Wert" lautet seine Abhandlung in der natürlichen Wirtschaftsordnung, die er 1916 veröffentlicht. Ihm folgen Ausführungen, „Warum man aus Papier Geld machen kann" und „Die Sicherung und Deckung des Papiergeldes".

Neben der Forderung nach Geldmengenregulierung, angepaßt an die vorhandenen Güter und Dienste, steht die Forderung nach der Aufgabenfestlegung des Geldes. Niemand kann zwei Herren dienen, und die Verwendung des Geldes als Tauschmittel und als Wertaufbewahrungsmittel vereinigt Dynamik und Statik in einem Instrument, wobei die Entscheidung über die momentan günstigste Verwendungsart noch der Selbstsucht der Individuen überlassen bleiben soll.

Gesell entscheidet für die – ausschließliche – Verwendung als Tauschmittel. Er macht damit einen Versuch, den 6000 Jahre alten Charakter des bisherigen Geldes den Erfordernissen einer arbeitsteiligen industrialisierten, knapp 200 Jahre alten Marktwirtschaft anzupassen. Er plädiert für ein Ende der ständigen Vergewaltigungen der Marktwirtschaft durch die Geld*un*ordnung.

Letztlich, und wieder eng mit den vorigen Vorstellungen verknüpft, fordert er die Sicherung der Geldzirkulation, um mit einer Insuffizienz des Geldkreislaufs nicht zugleich die ganze Wirtschaft zu paralysieren. Geld soll verdient und dann konsumiert oder gespart, d. h. in eine Geldforderung umgewandelt werden, nicht aber längere Zeit aufbewahrt oder straflos dem Kreislauf entzogen werden. Zu diesem Zweck schlägt er eine Geldumlaufsteuer auf stillgelegtes Geld vor, sozusagen als inverse Funktion der bisherigen Belohnung durch den Zins. Werte sollen in Gütern oder Forderungen, nicht aber in stillgelegter Kaufkraft angelegt werden. Der seit 1550 durch Thomas Gresham erkannte Zusammenhang wird hier in ein System integriert. Nach dem *Gresham*'schen Gesetz „verdrängt das schlechte Geld das gute", d. h. das schlechte Geld wird umlaufen, das gute verschatzt. Verschatztes Geld aber ist stillgelegte Kaufkraft! Siehe oben! Wir brauchen sie nicht! Wir wollen sie nicht!

So fordert Gesell mit seinen verschiedenen Überlegungen mit einem Wort nichts anderes, als das „neutrale Geld" *(Eucken)*, womit die Grundvoraussetzung für das *Say*'sche Theorem erfüllt ist. Jean Baptiste *Say* und auch *Ricardo* vertraten die Ansicht, daß jede Produktion Einkommen schaffe und damit die Produktion wieder kaufen könne. Allgemeine Überproduktion könne es so nicht geben, partielle dagegen sei möglich und – würden wir heute sagen – stelle ein begrenztes betriebswirtschaftliches Problem dar, mit dem der Preismechanismus fertig werden müsse.

Seit 1891 schreibt Gesell, die Hamsterfähigkeit des Geldes und die ungeregelte Geldversorgung (diskretionäre Geldpolitik im heutigen Fachchinesisch) werde den Boden vorbereiten für einen Weltkrieg, der bis zur Vernichtung der abendländischen Kultur führen könne.

1901 empfiehlt er dem Schweizer Bundesrat die Abkehr von der Goldwährung und die Einführung eines Warenpreisindexes. 1914 wird der erste Teil realisiert, auf die Benutzung des zweiten inzwischen vorhandenen Instrumentes warten die Schweizer bis heute. Auch die Voraussage des ersten Weltkrieges ist bekanntlich eingetreten. Nach dem zweiten warnt Gesell erneut:

> „Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Kriege stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir: Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigen. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden."

Wir kennen den Gang der Geschichte. Fürwahr, ein seltsamer „Kauz" (crank) dieser Gesell.

Oder hat man ihn gar nicht gelesen, kennt das System der Freiwirtschaft nicht, sondern nur Teile seiner „Technik"?

Neben der Frage des „neutralen Geldes" beschäftigt Gesell sich mit dem Bodenproblem, genauer, mit dem Problem des Privateigentums an Boden. Aus zweilerlei Gründen erhebt er Bedenken: Die bestehende Bodenordnung verstößt gegen seine naturrechtliche Denkweise und bietet ein Zufluchtsreservat für eben die kapitalistischen Zins- und Spekulationseinkommen, die mit einer neuen Geldverfassung beseitigt werden sollen. Gerade danach ist eine verstärkte Bodenspekulation zu befürchten. Er will den Boden dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage nicht entziehen und vertritt marktwirtschaftlich den Grundsatz „Der beste Boden für den besten Wirt", aber hier kann nur die marktwirtschaftliche Bodennutzung gemeint sein, für die auch ein Knappheitspreis zu zahlen sein wird, nicht hingegen das Bodenprivateigentum. Letzteres ist gegen Entschädigung umzuwandeln in ein öffentlichrechtliches Eigentum, so daß der öffentlichen Hand eben die Gelder zustehen, die sonst als leistungslose Einkommen in private Hände geflossen wären.

Sollen hier jetzt plötzlich die öffentlichen Hände neben dem Steuersegen auch noch die Beträge der sozialisierten Grundrente erhalten? Will Gesell eine Staats-Plutokratie? Mitnichten. Nach dem Verursacherprinzip untersucht er die Frage, woher die Bodenpreissteigerung kommt. Seine Antwort lautet, daß sie ohne alte und junge Nachfrager nicht bestehen würde. Alle Bodennachfrager haben aber eins gemeinsam: eine Mutter; diese meist in ärmlichen Verhältnissen und fast ausschließlich abhängig von der patriarchalisch verwalteten Geldbörse des Mannes. Hier liegt die Wurzel für die Abhängigkeit der Frau. Gestalten wir die sozialisierte Grundrente zur individuellen und unverzichtbaren Mutterrente, dann haben wir ein geschlossenes System.

Meine Damen und Herren, die hier praktizierte Kürze der Darstellung kann nur einen Zweck haben: Sie sollen eine Ahnung bekommen von der Weite des Spektrums Gesell'scher Gedanken und der Probleme. Sofern Sie hier zum ersten Mal etwas über Gesell hören und Ihnen zwangsläufig 1000 Fragen auf der Seele brennen: Glauben Sie mir, es wird kaum eine neue darunter sein und kaum eine, auf die keine systementsprechende Antwort zu finden wäre. Die Literatur der Freiwirtschaftslehre befaßt sich seit Gesell intensiv mit dem Problem der Falsifizierung, ohne bislang Veranlassung zu haben, an den Grundgedanken Zweifel anzumelden.

Was Gesells Verhältnis zur kommunistischen Theorie betrifft, kann ich auf den hier gehaltenen Vortrag von Herrn *Schumann*, Hamburg, hinweisen. Was Gesells Beitrag zur Emanzipation der Frau betrifft, erinnere ich an die Ausführungen von Herrn Dr. *Weitkamp*[13]). Für weitergehendes Interesse besteht eine freiwirtschaftliche Bibliothek. In der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich gibt es zwar kleine, aber tatkräftige politische Parteien. Die SOZIALWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT 1950 e.V. in Hamburg bemüht sich um die wissenschaftsbezogenen Aspekte und gibt eine Vierteljahreszeitschrift „Mensch Technik Gesellschaft" heraus. Eine qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit betreibt das SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG DES STAATES, DER WIRTSCHAFT UND DER KULTUR in Bad Boll. Das Seminar veröffentlicht die Reihe „Fragen der Freiheit". Aus der geistigen Verwandtschaft zwischen der katholischen Naturrechts- und Soziallehre und der Freiwirtschaft haben sich in Österreich und Westdeutschland konfessionelle Gruppen gebildet, die ebenfalls eigene Veröffentlichungen haben. Bei näherem Hinsehen wird man erstaunt sein über die Fülle der Parallelen vor allem in der Geschichte des Katholizismus, weniger in seiner momentanen Haltung.

Ein Bereich der Gesell'schen Auffassung bliebe noch erwähnt zu werden: „... eine Grundströmung ..." ein „anarchistischer Zug[14]), ich meine seine absoluten Vorbehalte gegen jede staatliche Einmischung in sein Grundkonzept. Endlich, wird mancher meinen, endlich wird die Katze aus dem Sack gelassen, und das System zeigt seinen Pferdefuß. Gemach, wer sich in der Geschichte des Anarchismus auskennt, weiß um die ursprüngliche Gewaltlosigkeit des Anarchismus. Der gewaltsame Terrorismus ist ein Kind der letzten Jahre, teils geboren als Reaktion auf die Aktionen eben der restaurativen Kräfte, mit denen Gesell schon zu tun hatte und denen er seinen friedlichen Anarchismus entgegensetzte, teils entstanden aus den revolu-
Auch in diese Gesell'sche, friedliche Vorstellung von Anarchie passen die vorher entwickelten Vorstellungen einer Volkswirtschaft *mit neutralem Geld* — durch welches keine Herrschaft und Ausbeutung mehr ausgeübt werden kann — *mit sozialisiertem Bodeneigentum*, — wobei es keine Bodensperre mehr gibt — *mit ausgeprägter Selbst-*
tionären Gewaltparolen von links.

bestimmung und Selbstverwaltung — das genaue Gegenstück des verwalteten Menschen von heute — *und einer sich selbst regulierenden, den Kräften von Angebot und Nachfrage Raum gebenden krisenfreien Marktwirtschaft,* — in der Funktionäre und Müßiggänger, Etatisten und Fiskalisten keinen Platz mehr haben.

Damit kommen wir zu einer weiteren Gruppe bei den Vertretern der herrschenden Lehre *), die den Ton angeben in allen westlichen Staaten, seitdem John M. *Keynes* 1936 empfahl, die Auswirkungen des Krisenmechanismus zu dämpfen über eine verstärkte Aktivität des Staates in geldeinnehmender, auftragsverteilender und subventionierender Weise. Man möge sich diese Worte einmal auf der Zunge zergehen lassen, nochmals im Gesellschen Grundkonzept **) nachlesen um förmlich schmecken zu können, wie sehr sich die Hauptrichtung der Volkswirte von Gesell unterscheidet.

Den Empfehlungen dieser Fachleute ist es zu danken, daß wir inzwischen eine Staatsquote von 47 %, und eine durchschnittliche Steuerquote von 39 % haben; eine mehr verdiente Mark wird inzwischen mit über 55 Pfennigen versteuert (marginale Steuerquote). Wir haben 1 Million Menschen ohne Arbeit allein in Westdeutschland, ca. 20 % unserer Produktionskapazität liegt still und für den staatlichen Schuldenberg in Höhe von 370 Mrd. DM (bei 280 Mrd. Steueraufkommen) zahlen wir bald jede 4. Mark an Schuldendienst. Bei den sozialen Lasten droht eine Rentenlücke bis 1982 von 30 Mrd. DM, das ist die Rechenschaftslegung einer krisengeplagten kapitalistischen Volkswirtschaft mit ihrer sozialen Hypothek, die sie auf sich nehmen muß, wenn das System nicht schon bei der nächsten Wahl für immer abtreten will.

Die dafür verantwortlichen „Tui" *(B. Brecht)* und ihr Umfeld kennzeichnet Richebächer wie folgt:

> „Die Konjunktur besitzt eine ursprüngliche Gabe, die zuständigen Propheten mit ungeahnten Bewegungen in Erstaunen zu versetzen, und die große Mehrheit der Propheten wiederum beweist eine unerschöpfliche Gabe, die zunehmende Fülle ihrer Irrtümer und Fehlschläge zu ignorieren ... Von kritischer Überprüfung des Konzeptes, mit dem man einen Reinfall nach dem andern erlebt hat, zeigt sich jedenfalls nicht die geringste Spur". [15]).

Erinnern Sie sich an Gesells Ausführungen über die Hochschul-Literatur?

Wir halten fest: Fiskalisten, Etatisten und Funktionäre können sich nur unter Aufgabe ihrer bisherigen Position mit Gesell identifizieren. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Zum Schluß bliebe noch die seit 1976 hoffähige***) Gruppe der Monetaristen um *Friedmann* und *Brunner*. Anzuerkennen ist ihr marktwirtschaftlich-individualistisches Grundkonzept, worin sie mit der freiwirtschaftlichen Theorie harmonieren. Da sie aber über die Vorstellungen des klassischen Liberalismus des 19. Jahrh. nicht hinausgehen, also die Herrschaftsinstrumente Geld und Boden ignorieren, liegt hier der entscheidende Gegensatz. Er wird nur mäßig gemildert durch die Forderung der Chicagoer Schule, man solle die Geldmenge im Vorgriff auf das zu erwartende Sozialprodukt verfügbar machen. So sehr diese Vorstellung ein Fortschritt in der „diskretionären" Geldpolitik (Geldmengenpolitik über den Daumen und nach Gutdünken) darstellt, so sehr ist sie ein Rückschritt, gemessen an der Geldmengenregulierung nach Gesell. Er wollte die Geldmenge an die Güterseite koppeln, *Friedmann* will die Produktion in einen vorhergeschneiderten monetären Anzug zwingen. [16])

Gesells Epigonen

Diese Idee einer quantitativen Geldanpassung an die Güterseite wird schon 1891 von Gesell vertreten. Wenngleich sie von *Friedmann* variiert wird, muß man an dieser Stelle den 1976 an das Nobelpreiskomitee erhobenen Vorwurf wiederholen, *Friedman* habe wissenschaftlich unkorrekt gehandelt, indem er vergaß, auf *Flürscheim* und Gesell Bezug zu nehmen. [17])

Mit der Wiederbelebung der *Flürscheim*'schen Theorie [18]) sollte Gesell umgangen werden. In seinem Werk „Die natürliche Wirtschaftsordnung" hat Gesell selbst diese Flürscheim-Friedmann-Theorie ad absurdum geführt, [19]) eine Passage, die den meisten westlichen Zentralbankiers dringend empfohlen werden kann.

Gesell'sches Gedankengut hat aber auch seine Anerkennung und Fortentwicklung erfahren in

---

*) Man könnte sie definieren als die ökonomische Lehre, die im Einklang mit dem herrschenden System steht.

**) Komprimiert in den Vorworten zur „Natürlichen Wirtschaftsordnung", a. a O.

***) M. Friedman erhielt 1976 den Nobelpreis für Wirtschaft und hob so die bisherige Außenseiterposition der sog. „Chicagoer Schule" auf. Da auch die Freiwirtschaft für sich in Anspruch nimmt, monetaristisch zu sein, habe ich aus hier nicht näher darzulegenden Gründen Friedman als „naiven Monetaristen" bezeichnet.

einer Reihe von Beiträgen qualifizierter Praktiker des Bankfachs. Walter *Aden*, Bankdirektor a. D. modifizierte die Umlaufsicherung des Geldes über die Trennung von Geld und Währung [20]); Wilhelm *Radecke*, Prokurist bei Bankhaus Bleichröder Berlin und Direktor der Reichskreditanstalt entwickelte die Idee des Geldverrufs in Konsequenz der Ausführungen von Vincent C. *Vickers*, dem ehemaligen Gouverneur der Bank von England. [21]) F.-Wilhelm *von Schelling*, LZB-Präsident i. R. untermauerte das Gesell'sche Prinzip von der Verantwortlichkeit der Notenbanken für die Inflation [22]).

Eine Anzahl Privatgelehrter befaßt sich mit Gesell'schem Gedankenguts, ohne Praktiker zu sein oder der orthodoxen Volkswirtschaftslehre anzuhängen. Th. *Christen* [23]) legte in der Schweiz den Grundstein für die Aden'schen weiterführenden Gedanken in Richtung Umlaufsicherung des Geldes. Hans *Hoffmann*, [24]) Bern, befaßt sich u. a. mit der Interpretation des Begriffes Umlaufgeschwindikeit und modifizierte ihn von der „Häufigkeit des Handwechsels des Geldscheins" in die Version „Ausnutzungsgrad der emittierten Geldmenge", ein Terminus, der inzwischen ähnlich von der Bundesbank benutzt wird. Karl *Walker* [25]) verfolgte eingehend die Theorie der Geld-, Buchgeld- und Kreditschöpfung mit dem Ergebnis, daß Kreditrestiktionen und Mindestreservepraktiken aufs schärfste abzulehnen seien, da sie den erstrebten Zielen zuwiderliefen. Seine Untersuchungen zum Geldbegriff im engeren Sinne (M 1) stellen die gesamte im ökonomischen Establishment herrschende Terminologie in Frage.

G. K. *Kaltenbrunner* faßt als Herausgeber des Buches „Inflation ohne Ende" [26]) diese Autoren neben anderen zusammen unter der Rubrik „Weiterführende Literatur", wahrlich ein ähnliches Novum in der Geschichte der Freiwirtschaft, wie die Würdigung Gesells durch Starbatty [27]).

An die Bedeutung Gesell'scher Vorstellungen für J. M. *Keynes* und I. *Fisher* sei hier nur erinnert.

Es gehört wohl auch in diesen Zusammenhang, darauf hinzuweisen, daß die Vorstellung eines umlaufgesicherten und mengenmäßig angepaßten Geldes nicht nur modellhaften Charakter hatte, sondern durchaus in der Praxis erprobt worden ist. „Das Experiment von Wörgl" erregte 1932/33 weltweites Aufsehen, da hier mittels Freigeld eine Gemeinde und danach ein ganzer Landstrich in Tirol von den Folgen der Weltwirtschaftskrise verschont blieb dank der Initiative des damaligen Bürgermeisters Unterguggenberger.

Mit Hinweis auf das Notenprivileg der Österreichischen Nationalbank wurde die Fortsetzung dieses Experiments am 15. September 1933 verboten [28]).

Im Problemkreis Neue Bodenordnung haben sich teilweise auch mit bedeutenden praktischen Erfolgen H. K. R. *Müller*, Hannover und Hans *Hoffmann*, Bern engagiert. Ihre Vorstellungen entsprechen in moderner Form denen, die im Prinzip von Gesell vertreten wurden. J. *von Heynitz* [29]) München, variiert diese Vorstellung mit der Absicht, das Bodeneigentum konsequent in private Eigennutzung zu überführen und dazu alle Finanz- und Machtmittel des Staates einzusetzen. Wer selber nutzt, beutet nicht aus und die kapitalistischen Spielregeln werden durch markwirtschaftliche ersetzt. Ich habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die *Heynitz*'sche Version für Bodenschätze wohl schwer praktikabel ist und hier die ursprüngliche Idee von der Kommunalisierung oder entgeltlichen Verstaatlichung des Bodens besser geeignet ist.

4. Theorie und Realität der Sozialen Marktwirtschaft.

Die theoretischen Vorstellungen stammen aus der Freiburger Schule um *Eucken* und wurden zur Zeit des Dritten Reiches entwickelt. Übernommen wurden von den klassischen Liberalen Grundkonzept, Menschenbild und schlechte Erfahrungen durch Krisen und Klassenbildung. Erschwerend hinzu kam der demokratische Abstimmungsmechanismus in der neu entstandenen Bundesrepublik. Die schlechten Erfahrungen schlugen sich nieder in der sozialen Komponente, mit der man die Krisenwirkungen zu neutralisieren hoffte. Sie schlugen sich auch nieder in der Anwendung der Wirtschaftspolitik à la *Keynes*. Das Wirtschaftswunder wiegte alle in dem Glauben, Konzept und Instrumentarium habe die kapitalistische Krisengeißel besiegt. Sie existiert jedoch weiterhin. Die Krankheitssymptome habe ich schon früher aufgezeigt.

> „Irgendwann geht es auf diesem Wege nicht weiter... das ist heute die Situation im gesamten skandinavischen Raum und im Süden Europas von Portugal bis in die Türkei".

schreibt Richebächer, und er fährt dann fort:

„Auch Deutschland ist, wenn man sich den hohen Stand und die rasche Zunahme seines Deficit Spending betrachtet, auf dem besten Weg in die gleiche fiskalische Sackgasse wie die skandinavischen Länder, die jetzt mit dem Rücken zur Wand stehen".

„Die ganz neue Aufgabe" dieser staatlichen Verschuldenspolitik" besteht darin, die Stunde der Wahrheit des drohenden Rückschlags hinauszuschieben" [30]).

Dieser Prognose stimme ich zu und brauche nichts hinzuzufügen.

Sind die Krisen also nicht abgeschafft durch Ursachenbekämpfung, taugen die kosmetischen Hilfsmittel auch nichts, dann liegt doch die Aufforderung zur Revolution und „Beseitigung der kapitalistischen Marktwirtschaft" auf der Straße! „Von dem, was man heute denkt, hängt ab, morgen auf den Straßen und Plätzen gelebt wird!" schreibt *Ortega I. Gasset.*

Hat denn die herrschende Lehre keine Folgerungen aus den Fehlentwicklungen und der freiwirtschaftlichen, konstruktiven Kritik gezogen? Die Antwort lautet: offizell nein! Wir sind noch nicht soweit, wie die Katholiken, die zugeben, daß Luther den Katholizismus gerettet hat, oder die Kapitalisten, die einräumen, daß Marx dem Frühkapialismus zur Evolution verhalf, indem er den Finger auf die Schwachstellen legte. Nirgendwo finden wir in der offizellen Standardliteratur den Hinweis auf Gesell und seine Theorie im Personen- oder Sachregister.

Wohl fallen erstaunliche „Forschungsergebnisse" ins Auge, die dem Inhalt nach schon in der NWO stehen, nur die Begriffe sind gefärbt, so wie es Fahrräder geben soll, die bei Besitzerwechsel die Couleur ändern. Beweise sind dann schwierig. Die Entrüstung ist groß und schnell zur Hand, wenn einer auch nur murmelt, so etwas schon mal gesehen zu haben.

Die Golddeckung wird inzwischen nirgendwo mehr vertreten*), und der Gesellsche Gedanke von der Deckung des Geldes durch die Güter und Dienste, die man damit erstehen kann, ist akzeptiert. Auch die weitergehende Folgerung, daß die Menge des Geldes seine Kaufkraft bestimme, hat über den Sachverständigenrat[30]) und über das „Kontrastprogramm zur Bonner Wirtschaftspolitik"[31]) aus dem Professorenlager Eingang in offizielle Lehrmeinungen gefunden. Die Bundesbank praktiziert seit 1973, die US-Zentralbank schon früher das Konzept der Geldmengenbegrenzung. Der neuesten Nummer von „evoulution" entnehme ich die Sinneswandlung des Vizepräsidenten der Schweizer Nationalbank, Prof. Dr. *Schürmann,* und seine Äußerung in Verbindung mit Geldmengenpolitik:

„Zweifellos ist seit den Jahren, von denen Sie sprechen, ein großer Wandel in den Auffassungen über Währungspolitik eingetreten. Manchmal geht es halt lange, bis die Erkenntnis reift." [32])

In der Praxis finden wir die Geldmengenvorgabe von *Flürscheim-Friedmann.*

Der Grundgedanke der Golddeckung der Währung war der, im Außenhandel feste Maßstäbe trotz unterschiedlicher binnenwirtschaftlicher Konjunktur- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder zu garantieren. Auch diesem Idol wurde noch lange nachgehangen und in den Statuten des Systems von Bretton *Woods* verankert in Form fixer Wechselkurse.

Als sie mit zunehmendem binnenwirtschaftlichem Ungleichgewicht immer unhaltbarer wurden, entschloß sich zunächst Kanada, die Währung freizugeben, andere Staaten folgten, wobei sie dann inoffiziell in den Wechselkursmechanismus eingriffen, zeigten die Marktkräfte doch oft zu deutlich, was international von der ökonomischen Qualität einer Regierung gehalten wurde. So entstand das „schmutzige Floaten". Als Besonderheit trat die EG mit dem Plan auf, Wechselkurse der Mitgliedsstaaten innerhalb einer Bandbreite floaten zu lassen, sie aber bei einer Unter- und Obergrenze durch Maßnahmen der Währungspolitik zu zementieren.

In logischer Fortführung von Gesells Gedanken würde ich heute empfehlen, die Währungen verantwortlich zu handhaben und Preiskonstanz zu sichern bei freien Kursen, die wir de jure hätten, was aber aus der inneren Solidität der Währungen de facto zu einem festen Wechselkurs führen würde.

Bis zur Aufhebung der festen Wechselkurse pflegte man monetäre Störungen auf die „offene, außenwirtschaftliche Flanke" zurückzuführen, will heißen, daß man aus politischen Gründen minderwertige Devisen in gute D-Mark oder Franken umtauschen mußte. Ein Problemschimmer ist geblieben und unter dem Begriff „importierte Inflation" in die Fachsprache eingegangen.

---

*) Die Demonetisierng des Goldes fand ihren Abschluß mit der Aufgabe der Einlösungspflicht des Dollars gegen Gold.

In zunehmendem Maße macht sich ein Fehler in der Geldpolitik bemerkbar, den man seit Gesell kennt, der nichtsdestoweniger von Theorie und Politik ignoriert wurde. Fehler hängt zusammen mit „fehlen", und was fehlt, ist die Berücksichtigung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Sie ist durchaus in der Diskussion, z. B. hin und wieder im Bundesbankbericht zu finden, seit Jahren in US-Veröffentlichungen und in Kanada[33]). Bei uns erfüllt der Hinweis auf die Umlaufsgeschwindigkeit (U) aber mehr den Zweck, den vorher die „offene außenwirtschaft-Flanke" hatte, nämlich Fehlsteuerungen mit dem Hinweis zu entschuldigen, hier ende der Einfluß der Geldpolitik. Momentan ist das wirklich der Fall, bleibt nur die Frage, ob aus Unkenntnis oder Absicht.

Die Umlaufsgeschwindigkeit ist von Gesell erkannt, analysiert und instrumentell grundsätzlich steuerbar gemacht worden. Der Einwand der Unkenntnis ist somit nicht stichhaltig.

Auch die letzte heilige Kuh des Systems ist in Bedrängnis. Offen ist nur noch, wann und auf welche Weise sie geschlachtet wird und was an ihre Stelle tritt: Ich meine das private Bodeneigentum.

Seit Stephan *George*, Adolf *Damaschke* und den Sozialisten ist die Diskussion nicht eingeschlafen. Sie wird heute fortgeführt durch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratischen Parteien, allerdings im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Diese werden bestimmt durch planwirtschaftliche und fiskalistische Instrumente und durch die Angst vor einschneidenden Maßnahmen und vor den Wählern.

Eine marktwirtschaftlich-individualistische Regelung, die systemkonform die Probleme lösen könnte, ist nicht offizielles Parteiprogramm oder wissenschaftliche Theorie, von freiwirtschaftlich beeinflußten Äußerungen einmal abgesehen.

Damit, meine Damen und Herren komme ich zum Ende. Das Defizit in der Theorie unserer Volkswirtschaften ist durch Gesell nicht so groß. Die politische Ignoranz und Entscheidungsträgheit aber beachtlich.

Wenn sich auch der Einfluß Gesell'scher Gedanken nicht direkt nachweisen läßt: Seine Gedanken sind zum großen Teil Wirklichkeit geworden. 1907 schrieb er:

> „Mir kommt es ganz auf die Sache an, meine Person ist mir ... gleichgültig, denn ich bin frei vom Laster des Ehrgeizes bzw. der Eitelkeit. Ich habe überhaupt nur mehr den Wunsch, daß meine Arbeit nicht verloren gehe und daß jetzt andere, junge und hungrige Männer sich der Sache annehmen" [34]).

Ich habe diesen Brief schon einmal zitiert und bin immer noch der Meinung, daß „junge und hungrige Männer" beim Essen den Anstand nicht vergessen sollten, und ich bin immer noch der Meinung, daß fehlende Quellenangabe und darauf begründeter eigener Ruhm „die Schande der modernen Volkswirtschaftslehre"[35]) sind.

Ich erinnere an die Ehrlichkeit unserer Zunft. Als *Menger, Jevons* und *Walras* 1871 und danach die Grenznutzenlehre unabhängig voneinander entwickelten, war es selbstverständlich, daß die früheren Arbeiten des Assessors *Gossen* (1810–1858) auf diesem Gebiet Vorrang hatten. Deswegen sprechen wir heute von den „*Gossenschen Gesetzen*" und nicht etwa von den „Menger'schen", und dies, obwohl *Gossen* berufsfremd war!

Hier liegt meines Erachtens ein moralisches Defizit der Volkswirtschaftslehre. Ganz abgesehen von den Defiziten der Wirtschaftspolitik, als da sind:

- zu ungenaue Geldmengenpolitik,
- fehlende Sicherung des Geldumlaufs,
- absolut verzerrtes Wechselkursgefüge,
- prinzipienloses Herumlaborieren in der Bodenfrage,
- deutliche Tendenz zum fremdbestimmten Bürger durch wachsende Staatsaktivität.

Man möge mich aber bitte nicht mißverstehen, es geht mir weniger um die Techniken. Es geht mir mehr um das Menschenbild, um den Geist, wie er Gesell und jedem Liberalen vorschwebte, der den Liberalismus zu Ende dachte.

> „Die natürliche Wirtschaftsforderung ist keine neue Ordnung. ... Der Entwicklung der Ordnung, die die Arbeitsteilung zum Ausgangspunkt nimmt, sind nur die aus den organischen Fehlern unseres Geldwesens und Bodenrechtes entstehenden Hemmungen aus dem Weg geräumt worden. Mehr ist nicht geschehen. Sie hat mit . . . unerfüllbaren Schwärmereien nichts gemein. Die NWO., die ohne irgendwelche gesetzlichen Maßnahmen von selber steht, die . . . jede Bevormundung überflüssig macht und die Gesetze der uns gestaltenden natürlichen Auslese achtet, gibt dem strebenden Menschen die Bahn frei zur vollen Entfaltung des ‚Ich', zu der von aller Beherrschtheit durch andere befreiten, sich selbst verantwortlichen Persönlichkeit[36])."

Das Fehlen dieses Geistes, meine Damen und Herren, ist die ethische Leerstelle der Gegenwart").

Hier schließt sich also der Kreis, und wir sind wieder bei Gesells Grundkonzeption angelangt. „Das Genie ist der Fühlfaden seiner Zeit" schreibt *Lichtenberg* — und die Weimarer und Vorweimarer Zeit war noch nicht reif für Erkenntnisse, die wir heute als selbstverständlich ansehen. Aber ist sie es heute?

Zeichnet das nicht den wahren Apostel aus, daß er in jeder Zeit etwas zu sagen hat?

5. Der Neo-Physiokratismus

Von einer anderen, vor zwanzig Jahren noch nicht erwarteten Seite kommt eine neue Herausforderung auf uns zu. Eigentlich ist sie schon im kapitalistischen System vorprogrammiert gewesen. Ich meine die ökologische Frage. Ein System welches Wachstum zum Religionsersatz macht, schafft die Voraussetzungen für die Überbevölkerung der Erde und braucht diese sogar.

Wir sind gewohnt, den Wachstumsbegriff nur güterwirtschaftlich zu sehen. Wappentier des modernen Konsumenten ist der Vielfraß geworden. Zulieferer sind die modernen Produktionsstätten; je größer, umso rationeller, umso besser, umso billiger produzieren sie — sagt man. Ich gebe zu bedenken: Größe ist potentielle Macht. Wir haben nicht die politische Machtballung im 19. Jhd. in den Griff bekommen, um der ökonomischen Machtkonzentration im 20. Jhd. die Demokratie zu opfern. Rationellere, bessere und billigere Produktion ist ja nicht primär an der Bedürfnisbefriedigung orientiert, sondern an der Rentabilität. So lange sie stimmt, kommt es auf einen mehr oder minder manipulierten Konsumenten nicht an, auch nicht auf die Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge; ja, letztere stehen sogar in den meisten Fällen zum Rentabilitätsziel in Widerspruch. Über Mode und technisch geplante Veralterung wird der Absatz gesichert, die Umwelt ausgebeutet und belastet.

Es liegt bei näherem Nachdenken auf der Hand: keine technische Großtat, kein Projekt wird realisiert, ohne dahinterstehende Kapitalinteressen, die nach dem Gesetz angetreten sind: Geld muß Geld machen. Dazu benötigen wir die Kapitalverwendungs- und Kapitalvermehrungsanstalten großen Stils, vulgo Unternehmen genannt. Das Erwerbsprinzip ist nach GUTENBERG die „Grundorientierung der kapitalistischen Betriebe und des liberal-kapitalistischen Systems". Auch W. SOMBART sieht die Triebkraft unseres Systems im Versorgungsstreben des Kapitals". Also des Versorgungsstrebens des Kapitalisten?! Die Produktion dieser Art ist Mittel zum Zweck geworden und GUTENBERG sprich tatsächlich von der „Umkehrung der Zweck-Mittel-Relation". Nicht nur das, der Konsument ist auch zum Mittel geworden, die ihn umgebende Natur im weitesten Sinne gleich mit! Die ARISTOTELISCHE Formulierung war so nicht gemeint: Alle Wirtschaft hat Maß und Ziel! Ein nicht menschengerechtes Prinzip ist mit dem Kapitalismus zum Form-, Sinn- und Leitbild unserer Gesellschaft geworden.

Die Interessen des Kapitaleigners dominieren über denen des Unternehmers, diese über denen der Arbeitnehmer- und der Konsumentenseite. Dieses Über-Unterordnungsverhältnis ist nicht zukunftsweisend, weil nicht systemkonform. Es könnte im Sinne von THOMS abgelöst werden durch das Prinzip der Ökonomität, der „Lebensfähigkeit einer Unternehmung". Diese ist gegeben, wenn die Interessen aller an der Produktion Beteiligten in ausgewogenem Maße und demokratisch berücksichtigt sind. Das kapitalistische Übergewicht wäre mit der Gewinnbeteiligung statt des Kapitalzinses schon erträglicher gestaltet; zwei islamische Banken praktizieren zur Zeit dieses Verfahren.

Dieser Aspekt der Ökonomität ist ein systementsprechender Baustein für die Erweiterung des Gesellschen Systems. Er tritt nahtlos neben die Forderung nach umweltkonformem Verhalten der Produzenten und Konsumenten. Die von GESELL geforderte Verantwortung der Persönlichkeit harmoniert nicht mit einem Rentabilitätsdenken, welches die Ökonomität verletzt, die Interessen der Konsumenten vernachlässigt, welches machtorientiert die Marktwirtschaft konterkariert und die Umwelt als Mittel zur Rentabilitätssteigerung betrachtet. Inwieweit das herrschende Bodenprivatrecht die Umweltzerstörung fördert, braucht hier nicht mehr weiter erörtert zu werden. Eine Bodenrechs-Neuordnung müßte von allen ökologiebewußten Demokraten gefordert werden. Der Kern GESELL'scher Vorstellungen, die Eichung der Mark, ist in diesem Gesamtkonzept der Katalysator, der alle Vorgänge positiv aufeinander bezogen beeinflußt. Zum einen ist In- und Deflation betrügerisch, zum andern werden die Preisbildungsvorgänge in einer Marktwirtschaft durch Geldwertmanipulationen bis zur Untauglichkeit, ja, bis zum Irrlicht-Charakter verfälscht.

Dieses System von Erkenntnissen und interdependenten Postulaten nenne ich NEO-PHYSIO-

KRATISMUS *), denn die Physiokraten befaßten sich in der zweiten Hälfte des 18. Jhd. erstmalig mit den natürlichen Zusammenhängen zwischen Wirtschaft, Individuum und Natur. Daß die dem Menschen dienenden Hilfsmittel ebenso geordnet sein müssen, versteht sich eigentlich von selbst. Den Menschen, so wie heute er ist, orientierungslos in dieses System zu stellen, erscheint mir jedoch problematisch. Orientierung durch Sinn- und Leitbilder hat das jetzige kapitalistische System ja auch! So mögen wir uns in Übereinstimmung mit der Denkweise GESELL's bei STEINER und seiner „sozialen Dreigliederung" orientieren. Das neo-physiokratische System lebt durch Menschen, die eine Vorstellung haben von der Freiheit vor Staatsallmacht, von Freiheit im kulturellen Bereich und von Freiheit vor ökonomischer Gewaltenballung. Aber auch STEINER ist zu aktualisieren:

Bildung und Kultur müssen dem Menschen neben der philosophischen Orientierung die Werte geben für sein Verhalten im ökologischen, im politisch-demokratischen und im ökonomisch-marktwirtschaftlichen Raum.

---

*) Die von Silvio Gesell nach 1918 herausgegebene Zeitschrift hieß „Der Physiokrat".

1) Benedikt Uhlemayr: Persönlichkeit und Lebenswerk des Begründers der Freiwirtschaftslehre, in Silvio Gesell, zeitgenössische Stimmen, Nürnberg 1960.

2) Werner Schmidt: Silvio Gesell — Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern-Zürich 1954.

3) Schweizer Journalist, Nationalrat.

4) Uhlemayr, a. a. O.

5) S. Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, 7. Aufl. 1931.

6) J. Starbatty ist der erste deutsche Ordinarius, der sich vorurteilslos in „Eine kritische Würdigung der Geldordnung in Silvio Gesells utopischem Barataria" mit Gesell auseinandersetzt. Der Beitrag erschien in Heft Nr. 129 12/77 der Reihe „Fragen der Freiheit", Koblenz.

7) S. Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, a. a. O., S. 112.

8) u. a. Diehl, Sombart, J. Wolf, Weber.

9) Zu ihnen gehörten vorwiegend Schmoller und Phillipovich.

10) J. Starbatty: a. a. O. „Das Verhältnis der nationalökonomischen Zunft zu Gesell".

11) G. Garvy: Keynes and the Econncs Activities of Pre-Hitler Germany, Journ. of Pol. Economy, Vol. 83 (2) 1975 S. 391f.

12) vergl. F. Schwarz: Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Menschheit, Bern 1945, insbes. Bd. II.

13) s. „Mensch Technik Gesellschaft" Hamburg 36./37. Folge 13. Jahrg. März 1978, S. 31 f.

14) Starbatty, a. a. O.

15) Dr. K. Richebächer, Generalbev. der Dresdner Bank A G in Manuskript Nr. 81 „Währungen und Kreditmärkte" vom 8. 5. 1978, S. 1.

16) vergl. hierzu Binn F. G.: Der konsequente Monetarismus Nr. 32 der Zeitschrift Mensch Technik Gesellschaft (mtg) Hamburg 1976 und
F. G. Binn: Keynes passé — vivat Friedman? in mtg Nr. 33, Jahrg. 1977.

17) Unmittelbar nach Bekanntwerden der Absicht, M. Friedman den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften zu verleihen, hat die SOZIALWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT 1950 e. V. Hamburg in diesem Sinne in Stockholm protestiert.

18) M. Flürscheim: The Economic an Social problem, Jefferson Publ. Comp. Xenia Clay County Ill. USA o. J. (ca. 1900).

19) S. Gesell: a. a. O. 7. Aufl. S. 196 f

20) Walter Aden: Währungschaos — Währungsordnung in: Fragen der Freiheit Heft Nr. 122, Bad Boll.

21) V. C. Vickers: Economic Tribulation, Zitzmann-Verlag Lauf b. Nürnberg. Nachwort von W. Radecke.

22) F. W. v. Schelling: Die Bundesbank in der Inflation, Knapp Verlag FFm 1975.

23) Th. Christen: Das Geldwesen, ein dynamisches System 2. Aufl. Bern 1932.

24) H. Hoffmann: Probleme der Kaufkraftstabilisierung, Bern o. J. Intern. Tendenzen moderner Währungs- und Konjunkturpolitik Basel o. J.
Voraussetzungen einer Währungsunion Hmb. 70.

25) Karl Walker: Das Buchgeld 1951 Vita-Verlag Heidelberg-Ziegelhausen.
Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes Vita-Verlag 1952.
Konjunkturpolitische Betrachtungen 1961 Zithmann-Verlag Lauf b. Nbg.

26) Kaltenbrunner in Herderbücherei INITIATIVE 18 Band 9518.

27) Starbatty a. a. O. in Fragen der Freiheit.

28) Literatur hierzu:
Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl Bern 1951.
Wilh. Merks: Ein Tyrann — das Wunder von Wörgl 1951 Garmisch-Partenkirchen.

29) Jobst von Heynitz in: Mensch Technik Gesellschaft Nr. 36/37 März 1978 Gauke-Verlag Hann.-Münden. Bodenrechtsdiskussion in Deutschland.

30) SVR: JG 1974/75 Ziff. 378 / 375 / 416.

31) Mai 1974 Ziff. 4.

32) evolution, 8. Jg. Nr. 5/78 Schweiz, Weinfelden.

33) vergl. mtg Doppelnr. März 1978 C. Harry Bubeck: „Neuere nordamerikanische Diskussionen zur Geldumlaufsgeschwindigkeit".

34) S. Gesell: Brief an Blumenthal 22. 4. 1907.

35) F. G. Binn: mtg Nr. 33, S. 21, a. a. O.

36) S. Gesell: NWO a. a. O., S XX, Vorwort zr 4. Aufl.

37) vergl. H. D. Ortlieb: Führungslos in die Playboy-Gesellschaft Köln 1974, W.-Raymond-Stiftung.
Kleine Reihe Heft 4, Kap. IV und V.

Silvio Gesell

Die Wunderinsel Barataria

(ursprünglicher Titel: Der verblüffte Sozialdemokrat)

Vorwort

Unter Kapitalismus ist der Zerfall der Völker in Klassen, die Scheidung der Menschen in Rentner und Arbeiter, Zehrer und Mehrer zu verstehen, die heute in der ganzen Welt durchgeführt ist. Wohin man sich auch wenden mag, nach Osten und Westen, nach Norden und Süden, nach autokratisch oder demokratisch geführten Staaten, allüberall findet man die gleichen Verhältnisse: Hunderttausende von Rentnern, die kaum wissen, was sie aus Übermut treiben sollen, und Arbeiter, die trotz der durch die Wunder der modernen Technik ins Riesenhafte gesteigerten Produktionsfähigkeit oft nicht wissen, wie sie die elementarsten Bedürfnisse befriedigen können. Dabei die durch die Krisen geschaffene Unsicherheit.

Dieser Zerfall der Völker ist so alt wie die Kultur. Er ist ihr unzertrennlicher Begleiter. Sobald ein Volk zur Geldwirtschaft übergeht, die die Arbeitsteilung ermöglicht und ausgestaltet, setzt auch der Zerfall des Volkes in Genießer und mühselig Beladene ein.

Worauf ist diese Erscheinung zurückzuführen? Auf diese Frage gibt es unzählige Antworten.

Die erste Antwort, von der uns die Geschichte erzählt, gab Moses [1]), indem er die Unveräußerlichkeit des Bodens erklärte, das Zinsverbot und das Jubeljahr einführte.

Merkwürdigerweise hat auch Lykurg [2]) auf die Frage nach der Ursache des sozialen Zerfalls der Völker die gleiche Antwort wie Moses gegeben: Unveräußerlichkeit des Bodens und Ersatz des Goldes durch eisernes Geld waren Lykurgs Forderungen.

Beide große Gesetzgeber des Altertums, Moses und Lykurg — voneinander durch sieben Jahrhunderte und ein Meer getrennt — gaben also auf die Frage nach der Ursache des sozialen Zerfalles der Völker übereinstimmend zur Antwort — das Gold und das Privateigentum am Boden.

Und jetzt nach 3½ Jahrtausenden, nach einer entsetzlichen Leidensgeschichte der Menschheit, kommen die Freiwirte auf die Antworten von Moses und Lykurg zurück und erklären — ja, Moses und Lykurg haben recht. Der soziale Zerfall der Völker ist auf die Goldwährung und das Bodenrecht zurückzuführen.

Freilich begnügen sich die Freiwirte nicht mit dieser Behauptung, sondern geben auch die Erklärung, warum das so ist und sein muß. Und entsprechend ihrer Begründung lautet die Forderung nicht wie bei Moses und Lykurg: Zinsverbot und eisernes Geld, neben Fideikommissen, sondern Freiland und Freigeld, Forderungen, zu denen eine peinliche Analyse der zu bekämpfenden Übel geführt hat.

Wenn also auch die Formulierung der Forderungen eine andere, dem Wesen des Übels genauer angepaßte ist, so bleibt doch die Tatsache hochinteressant, daß die Diagnose der sozialen Krankheit, die heute die Freiwirte geben, schon vor 3½ Jahrtausenden von Moses und Lykurg gestellt worden war.

Zur Erklärung dieser eigentümlichen Tatsache ist wohl die Annahme berechtigt, daß die den sozialen Zerfall bedingenden Kräfte im herkömmlichen Geld und Bodenrecht sehr gut verborgen gewesen sein müssen, daß sie sich so lange der Entdeckung zu entziehen vermochten.

Und fürwahr, es muß wohl so sein, denn aus Erfahrung wissen wir, daß es in der Regel durchaus nicht genügt, mit dem Finger auf die Mängel des Geldes zu zeigen. Es geht hier zu wie bei den bekannten Vexierbildern, wo man das Gesuchte oft auch dann noch nicht sieht, wenn es einem gezeigt wird. Derart sind wir durch Nebendinge abgelenkt.

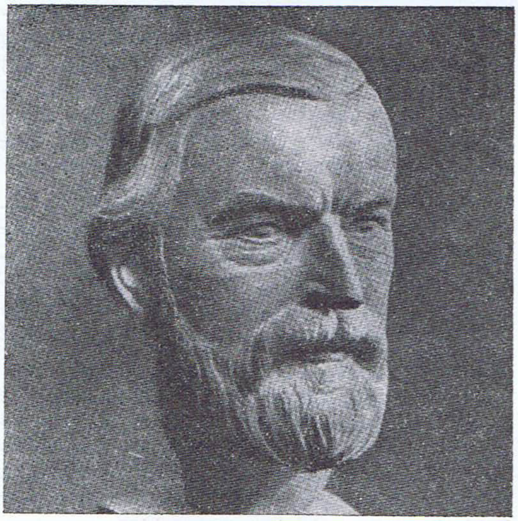
Beim Vexierbild sind es die Nebenfiguren, die uns das Finden erschweren, beim Geld die zahllosen Vorurteile und falschen volkswirtschaftlichen Begriffe, die im Laufe der Jahrtausende sich dem Gelde angepaßt haben. Das Geld war das Gegebene, die Tatsache, und diesen Tatsachen, so schief sie auch waren, haben sich unsere Ansichten angepaßt.

Die vorliegende Schrift ist ein neuer Beweis für das Gesagte. Sie wurde mir von Pedro Tramposo, einem spanischen Freunde unserer Bestrebungen, zugesandt. Er fand das Manuskript, das aus dem Jahre 1675 stammt, in Granada beim Ordnen einer alten Privatbibliothek. Den Titel wählte ich aus Gründen unserer Tagespolitik und weil die auf Marx schwörenden Sozialisten beim Lesen dieser Broschüre ob der neu gewonnenen Erkenntnisse mehr als einmal verblüfft dreinschauen werden.*)

Der Übersetzer

---

*) vgl. ursprünglicher Titel!



Auf dem gleichen Breitengrad wie Utopia und genau 360 Grad ostwestlich dieser Insel liegt die Insel Barataria. So benannt, weil barato billig heißt und weil auf Barataria alles erstaunlich billig war, und zwar nicht in dem wucherischen Sinne, daß man für wenig Geld viel Ware bekam – was für den, der seine Ware für wenig Geld hergeben muß, ja keinen Vorteil hat – sondern billig im sozialpolitischen Sinne, daß alle Arbeiter, ohne Ausnahme, für wenig Arbeit viel Ware eintauschen konnten. Eine rätselhafte Sache, die wir aber erklären werden.

Die Insel wurde 1612 mit 500 spanischen Familien kolonisiert. Auf der Heimreise gingen die Schiffe mit Mann und Maus unter, und so kam es, daß man in Madrid glaubte, daß mit den Schiffen auch die Kolonisten umgekommen seien und man in der Folge die Insel ganz vergaß. So waren die Baratonen lange Zeit gänzlich von der Welt abgeschnitten.

Uns interessieren hier die wirtschaftlichen Einrichtungen der Baratonen, und was hier folgt, ist ein Auszug der Chronik, mit deren Führung der Pfarrer der Hauptstadt Villapanza betraut worden war.

Anfänglich betrieben die Baratonen ihre Wirtschaft kommunistisch. Jedoch nicht lange. Denn bereits 10 Jahre nach der Landung wurden die Kolonisten durch den Lehrer Diego Martinez zusammengerufen, um die Einführung der Privatwirtschaft zu besprechen. Der Aufruf lautete: Der kommunistische Wirtschaftsbetrieb, dem wir bis heute treu blieben, hat gewiß mehr geleistet, als die Mehrheit von uns von ihm erwartete, doch leistet er nicht das, was wir von der vollen persönlichen Freiheit, Unabhängigkeit und Selbtverantwortung erwarten dürfen. Wie das Hemd uns näher liegt als der Rock, so ist es auch mit Egoismus und Altruismus, mit dem Selbsterhaltungstrieb und dem Arterhaltungstrieb[3]). Wir alle tragen die Verantwortung für alles Tun und Lassen nicht unmittelbar genug. Vergißt einer das Handwerkszeug im Feld, wird ein krankes Pferd unsachgemäß oder nachlässig gepflegt, wird mit dem Feuer unvorsichtig umgegangen, wird ein Haus schlecht fundamentiert, schlecht geplant usw., so hat nicht der Schuldige den Schaden, sondern die Allgemeinheit. So gehen täglich durch Nachlässigkeit viele Güter verloren. Das Heu wird schlecht geborgen und gestern erfroren noch die Erdbeerkulturen, weil niemand sich die Mühe geben wollte, sie vor dem drohenden Nachtfrost zu schützen. Weil niemand schneller arbeiten will als die anderen – schon allein um diese anderen nicht zu beschämen – gibt der Langsamste das Tempo an. Wenn der dicke Gomez Feierabend ruft, so werfen auch schon alle das Handwerkszeug in den Staub. Es geht bei uns, wie es in zu engen Straßen geht, wo die Ochsenkarre allen anderen Fahrzeugen die Fahrgeschwindigkeit vorschreibt. Vieles unterbleibt, was geschehen würde, wenn jedem das Recht auf das eigene Arbeitsprodukt zugestanden würde. Manches könnte anders und besser gemacht werden; wenn aber einer es besser machen möchte, so muß er erst in langer und breiter Rede die Einwilligung von den Genossen erwirken. Die beste Zeit geht meistens bei solchen Reden verloren, wobei noch zu beachten ist, daß immer nur das durchgesetzt werden kann, was dem Verstande der Mehrheit erreichbar ist; und das ist nicht viel. Dinge, die vertieftes Studium zu ihrem Verständnis erfordern, lassen sich demokratisch überhaupt nicht durchsetzen. Unsere Erfinder legen die Hände in den Schoß, weil sie wissen, daß es ihnen doch nicht gelingen wird, die Zustimmung zu den nötigen Versuchen auf dem Wege wissenschaftlicher Erklärungen von Creti und Pleti zu erwirken. Der Mehrheit ist alles Ungewohnte stets Utopie[4]).

Der Erfolg ist, daß wir alle trotz offenbarer Tüchtigkeit unserer Frauen und Männer, trotz der großen Fruchtbarkeit unseres Bodens arm sind und arm bleiben. Und dazu diese schreckliche Gebundenheit und gegenseitige Abhängigkeit und ewige Rücksichtnehmerei!

Ich schlage folgendes vor: Wir führen das Eigentum ein, die Eigenverantwortung, das Recht auf das eigene Arbeitsprodukt. Wir vermessen den Boden und verpachten die einzelnen Teile

meistbietend, d. h. nach Selbsteinschätzung. Wer guten Boden haben will, wird viel zahlen, und wer schlechten Boden pachtet, erhält ihn umsonst, so daß in der Beziehung sich alle wirtschaftlich gleich stehen werden trotz der großen Unterschiede in der Bodenbeschaffenheit. Das Pachtgeld verteilen wir dann gleichmäßig unter alle, oder führen es der Landeskasse zu zur Bestreitung der allgemeinen Ausgaben.

Freilich werden wir dann auch Geld brauchen, denn nun werden wir Waren erzeugen, also Dinge, die man nicht mehr persönlich unmittelbar brauchen kann, sondern die man zum Tausch oder Verkauf erzeugt. Und zu diesem Tausch brauchen wir ein Tauschmittel, also Geld.

Solches Geld können wir uns mit der Gutenbergischen Erfindung herstellen. Zwar fehlt uns das Gold als Deckung, aber ich wüßte nicht, warum man als Deckung gerade Gold brauchen soll. Als Deckung ist m. E. jede Ware von allgemeiner Nützlichkeit brauchbar und darum schlage ich vor, unsere Hauptfrucht, die Kartoffel als Deckung unserer Banknoten zu gebrauchen. Wir bauen an verschiedenen Orten Kellerräume, wo man gegen Hinterlegung von Kartoffeln entsprechende Mengen Banknoten erhalten wird, und wo man umgekehrt dem Inhaber der Banknoten bei Sicht und ohne Legitimation von den hinterlegten Kartoffeln das Gewünschte bar aushändigen wird. Und mit diesen Banknoten, die dann mit 100 % gedeckt sein werden, wird man auf der ganzen Insel herumreisen und alles kaufen können.

So werden wir uns der Geldwirtschaft erfreuen und das allgemeine Verlangen nach Freiheit, Eigentum, Selbstverantwortung und Selbständigkeit befriedigen. Kommt, Kameraden, morgen vollzählig zur Besprechung der Sache!

Wie die Chronik berichtet, wurde der Vorschlag Diego Martinez' eingehend besprochen und angenommen. Einer schlug vor, statt der Kartoffeln den Stalldünger als Deckung der Banknoten zu nehmen, da dieser seiner universellen Verwendung und gleichmäßigen Produktion wegen sich besser als Deckung eignete. Es gäbe Jahre, wo man viele Kartoffeln erntete, so daß es dann auch Jahre mit vielem Gelde geben würde, während bei einer Kartoffelmißernte es auch an Geld fehlen würde. Solche Schwankungen wären bei der Mistdeckung ausgeschlossen. Der Mist wäre das eigentliche Protoplasma, die wahre Unterlage unserer Existenz, der Urwert, das einzige Gut von wirklich „innerem, von ewigem Wert", das von jedem Bauern in fast unbegrenzter Menge verwendet werden kann, von dem es nie genug und noch weniger jemals zu viel geben könne. Als Deckung der Banknoten könne nur ein Universalgut in Frage kommen, und ein Universalgut sei nicht die Kartoffel, nicht das Gold, sondern der Mist, der Urstoff, der Universalstoff [5]).

Hierauf antwortete Martinez, er habe die Kartoffeldeckung vorgeschlagen, um nicht auf die Theorie des Geldes eingehen zu müssen. Nach seiner Überzeugung bedürfe das Geld überhaupt keine Deckung. Da die Geldfunktion, d. h. die Nützlichkeit des Geldes als Tauschmittel, aus dem Geldgegenstand ein Gut von universeller Verwendbarkeit mache, universeller wenn möglich noch als der Stallmist, da es gerade da immer gesucht und begehrt wird, wo man Waren zum Verkauf anbietet. Wo Ware liegt, da wäre Nachfrage nach Geld; die Ware war also schon Deckung des Geldes – warum also noch eine doppelte Deckung durch Kartoffeln, Gold oder Mist? Mit seiner Funktion als Tauschmittel wäre das Geld gerade richtig und immer voll gedeckt.

Diese Ausführungen scheinen aber nicht von der Mehrheit der Baratonen begriffen worden zu sein, denn die Chronik sagt, daß bei der Abstimmung über diese Frage die Männer sich aus währungstechnischen Erwägungen für die Deckung des Geldes durch Mist entschieden, die Frauen aber aus ästhetischen Gründen den Kartoffeln den Vorzug gaben.

So wurde also die Sache nach den ursprünglichen Vorschlägen des Lehrers durchgeführt.

Man baute in jeder Stadt einen Kartoffelkeller, wo jeder für Kartoffeln Zettel erhielt, die unseren heutigen Banknoten ähnelten und die Inschrift trugen: Die baratonische Notenbank zahlt dem Inhaber bei Sicht und ohne Legitimation 1 – 5 – 10 – 100 – 1000 Zentner Kartoffeln.

Wie es scheint, bürgerten sich diese Banknoten ohne Schwierigkeiten bei den Baratonen ein. Wer Geld brauchte, lieferte in den Kellern der Notenbank Kartoffeln ab und erhielt dort stets für einen Zentner Kartoffeln eine Note von einem Zentner Geld. Und wer umgekehrt Kartoffeln brauchte, erhielt solche in den Kellern der Notenbank gegen Vorzeigung der Noten. Und auf der ganzen Insel liefen die Noten als Geld um und reihten sich in die allgemeine Preisskala nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ein. Jeder rechnete nach Kartoffelzentnern, alle Preise lauteten in Kartoffelzentner, abgekürzt Zentner. Da die Kartoffel auf der ganzen Insel gleichmäßig gut gedieh, so standen die Preise aller anderen Waren direkt unter der Kontrolle der Kartoffel. Erschienen die Preise

der sonstigen Waren teuer im Vergleich mit den Kartoffeln, dann gingen wegen Mangel an Geld (Kartoffelnoten) die Preise der übrigen Waren zurück, d. h. man erhielt für die Kartoffeln wieder mehr von den anderen Waren, bis daß der Kartoffelbau wieder lohnend erschien. So stand darum die Währung Baratarias viel unmittelbarer unter dem allgemeinen Gesetz, wonach das Tauschverhältnis der Waren durch die Arbeit bestimmt wird — wie es z. B. bei uns mit der Goldwährung der Fall ist. Denn das Gold läßt sich nicht wie Kartoffeln willkürlich produzieren, weil es ja gefunden wird.

Soweit wickelte sich also der Handel ganz gut und zur allgemeinen Zufriedenheit ab. Doch hatte die Sache einen Haken. Noch waren keine zwei Jahre verflossen, da berief Diego Martinez, den man zum Verwalter der Notenbank ernannt hatte, die Baratonen wieder zu einer Besprechung. Seine Bücher schlossen mit einem Fehlbetrag von über 20 % ab, d. h. es waren 500 000 Zentner Kartoffelnoten ausgegeben, während die Deckung nur 400 000 Zentner betrug. Der Fehlbetrag von 100 000 Zentner war auf den natürlichen Schwund der Kartoffeln, auf Fäulnis, Rattenfraß usw., und auf die Verwaltungskosten zurückzuführen. Martinez erklärte, daß dieser Verlust nicht zu vermeiden sei, und daß, wenn nichts geschähe, der Fehlbetrag nächstes Jahr auf 30 % steigen würde. Was sollte geschehen?

Man schlug vor, durch Steuer den Fehlbetrag zu decken. Man solle eine Steuer im Gesamtbetrag von 100 000 Zentner erheben und diesen Betrag einfach verbrennen. So wäre das Gleichgewicht zwischen Noten und Deckung wieder hergestellt.

Martinez aber sagte: Diese Steuer wäre ungerecht, denn sie würde Leute treffen, die keinen Gebrauch vom Gelde machen, weil sie, was sie brauchen, selber erzeugen und nicht für den Markt arbeiten. Ich komme aber auf das zurück, was ich in der ersten Versammlung von der Überflüssigkeit der Deckung gesagt habe. Ihr könnt nun sehen, wie recht ich damals hatte. Jetzt sind die Noten nur mehr mit 80 % gedeckt, und trotzdem gelten sie draußen genausoviel, wie wenn sie voll gedeckt wären. Dasselbe wäre auch zweifellos der Fall, wenn die Deckung noch weiter abgenommen hätte. Wenn aber eine Deckung von 80 % und weniger als voll gilt, warum soll das nicht auch bei 10 % so sein? In unseren Kartoffelkellern werden nur äußerst selten Kartoffeln verlangt — kaum 10 % des Vorrates im Monat. Wer Kartoffeln braucht, kauft sie lieber auf dem Markt. Würden wir in der Inschrift der Noten die Lieferung von Kartoffeln streichen, so würde auch das ganz ohne Einfluß bleiben. Je mehr die Noten zum allgemeinen Tauschmittel werden, um so nebensächlicher wird die Deckung. Aber das sind theoretische Erwägungen, deren Richtigkeit man nur nach vertieftem Studium anerkennt.

Hierauf antwortete Santiago, derselbe der die Mistdeckung für das Geld vorgeschlagen hatte: Diego Martinez hat vollkommen recht. Das Geld braucht gar keine Deckung; seine Verwendung, seine Nützlichkeit als Tauschmittel muß vollkommen genügen, um Nachfrage nach diesem Geld zu erzeugen, und mehr Deckung braucht keine Ware als Nachfrage. Und für die Nachfrage nach unserem Geld wird schon die Natur unserer Produkte sorgen, die wir ja nicht anders verkaufen können, als indem wir sie gegen Geld anbieten. Und in diesem Angebot von Waren besteht doch gerade die Nachfrage nach Geld, die infolgedessen immer gerade so groß sein wird — wie die durch unsere Arbeit erzeugte Warenmenge, das Angebot von Waren. Von unserer Zentralnotenbank hat der Inhaber des Geldes nichts zu fordern, draußen auf den Märkten, in den Läden liegt die Deckung unseres Geldes. Wir brauchen keine Einlösung der Noten, da wir ja das Geld sowieso immer brauchen werden, ja im Grunde ist die Einlösbarkeit der Noten für uns eine ewige Bedrohung — denn nehmen wir an, die Notenbank würde eines Tages die Noten wirklich sämtlich einlösen — wozu sie nicht nur berechtigt, sondern eigentlich sogar verpflichtet ist, was würde dann aus uns werden? Ist unsere Wirtschaft einmal auf das Geldwesen eingestellt, so brauchen wir nur eins: Eine unbedingte Gewähr, daß die Notenbank ihre Noten niemals einlösen wird. Diese Gewähr werden wir haben, wenn das Einlösungsmittel die Kartoffeldeckung, ganz verfault sein wird, und bis das geschieht, schlage ich vor, unserem Geld folgende Inschrift zu geben: Der Notenbank ist es verboten, die Noten einzulösen. Die Notenbank hat das Geld ewig in Umlauf zu erhalten. Sie darf keinen Stahlschrank besitzen. Oder noch besser, wir schreiben: Dem Vorzeiger dieser Note wird Diego Martinez bei Sicht und ohne Legitimation 100 Streiche mit dem Schulstock verabfolgen. So werden wir dann auch von seiten der Geldinhaber vor der drohenden Einlösung der Noten geschützt. Ich will damit ganz klar ausdrücken, daß die Deckung des Geldes nicht in der Emissionsbank zu suchen ist, und daß eine zur Einlösung der Noten bestimmte Deckung, wie sie unsere Kartoffeln bisher darstellten, keine Sicherheit, sondern eine Unsicherheit, ja eine Bedrohung des Geldmarktes darstellt. Ich stimmte früher für eine Mistdeckung, weil ich dieser Ge-

sellschaft lange theoretische Auseinandersetzungen ersparen wollte, in der Überzeugung, daß die Praxis uns allen bald genug die völlige Überflüssigkeit jeder Art Deckung entschleiern würde.

Hierauf ergriff wieder Diego Martinez das Wort: So drastisch Genosse Santiago euch den Sachverhalt klar gemacht hat, so treffend und wahr sind auch seine Ausführungen. Aber wir müssen hier unsere demokratische Verfassung achten und keine Gesetze, keine Einrichtungen einführen, die nicht restlos von der Majorität unseres Volkes begriffen und durchschaut werden, so nützlich auch solche Einrichtungen sich erweisen würden. Ich würde es als ein Verbrechen an der Demokratie ansehen, die Annahme meiner Vorschläge von eurem bloßen Vertrauen, womit ihr mich beehrt, zu erwirken. Alles muß auf dieser Welt bezahlt werden, warum nicht auch die Demokratie. Nein, Genossen, Demokraten, echte Demokraten, wollen wir bleiben — verweigert immer glattweg alles, was ihr nicht begreift und durchschaut. So ihr nicht nach eigenem Urteil handelt und euch auf Vertrauensmänner verlaßt, verliert ihr das Heft aus der Hand und verfallt dem aristokratischen Regiment. Trefft keine staatlichen Einrichtungen, die euren geistigen Horizont übersteigen. Euer Staat sei das geistige Spiegelbild der Majorität. Alles müßt ihr durchschauen können, nichts darf euch zu hoch sein. Und schmückt euch nicht mit fremden Federn. Ist das geistige Fassungsvermögen der Majorität nicht größer als das der Hottentotten, so begnügt euch mit einem Hottentottenstaat.

Euer alter Lehrer weiß, daß viele unter euch das Geld im Sinne Barabinos begreifen werden, aber bei weitem nicht die hier ausschlaggebende Majorität. Fiat democratia et pereat mundus. Ehe wir uns eines Geldes bedienen, das unsere Majorität nicht geistig durchdringt, verzichten wir auf solches Geldwesen — und wenn es noch so viele Vorteile böte. Zum Glück nun kann ich euch ein Geldsystem vorschlagen, das jeder von euch verstehen wird, und das, wenngleich es stark an das Muschelgeld der Hottentotten erinnert, dennoch ganz gute Dienste leisten wird.

Wir haben hier auf unserer Insel ein Exemplar, ein einziges, des „pinus moneta", des großen Baumes, wie ihn unsere Kinder nennen, dessen Nüsse uns zu weiter nichts nütze sind. Die Kinder spielen damit, und die Ratten fressen sie, wenn nichts anderes da ist. Diese Nüsse erklären wir zu unserem Geld. Wir bauen um den Baum eine Mauer und erklären Baum und Früchte für Eigentum des Volkes. Mit diesem Geld fällt die ganze Deckungsfrage einfach weg. Das Geld trägt dann in sich selbst seine „Deckung" und schleppt sie mit sich herum. Der Baum wird zu unserer Zentralnotenbank und ersetzt unsere kostspieligen Kartoffelhallen. Mit den Nüssen lösen wir die in Umlauf befindlichen Kartoffelnoten ein. Die noch vorrätigen Kartoffeln verteilen wir unter uns und machen bekannt, daß von nun an nur mehr allein die Nüsse unseres großen Baumes als Geld anzusehen seien. Als Umtauschverhältnis für die Kartoffelnoten schlage ich 1 zu 100 vor — d. h. ein Pfund Nüsse für eine Note von 100 Pfund Kartoffeln. Diese Nüsse unterliegen zwar auch einem regelmäßig wachsenden Gewichtsschwund dadurch, daß sich das in ihnen enthaltende Öl verflüchtigt, aber dieser Verlust trifft dann immer gleich den, den es treffen soll, also den, der das Geld für den Tausch seiner Produkte benutzt, und nicht mehr die Allgemeinheit. Da weiter durch den ständigen Gewichtsverlust der Nüsse unser Geldbestand ständig abnehmen wird, so werden wir jährlich für Ersatz sorgen müssen, indem wir von der jährlichen Ernte des großen Baumes soviel in Umlauf setzen, wie auf genannte Weise jährlich verloren geht. So werden wir eine jährliche Einnahme haben, die ich auf 10 % unseres Geldumlaufes schätze und für die wir gute Verwendung beim Ausbau unseres Straßensystems haben werden. Auch das ist noch zu bemerken: Unsere Nußreserven setzen uns in den Stand, stets genau so viel Nüsse (Geld) in Umlauf zu setzen, daß ihr Preis sich nicht verändert, d. h. daß man für das gleiche Quantum Nüsse immer das gleiche Quantum Waren, Durchschnittswaren, erhalten wird. Neigen die Warenpreise abwärts, so werden wir von unseren Nußreserven so viel und so lange neue Mengen auf den Markt werfen, bis daß die Warenpreise wieder anziehen. Sollten umgekehrt die Warenpreise steigen, so vermindern wir den Geldumlauf, was auf einfachste Weise dadurch geschieht, daß wir den Ersatz des natürlichen Schwundes des Geldes eine Zeitlang aussetzen. So werden sich Angebot und Nachfrage die Waage halten [10]).

Dieser Vorschlag gefiel den Baratonen ganz außerordentlich. Dieses Nußgeld, wenn es auch nur aus den unnützen Früchten eines Nadelbaumes bestand, von dem es in Madagascar ganze Wälder gibt, verstanden sie, oder glaubten wenigstens es zu verstehen. Es war ein Körper, massiv; man sah, fühlte es, konnte es wiegen. Es hatte „inneren Wert". Es war hartes Geld, Stoff, man konnte da wieder stofflich denken. Zudem eignete sich die Frucht, auch rein äußerlich betrachtet, vorzüglich für die beabsichtigte Verwendung. Es waren kleine, harte, glänzende Nüßchen in Erbsengröße, von angenehmem Getaste und Geruch,

die sich leicht in Beuteln tragen ließen. Der Ballast war klein; man konnte sowohl die größte wie die kleinste Summe damit zahlen.

Der Pinus moneta, der große Geldbaum, wurde nun eingefriedigt. Die Früchte wurden gesammelt und der nach dem Umtausch der Kartoffelnoten verbleibende Rest dem Lehrer Diego Martinez als Bankreserve übergeben mit der Vollmacht, damit nach seinen Vorschlägen die Währung des Landes zu verwalten.

Auf Veranlassung des Bürgers Carlos Marquez wurden die Kartoffeln, die als Deckung des früheren Geldes gedient hatten, nicht aus den Hallen entfernt, denn, so sagte er, die „wertlosen" Nüsse des Pinus moneta, deren Produktion keine menschliche Arbeit gekostet hatte und keine „Arbeitsgallerte" vorstellen, könnten nur durch den auf sie „übertragenen Wert" der Kartoffeln als Geld funktionieren. Das Geld kann nur den Wert eintauschen, den es selber hat, sagte er. Die Kartoffeln könnten ja da, wo sie lagen, vollständig verfaulen, das schadet sonst nichts, ihr Wert würde doch nach Beendigung des Fäulnisprozesses, d. h. nach Abstraktion aller körperlichen Eigenschaften, verbleiben und auf die Nüsse des Pinus moneta übergehen, — also sozusagen nur eine Seelenwanderung durchmachen. (Marx sagt: Abstrahiert man sämtliche körperliche Eigenschaften der Waren [11]), so bleibt doch noch eine Eigenschaft, der Wert). Da die Baratonen kein Wörtchen von diesen Ausführungen verstanden, so wurde der Vorschlag doch einstimmig angenommen.

Über diesen Schildbürgerstreich machte sich Santiago Barabino nicht wenig lustig. Was seid ihr doch beschränkte Köpfe, sagte er. Ist das nicht der reine Fetischismus? Freilich, wer sich einer reinen Demokratie erfreuen will, der muß auch bereit sein, ihre Kosten zu zahlen. Heute kostet uns der Spaß 400 000 Zentner Kartoffeln, die wir darum verfaulen lassen, weil die Majorität es so will, weil sie geistig unfähig ist, das Geld zu begreifen und nun einer Phrase zum Opfer gefallen ist. Fiat democratia et pereant tubercula. Könnt ihr euch nicht über den Stoff erheben? Könnt ihr das Geld nur stofflich, nicht als Kraft begreifen? Dabei erlaubt ihr euch noch über den armen Kopernikus zu lachen, der wohl einsah, daß die Erde um die Sonne kreiste, aber sich auch nicht vom Stoffe trennen konnte und darum die Erde auf Achsen und einer festen Ebene kreisen ließ bis daß Galileo auch diesen Rest stofflicher Vorstellungen beiseite warf und unsere Erde in den Raum schleuderte, wo sie nun frei ihre Bahnen um die Sonne ziehen darf. So wie Galileo die Erde betrachtete, so müßt ihr euch das Geld vorstellen. Frei, an keine besondere Ware gebunden, weder an Gold, noch an Kartoffeln und Nüsse. Wie die Erde ihre Schwerkraft von den umgehenden Himmelskörpern erhält, so zieht das Geld aus den Warenvorräten des Marktes, denen es als Tauschmittel dient, seine Lebensgeister. Nehmen wir die Sonne fort, so löst sich die Erde in Dunst auf, den die Wüstenwinde hin und her wehen; nehmen wir die Waren fort, so verwandeln sich die Samen des Pinus moneta wieder in das, was sie waren, in Futter für die Ratten. Von dem Augenblick an aber, wo wir sagen: Wir verkaufen unsere Arbeitsprodukte nur noch gegen die Nüsse des Pinus moneta, entsteht eine kaufmännische Nachfrage, die genauso groß ist wie die auf den Tausch harrende Warenmenge und mit dieser gemessen werden kann. Wie ihr aber wißt, genügt es, wenn Nachfrage nach einer Sache besteht, um dieser den Charakter einer Ware zu geben, für die man auf dem Markte etwas eintauschen kann. Wieviel sagen dann Angebot und Nachfrage. Vorher war die Nuß der Pinus moneta wirklich ein sehr nutzloser Gegenstand, jetzt aber, da wir sie zu unserem Tauschmittel gemacht haben, gehört sie zweifellos zu unseren nützlichsten Gütern, da wir es ihr verdanken, wenn wir unsere Produkte schnell, sicher und billig austauschen können. Darum war es ein toller Streich, die 400 000 Zentner Kartoffeln „zur Gerinnung des Wertes" verfaulen zu lassen. Weder die Kartoffelnoten noch die Nüsse des Pinus moneta brauchten zu ihrer Geldfunktion solche „Deckung" [12]).

Hier bricht die Chronik den Gegenstand plötzlich ab. Erst zehn Jahre später ist von einer neuen Geldordnung die Rede. So lange scheint man mit dem Nußgeld völlig zufrieden gewesen zu sein. Die Chronik berichtet von dem unaufhaltsam wachsenden allgemeinen Wohlstand, der sich in vielerlei Werken schönster Kultur äußerte. Auch der Überraschung des Chronisten wird Ausdruck gegeben darüber, daß dieser allgemeine Wohlstand allen Prophezeiungen zum Trotz nicht in Reichtum und Armut zerfallen wollte. Arme Leute gab es während dieser langen Zeit offenbar überhaupt nicht, denn im Staatshaushalt fehlt jede Andeutung über öffentliche Armenpflege. Überraschend klein an Umfang ist auch die Verbrecherchronik. Immer wieder spricht der Chronist seine Überraschung darüber aus, daß bei rein geschäftsmäßigen Darlehen kein Zins ausbedungen werden kann. Daß das nicht aus religiösen oder ethischen Gründen geschieht, erwähnt der Chronist ausdrücklich. Er sagt, daß auf dem Darlehensmarkt das Angebot immer reichlich die Nachfrage deckt, was ja dann

allerdings die Erscheinung des zinslosen Darlehens erklärt. Die Baratonen verkauften ihre Erzeugnisse nach kaufmännischen Grundsätzen, d. h. sie nahmen immer so viel, wie sie erlangen konnten. Hätten also die Baratonen nach Lage der Verhältnisse einen Zins bei Darlehen ausbedingen können, so hätten sie den Zins ganz gewiß nicht verschmäht. Die Erscheinung, daß in Barataria das Angebot auf dem Darlehensmarkt die Nachfrage deckte, sucht der Chronist wie folgt zu erklären: Das Angebot bei Darlehen bestand aus Nüssen des pinus moneta, die wie wir wissen, genau wie alle anderen Güter dem ständigen Schwund unterworfen waren. Dieser Schwund übte auf das Angebot dieser Nüsse einen ständigen Druck aus. Die Darlehensgeber, also die Besitzer der Nüsse, konnten nicht, wie unsere heutigen Kapitalisten, den Zins zur selbstverständlichen Bedingung des Darlehens stellen; sie konnten den Geldschrank nicht dem Darlehensbegehrer vor der Nase zuschlagen und sagen: „Wenn Sie keinen Zins bewilligen, so behalte ich mein Geld." Beim Gold und bei den heutigen Banknoten ist das möglich, weil das Gold und seine papiernen Vertreter unbegrenzt haltbar sind. Darin unterschied sich eben das Geld der Baratonen von unserm heutigen Geldwesen. Gaben die Baratonen das Geld zinsfrei her, so vermieden sie den Verlust, der ihnen sonst aus der Aufbewahrung des Geldes erwachsen wäre. Sie gaben 100 Pfund Nüsse, und nach Jahr und Tag bekamen sie 100 Pfund zurück. Hätten sie die 100 Pfund im Geldschrank verwahrt, weil sie auf zinsfreie Darlehen nicht eingehen wollten, so hätten sie nach Ablauf der gleichen Zeit nur mehr 90–80–70 Pfund vorgefunden. Was sollen die Sparer tun? fragt der Chronist. Sparen sie ihre eigenen Produkte, so haben sie Verluste und Kosten für die Wartung, legen sie ihre Ersparnisse in Produkten anderer Bürger an, so stehen sie nicht besser, und sparen sie Geld, so ist es wieder dasselbe, als ob sie ihre eigenen oder die Erzeugnisse anderer sparten. So ist das zinsfreie Darlehen für die Sparer tatsächlich die einfachste und nützlichste Sparanlage. Die Bürger aber, die das Geld ja nur zum Ankauf von Waren für ihre Industrie oder den Handel benötigen, legen das Geld nicht in den Kasten, sie wälzen den aus dem Schwund des Geldes entstehenden Verlust durch den Kauf der von ihnen benötigten Waren wieder von sich ab. So haben sie den Vorteil des Darlehens ohne Zinslasten.

Weil derart die Gelddarlehen zinsfrei waren, konnten die Unternehmer auch von ihren Unternehmungen keinen Zins verlangen. Sie konnten Fabriken, Mietshäuser, Schiffe, Kanäle bauen, ohne dabei zur Bedingung zu stellen, daß ihnen das Haus Zins abwerfe. Bei uns muß jedes Unternehmen wenigstens so viel Zins abwerfen, wie der Unternehmer den Hypothekenbanken für das Geldkapital an Zins abtragen muß, sonst ist das Unternehmen finanziell unmöglich. Es rentiert sich nicht, sagt man. Für unsere Unternehmer ist der Zins ein Durchgangsposten, der sie weiter nicht interessiert. Ob sie 3–4–5 % zahlen müssen, ist ihnen völlig gleichgültig. Sie erheben den Zins vom Haus, vom Schiff, von der Fabrik, um ihn an ihre Gläubiger abzuliefern. Ihnen bleibt dann der ihrer persönlichen Arbeit entsprechende reine Unternehmerlohn, der durch die Gesetze des allgemeinen Wettbewerbes bestimmt wird. So war es auch in Barataria, nur mit dem Unterschied, daß die Zinswirtschaft wegfiel. Die Mietshäuser in Barataria warfen in der Miete nur die Kosten der Reparaturen, die etwaige Grundrente (die an die Staatskasse abgeführt wurde) und die Abschreibungen ab. Mit dem in der Miete enthaltenen Betrag der Abschreibungen wurde das Darlehen getilgt. Auch im Handel wurden die Waren nicht mit Zins belastet an die Konsumenten abgegeben, denn von der Grundlage des zinsfreien Gelddarlehens gingen die Preisberechnungen der Konkurrenten aus.

Die Banken hatten in Barataria trotz des lebhaften Verkehrs geringe Bedeutung. Hypothekenbanken fehlten schon aus dem Grunde, weil in Barataria der Boden der Allgemeinheit gehörte, also so zu sagen ein Fideikommiß des ganzen Volkes darstellte. Und Fideikommisse kann man nicht verpfänden. Die baratonischen Sparer scheinen ihre Mittel direkt ohne Vermittlung von Zwischenpersonen und Banken in den ihnen bekannten, meistens als Aktiengesellschaften geführten Unternehmungen angelegt zu haben. Wechsel und Schecks waren unbekannt. Die Barzahlung war fast ausnahmslose Sitte, was der Chronist damit erklärte, daß die Natur des dortigen Geldes jeden direkt zwang, sich des Geldes so schnell wie möglich zu entledigen. Kreditverkäufe waren unbekannt. Wer aus besonderen Gründen nicht über das nötige Geld verfügte, der borgte bei seinen Bekannten und Verwandten und bezahlte dann bar. Der Chronist erwähnt ferner die bei den Baratonen ganz allgemein gewesene Sitte der privaten Vorratswirtschaft. In jedem Hause war eine Vorratskammer eingebaut – gewöhnlich der Stolz der Hausfrau. Die Kammer füllte man mit den Dingen des gewöhnlichen Bedarfes. Statt Geldreserven und Sparkassenbücher hatte man Vorräte. Da das Geld sich ohne Schaden nicht

aufbewahren ließ, so war jeder Hausfrau der Besitz von Vorräten ebenso lieb und bequem, wie der Besitz barer Geldreserven. Geld und Vorräte waren gleich schlecht und gleich gut. Darum pflegte man die Waren nicht so wie heute in Minimalmengen zu kaufen, sondern faß-, sack- und ballenweise in der Originalpackung, und da es sich derart immer um größere Sendungen handelte, so bezog man die Waren meistens unmittelbar vom Erzeuger. Die Weihnachtsgeschenke kaufte man z. B. nicht gerade am Weihnachtsabend, sondern während des ganzen Jahres, wenn man gerade Geld hatte, und bewahrte sie dann in der Vorratskammer für die Zeit des Festes auf. Darum trieben sich die Waren in Barataria gar nicht lange auf den Märkten und in den Läden herum. Es waren überhaupt nur ganz wenige Läden vorhanden – eine Apotheke, ein Sargmagazin, ein Sprengstofflager und ähnliche Geschäfte von Gegenständen, die man nicht gerne auf Vorrat kaufen wollte.

Die Waren rollten auf dem Gelde des pinus moneta unaufhaltsam von der Werkstätte, vom Acker unmittelbar den Verbrauchern zu. Das hatte zur Folge, daß die Kaufleute ihre Geschäfte mehr kommissionsweise, nach Art der Musterreiter betrieben. Ihre Profitsätze müssen demgemäß auch nur sehr geringe gewesen sein, statt 40 % im Durchschnitt, wie sie bei uns betragen, mochten die Waren in Barataria nur mit etwa 4 % Handelsspesen belastet den Verbraucher erreichen [14]).

Jetzt werden wir auch verstehen, warum in Barataria alles so billig war, wie anfangs erwähnt wurde. Die Güter waren nicht billig, weil man dort niedrige Löhne zahlte, sondern einfach darum, weil der Warenaustausch und die Warenproduktion nicht mit Zinsen und unerhörten Handelsprofiten belastet waren. Bedenkt man, daß z. B. bei den Eisenbahnen der Preis der Fahrkarten und die Frachtsätze zu mehr als 50 % aus Zinsen des im Bahnbau angelegten Geldkapitals besteht, daß durch eine Beseitigung des Zinses der Tarif der Bahnen um 50 % ermäßigt werden könnte, daß ferner bei 5 % Zins das ganze Reich mit allem Land und allem, was darauf gebaut ist, Häuser, Eisenbahn, Fabriken, Kuhställe, Gärten, Wälder, Äcker, Wasserkräfte usw. alle 20 Jahre über die Zahltische der Rentner wandert, so wird man verstehen, warum unsere Insel den anheimelnden Namen Barataria erhielt.

Leider muß ich es mir versagen, auch von den sozialen Zuständen, die sich auf diesen wirtschaftlichen Verhältnissen der Baratonen entwickelten, Näheres mitzuteilen. Es genüge hier zu erwähnen, daß in Barataria jeder nach christlicher Lehre leben und handeln konnte, ohne dadurch in Bedrängnis zu geraten. Die Zahl der Hilfsbedürftigen war gegenüber der Zahl der Hilfskräftigen derart geringfügig, daß es überhaupt nicht möglich war, durch werktätiges Christentum sich selbst in den Zustand der Hilfsbereitschaft zu bringen. Ohne zu erröten, konnte jeder von sich sagen: Ich lebe nach Christi Lehre, wenigstens so weit es mein Verhältnis zu meinem Nächsten, zu meinen Brüdern betrifft.

So standen die Sachen, als die Baratonen eines Tages von einem Aufruf überrascht wurden, den Carlos Marquez an die Bürger Baratarias richtete: Bürger! Unser Geld hat sich entschieden als Tauschmittel bewährt. Der Wert der verfaulten Kartoffeln hat sich als „kristallisierte Arbeitsgallerte“ [15]) auf die sonst wertlosen Samenkörner des Pinus moneta übertragen und haftet diesen an, wie der Schweiß der Goldgräber König Salomos noch heute dem aus damaliger Zeit auf uns überkommenen Ophirgolde anhaftet. Der Tausch der Produkte geht dank diesem übertragenen Wert der Kartoffeln reibungslos vonstatten, sogar besser, wie ich zugebe, als es mit dem Gelde Salomos zu gehen pflegte. Wir haben noch keinen Krach, keine Arbeitslosigkeit gehabt. Merkwürdigerweise ist auch der dem Privateigentum als Eigenschaft anhaftende Zins oder Mehrwert ausgeblieben – auch habe ich bis jetzt keine Entwicklungskeime des Mehrwertes wahrnehmen können. Die Theorie des Mehrwertes versagt hier offenbar. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir mit dem jetzigen Geld eine der Haupteigenschaften guten Geldes entbehren müssen – nämlich die Eigenschaft eines Wertbewahrers, einer Wertkonserve, eines Wertspeichers [16]). Wieviele Verluste erwachsen unseren Hausfrauen allein aus dem Besitze der Vorratskammern, wieviel Arbeit verursacht deren Wartung! Es geht hier in die Millionen. Alle diese Kosten würden wir sparen können, wenn unser Geld nicht ausschließlich Tauschmittel, sondern auch Sparmittel, Wertbewahrer, Wertspeicher und Wertkonserve wäre. Der Grund, warum unser Geld nicht auch Sparmittel ist, liegt darin, daß wir die Nüsse des Pinus moneta nach Gewicht tauschen und daß dieses Gewicht ständig schwindet. Wenn wir nun die Nüsse statt nach Gewicht nach Hohlmaßen gelten ließen, so bliebe der Wert unseres Geldes unverändert, denn wie ich festgestellt habe, überträgt sich der Schwund des Gewichtes der Nüsse nicht auch auf ihren Rauminhalt. Dieser ist so gut wie unveränderlich. Ein Maß Nüsse bleibt noch nach zehn Jahren ein Maß Nüsse. Nun gibt ein Pfund frischer Nüsse des

Pinus moneta genau 1/10 Maß. Wir brauchen also nur ein Gesetz, wonach von jetzt ab das zehntel Maß an die Stelle des Pfundes tritt – und dann haben wir, was wir brauchen – die Wertkonserve, den Wertbewahrer, verbunden mit den allgemein anerkannten Vorzügen unseres Geldes. Kommt, Bürger, stimmt alle für diese Währungsreform, die uns viele Millionen erparen wird.

In dieser Versammlung ergriff nun der Lehrer Diego Martinez das Wort. Liebe Mitbürger, sagte er, lehnt den Vorschlag Marques ab. Unsere Wirtschaft ist, wie er selber zugibt, in bester Ordnung. Am Geld soll man nicht viel herumpfuschen. Wir wissen gar nicht welche Rückwirkungen eine solche eingreifende Änderung auslösen wird. Nervus rerum nennt man das Geld nicht umsonst. Durch den Vorschlag Marquez schaffen wir zwar das, was er bezweckt, aber auf wessen Kosten wir die Vorteile des sogen. Wertspeichers genießen werden, das hat uns Marquez nicht gesagt. Er sagt nur, daß die Hausfrauen die Unkosten sparen werden, die ihnen die Aufbewahrung der Vorräte verursacht. Wer aber soll von nun an diese Vorräte aufbewahren und wer soll die Kosten tragen? Das hätte Marquez untersuchen müssen. Auf alle Fälle stelle ich hier eine Diskrepanz fest zwischen der Natur des Markquezschen Geldes und der Natur der Waren, denen das Geld als Tauschmittel zu dienen hat, eine Diskrepanz, von der wir in Übereinstimmung mit dem Satz, daß das Geld als nervus rerum zu betrachten ist, die folgenschwersten Ereignisse erwarten müssen. Welcher Art die Ereignisse sind, vermag ich zur Stunde nicht zu übersehen. Unsere Wirtschaft läuft in so gut geölten Bahnen, daß kaum einer unter uns die Gesetze dieser Wirtschaft zu untersuchen für nötig gehalten hat. Sonst würde wohl einer im Stande sein, den theoretischen Nachweis zu erbringen, daß, wie ich ahne, die Eigenschaft des Wertbewahrers, die wir unserem Gelde geben sollen, im Grunde die Ursache des Zinses ist, dem wir bisher mit unserem Gelde zum Glück entgangen sind – eine Erscheinung, die Marquez, wie er zugibt, nicht erklären kann. Mitbürger – mißtraut der vorgeschlagenen Neuerung, lehnt sie ab, oder fordert wenigstens von Carlos Marquez, daß er auch eine Erklärung abgibt darüber, wer von nun an die Kosten der Aufbewahrung der Waren tragen wird [17]) und ob mit dem Wertbewahrer noch zinsfreie Darlehen, auf die der blühende Zustand unserer gesunden sozialen Verhältnisse zurückzuführen ist, möglich sein werden. Ich leugne das, denn von dem Augenblick an, wo der Sparer sein Geld einfach ohne Schaden seinem Geldschrank anvertrauen kann –fehlt auch der Druck, der den Darlehnsgeber für zinsfreie Darlehen mürbe machte.

Diese kritischen Bemerkungen scheinen die Baratonen, (die, wie es ihnen Martinez schon gesagt hatte, in wirtschaftlicher Beziehung vollkommen unwissend waren, nicht verstanden zu haben. (Vielleicht war es der Umstand, daß sich Martinez so unbestimmt ausdrückte, vielleicht auch nur Neugierde, die die Mehrheit veranlaßte, dem Vorschlag Marquez zuzustimmen. Wenn es dem Esel zu gut geht, dann geht er aufs Eis. Und es ging ihnen allen gut. Wollten es aber noch besser haben. Es wurde also ein Gesetz erlassen, wonach das Geld nach Hohlmaßen und nicht mehr nach Gewicht gelten sollte [18]).

Wenn irgendwo das Wort „kleine Ursachen, große Wirkungen" am Platze ist, so ist es wohl hier. So heißt es in der Chronik: „Großer Gott, was haben wir da in unserem Leichtsinn für grenzenloses Unheil angerichtet. Kein Erdbeben, keine Sintflut, kein Krieg, keine Seuche hätte uns schwerer heimsuchen können, als jene anscheinend so harmlose Neuerung, die unser Theoretiker Carlos Marquez vorschlug. Von Grund auf hat er unsere Volkswirtschaft, unsere sozialen Zustände aufgewühlt und zerstört, nichts als Trümmer sind übriggeblieben. Das Volk ist verhetzt, verlogen, verarmt, dem Laster verfallen, vom Christentum ist nichts übriggeblieben als der Name. Es kam, wie es Santiago Barabino in einem Artikel der baratonischen Rundschau prophezeit hatte. Ihr werdet schon sehen, hatte es am Schlusse dieses Artikels geheißen, was aus einer Demokratie wird, wenn die Majorität, wie es bei uns der Fall ist, sich von Phrasenhelden in Staatsangelegenheiten leiten läßt. Die Demokratie ist kein billiger Bazarartikel, sie kann nur dann ein Staatswesen zur Blüte bringen, wenn sich das ganze Volk der Mühe unterzieht, die Staatsangelegenheiten gründlich zu studieren. Und diese Arbeit wollen sich die Baratonen sparen. Sie sitzen lieber im Wirtshaus und ziehen lieber die alkoholische Lösung jeder gründlichen Analyse vor. Sie werden aber wohl noch rechtzeitig erfahren, ehe es zu spät ist – was es heißt, das Geld zum ‚Wertbewahrer' zu machen."

Gleich am ersten Tag, da die Baratonen mit dem Wertbewahrer beglückt wurden, war es, als ob die gesamte Bevölkerung wahnsinnig geworden wäre. Es geschah, was man eigentlich sofort vom Vorschlage Marquez und seiner Begründung hätte ableiten können.

Vom Wunsche beseelt, den Inhalt ihrer Vorratskammern durch den „Wertbewahrer" zu ersetzen,

beschlossen die Baratonen nämlich, ihre Vorräte zu verkaufen, und da jeder ahnte, daß viele, wenn nicht alle auf den gleichen geistreichen Gedanken kommen würden, und daß infolgedessen das Angebot größer sein würde, bei gleichzeitig fehlender Nachfrage, so hatte es jeder eilig. Jeder wollte der erste auf dem Markte sein. So kam es, daß am gleichen Tage, wo das Geld zum „Wertbewahrer" gemacht wurde, sämtliche Vorratskammern des Landes geleert, auf Wagen verladen und den Märkten zugerollt wurden. Noch ehe der Hahn zu Ende gekräht hatte, setzte sich das ganze Volk in Bewegung. Alle Zufuhrstraßen des Marktes waren mit Wagen besetzt.

Tausende von Fuhrwerken, hochbeladen, schwankten, in Staubwolken gehüllt, dem Markte zu. Der Markt füllte sich, die Straßen sind voll, bis weit vor den Toren der Stadt steht dicht gedrängt Wagen an Wagen. Wer sollte diese Güter kaufen? Niemand will jetzt noch, da das Land mit dem Wertbewahrer beglückt wurde, Vorräte, Waren, gemeine Arbeitsprodukte, die die Motten fressen. Den Universalvorrat, das bare Geld, den Wertbewahrer wollen sie haben, ohne Ausnahme. Die nutzlose Pinus moneta, die bis dahin niemand anrührte, wird zum Ziel aller. Der gesamte Reichtum des Volkes soll sich plötzlich in diesen elenden kleinen Samenkörnern konzentrieren! Welcher Wahn. (Völker, höret die Signale!).

An dem Tage aber wurde nicht für ein einziges Samenkorn Ware umgesetzt. Sie wollten ja alle nur verkaufen. Wie dumme Gänse stierten sich die guten Insulaner gegenseitig an. Alle wollten ja nur Geld, den Wertbewahrer, die Samenkörner des **Pinus moneta.** So luden denn die guten Baratonen ihren Kram wieder auf und fuhren mißvergnügt nach Hause [19]).

Die Chronik erzählt nun, wie sich das Schauspiel acht Tage lang wiederholte, ehe die Baratonen dahinter kamen, daß das, was sie wollten, etwas Unmögliches war. Im Tagblatt von Villapanza erschien ein Artikel von Carlos Marquez, worin er die Bürger zur Geduld mahnte. Die Ereignisse hätten gezeigt, daß Barataria an kolossalen Überproduktion litt. Ehe nicht diese in Überfluß vorhandenen Waren verschwunden seien, könnte der Wertbewahrer nicht das leisten, was man von ihm erwarte. Weniger produzieren, verkürzte Arbeitszeit, auch mehr verbrauchen, dann würde das Gleichgewicht bald hergestellt sein.

Um diese Zeit lief bei den Behörden ein Gesuch der Firma Barabino & Co. ein, worin um ein Lombarddarlehen in der Höhe des Gesamtbetrages der Bankreserven (also der überschüssigen Nüsse des **Pinus moneta)** nachgesucht wurde. Begründet wurde das Gesuch damit, daß es dem Gemeinwohl dienen würde, wenn jetzt bei der zutage getretenen gewaltigen Überproduktion die Nachfrage gehoben würde. Mit dem Geld würde die Firma den Warenmarkt entlasten, und so die Bürger in den ersehnten Genuß des Wertbewahrers setzen.

Gutartig wie die Baratonen waren, vermutete niemand Harm hinter diesem Vorschlag, und nur Diego Martinez erhob Einspruch. Er las der Versammlung aus dem 1. Buch Moses, Kap. 47 vor, wo steht:

14. Und Joseph brachte alles Geld zusammen, das in Ägypten und Kanaan gefunden ward, um das Getreide, das sie kauften, und Joseph tat alles Geld in das Haus Pharao.

15. Da nun Geld gebracht im Lande Ägypten und Kanaan, kamen alle Ägypter zu Joseph und sprachen: Schaffe uns Brot warum lässest du uns vor dir sterben, darum, daß wir ohne Geld sind?

16. Joseph sprach: Schafft euer Vieh her, so will ich euch um das Vieh geben, weil ihr ohne Geld seid.

17. Da brachten sie Joseph ihr Vieh, und er gab ihnen Brot um ihre Pferde, Schafe, Rinder und Esel. Also ernährte er sie mit Brot das Jahr um alles ihr Vieh.

18. Da das Jahr um war, kamen sie zu ihm im anderen Jahr und sprachen zu ihm: Wir wollen unserm Herrn nicht verbergen, daß nicht allein das Geld, sondern auch alles Vieh dahin ist zu unserem Herrn und ist nichts mehr übrig vor unserm Herrn, denn nur unsere Leiber und unser Feld.

19. Warum lässest du uns vor dir sterben, und unser Feld? Kaufe uns und unser Land ums Brot, daß wir und unser Land leibeigen seien dem Pharao. Gib uns Samen, daß wir leben und nicht sterben, und das Feld nicht verwüste.

20. Also kaufte Joseph dem Pharao das ganze Ägypten. Denn die Ägypter verkauften ein jeglicher seinen Acker, denn die Teuerung war zu stark über sie. Und ward also das Land Pharao eigen.

Mit den Worten: Wer Ohren hat zu hören... schloß Martinez seine Rede. Doch hatte man dazu nur gelacht. Was konnten einem die alten Juden auch in dieser rein geschäftlichen Angelegenheit raten?

Der Firma Barabino & Co. wurden also die Bankreserven ausgeliefert, und sofort begann

auch der Einkauf der von den Baratonen angebotenen Vorräte. Die Firma kaufte jedoch nur ganz bestimmte Waren, unentbehrliche Dinge, namentlich auf die Sämereien hatte sie es abgesehen und darauf, daß sie auch möglichst alles in ihre Hand bekam. Die arglosen Baratonen verkauften alles und freuten sich, wenn es ihnen gelang, durch ermäßigte Forderungen den Gehalt ihrer Vorratskammern durch den „Wertbewahrer", den „Wertspeicher" zu ersetzen, durch den nutzlosen Samen des Pinus moneta (von dem es in Madagascar ganze Wälder gab und der bis dahin nur den Ratten als Futter gedient hatte, wenn sie nichts besseres fanden). Das war im Herbste gewesen.

Die Chronik schildert nun die Aufregung, die sich im folgenden Frühjahr der Baratonen bemächtigte, als es ruchbar wurde, daß der gesamte Vorrat an Sämereien im Besitze der Firma Barabino & Co. war, und daß dort die Preise willkürlich auf fabelhafte Höhe gesetzt worden seien, so daß viele die gekauften Sämereien nicht voll bezahlen konnten und der Firma Barabino & Co. Wechsel ausstellen mußten. An Stelle des ersehnten Wertbewahrers hatten sie nun Schulden und eine leere Vorratskammer. Santiago Barabino, der Chef der Firma hielt einen öffentlichen Vortrag über das Thema Bürgerpflichten in der „Demokratie", worin er den Baratonen wegen ihrer Bequemlichkeit und Völlerei ordentlich die Wahrheit sagte. Wer nicht hören will, der soll fühlen. Durch Beelzebub werde ich den Philister aus euch heraustreiben! Ich habe euch vor Carlos Marquez und seinem Wertbewahrer gewarnt. Ihr aber lachtet mich aus. Jetzt aber lache ich— und dabei schlug er auf seine Taschen.

Die Chronik gibt eine wunderbar klare Darstellung von allen Veränderungen, die sich in den Handelsbräuchen vollzogen, wie alles vom Geiste des „Wertbewahrers" angesteckt und verdorben wurde. Die Barbezahlung war gleich in den ersten Tagen durch das Kredit- und Abzahlungssystem ersetzt worden. Die Waren, die niemand mehr auf Vorrat kaufen wollte, wurden nun in kleinen und kleinsten Packungen gekauft. Alle lebten von der Hand in den Mund, und eine Unzahl von Kaufleuten wurde nötig, um diesen Detailverkauf zu bewältigen [20]). Laden reihte sich an Laden, ganze Straßen mußten neu für die Läden gebaut werden, die als Ware das aufnahmen, was früher als Vorratsgut in den Häusern der Baratonen verteilt war. Dabei waren die Käufer hochmütig den Verkäufern gegenüber. Sie pochten auf die Eigenschaften ihres „Wertbewahrers", sie sagten, daß wenn sich die Verkäufer nicht höflich, nachgiebig, unterwürfig benähmen, sie mit ihrem Wertbewahrer einfach nach Hause gehen und die Verkäufer den Schaden haben würden, der ihnen aus der Vergänglichkeit, aus der Wartung und Bergung der Waren erwachsen würde.

Eines Tages erschien im Villapanzaer Tageblatt folgende Anzeige:

Barabino & Co. — Deposite Bank —

Wir machen das geehrte Publikum darauf aufmerksam, daß wir eine Depositenkasse eröffnet haben und bis auf weiteres Depositen zu folgenden Bedingungen annehmen:

für Depots auf Abruf 1 % Zinsvergütung

für Depots auf 2 Monate fest 2 % Zinsvergütung

für Depots auf 1 Jahr fest 3 % Zinsvergütung."

Diese Anzeige gab Carlos Marquez Anlaß zu einem triumphierenden Artikel im Villapanzaer Tageblatt. Endlich käme der dem Privateigentum immanente Charakter einer Mehrwert gebärenden Maschine zum Ausdruck. Es habe zwar lange gedauert, bis die Entwicklungskeime des Kapitalismus zur vollen Entfaltung gekommen seien, aber nun gäbe es auch keinen Halt mehr. Wer das Privateigentum will, muß auch mit den Folgen rechnen. Jetzt würde sich der Kapitalismus in seiner ganzen Herrlichkeit zeigen. Bluten und schwitzen müsse nun das Volk, um den Moloch Kapital zu sättigen. Und das würde so lange gehen, bis sich der Kapitalismus selber wieder zu Tode entwickelt habe, ähnlich wie der Spaltpilz des Zuckers von seiner eigenen Jauche vergiftet wird. Es lebe der Kommunismus, fort mit dem Privateigentum! So schloß Carlos Marquez.

Sofort sandte Diego Martinez eine Erwiderung, worin die Ausführungen Marquez widerlegt und in einfacher Weise die Erscheinung des Zinses auf Barataria in ursächlichen Zusammenhang mit der Währungsreform gebracht wurde. Sobald das Geld zum „Wertbewahrer" gemacht wird und das Geld als Ware besser ist als die übrigen Waren, wird es als Sparmittel verwendet, und diese Sparmittel können nur durch den Zins wieder in den Verkehr gelockt werden. Der Zins mußte kommen, sobald wir das Geld nach Hohlmaßen rechneten statt nach Gewicht!

Das Villapanzaer Tageblatt sandte aber den Artikel zurück mit der Bemerkung, es könne doch seinen aufgeklärten Lesern nicht zumuten, solche grauen Theorien zu studieren. Kein Mensch würde jemals glauben, daß eine so gewaltige Erschei-

nung wie der Kapitalismus darauf zurückzuführen sei, daß man die gänzlich nutzlosen Früchte des **Pinus moneta** nach Hohlmaßen statt nach Gewicht verkaufe.

Die Firma Barabino & Co. hatte mit ihrem neuen Unternehmen einen vollen Erfolg. Die Baratonen hatten sich nämlich bald an ihrem Wertbewahrer satt gesehen und, vom Zins angelockt, brachten sie ihre Ersparnisse, den Wertbewahrer, in das Bankhaus.

So waren nun in ganz Barataria die Vorratskammern völlig geleert. An Stelle von Speck, von Mehl, Zucker, Tuch, Öl usw. war ein dünnes Heftchen Papier, das Sparkassenbuch des Bankhauses Barabino & Co., getreten. Die Güter aber, die vordem die Vorratskammern gefüllt hatten, lagen draußen in Hunderten von Läden zu jedermanns Verfügung – d. h. zur Verfügung derjenigen, der das Geld hatte, und Geld hatte in Barataria niemand, denn das Bankhaus Barabino & Co.

Der Chronist drückt hier sein Erstaunen aus über die unglaubliche Einfalt der Baratonen, die nichts von der vorjährigen Samenspekulation gelernt hatten. Zwar hatten sich diesmal alle gehütet, sich der Sämereien zu entäußern, weil sie eine Wiederholung der Spekulation fürchteten, dagegen aber hatte niemand an die Ernte gedacht und an die Säcke, deren man dazu bedarf. So wurden sie also diesmal bei der Ernte statt bei der Aussaat geplündert, denn Barabino & Co. hatten nämlich Säcke Baratarias gekauft und stellten sie nun den Baratonen zu Pantasiepreisen zur Verfügung.

Und weil es ihm Spaß machte, und weil er seine Mitbürger belehren wollte, hielt Santiago Barabino wieder einen öffentlichen Vortrag, worin er seine Spekulation genau beschrieb und den verblüfften Baratonen vorrechnete, daß seine Firma mit einem Schlage reichlich eine Million verdient hatte.

Solche Beutezüge müßten die Baratonen sich jetzt wohl immer gefallen lassen, denn mit Einführung des „Wertbewahrers", der in Wirklichkeit nichts als ein Warenvernichter sei, hatten sie ja selbst alles für das Gelingen solcher Spekulationen aufs beste vorbereitet. Jetzt läge ja der gesamte Warenvorrat immer auf den Märkten zu jedermanns Verfügung, also auch zur Verfügung der Spekulation, während die früheren Vorratskammern nun nicht für 24 Stunden versorgt seien. Der Wertbewahrer, den sie nun kennen gelernt hätten, wäre zwar etwas Ausgezeichnetes – doch nur für Spekulanten.

Sein Vortrag hatte einen ganz unerwarteten Erfolg. Die Vorsichtigen nämlich unter den Baratonen, die bis dahin noch gezögert hatten, ihre Geldbestände bei Barabino & Co. zu deponieren, ließen alle Bedenken fallen und brachten ihr Geld zur Bank. Sie sagten sich: Wenn Barabino & Co. an diesen Spekulationen eine Million Verdienst haben, dann sind sie sicher. So verfügte also jetzt die Firma Barabino & Co. über den gesamten Geldbestand des Landes.

Aber Santiago Barabino starb, noch ehe er seine Baratonen von der Unsinnigkeit der Währungsreform durch Beelzebub hatte überzeugen können. Testamentarisch hatte er angeordnet, daß die gestohlenen Gelder wieder an das geprellte Volk zurückerstattet werden sollten. Es waren über 3 Millionen Pfund. Die Firma ging nun auf den Compagnon Sanson Carrazco über, der sich die Rezepte Santiagos klüglich gemerkt hatte, von dessen pedantischer Gewissenhaftigkeit er aber nichts angenommen hatte. Carrazco beschloß, die Dummen zu schröpfen und durch die Presse, durch den Parteistreit, durch Schule, Kirche, Universitäten dafür zu sorgen, daß die Dummen dumm blieben [21]).

Da Sanson Carrazco für die Reserven der Geldverwaltung, die, wie wir wissen, der Firma überlassen worden waren, Zins an die öffentliche Kasse bezahlte, so hatten die Baratonen nichts dagegen, ihm diese Reserven dauernd zu überlassen, und da ferner infolge des Zinses, den Sanson für Depositen zahlte, die Sitte sich bei allen Baratonen schnell eingebürgert hatte, restlos alle Geldbestände bei der Bank zu deponieren, so war das Bankhaus Sanson Carrazco absoluter Herr des Geldmarktes. Der einzige Wettbewerb, der noch zu berücksichtigen war, kam von der jährlichen Ernte des Pinus moneta. So war es nicht zu verwundern, daß Sanson Carrazcos Vermögen unheimlich anschwoll, daß ihm bald das ganze Volk verschuldet war. Man schuldete ihm Geld in Wechseln, Geld in Stadtanleihen und Geld in Staatsanleihen. Alle größeren Werke waren ihm verpfändet. Aber er war damit nicht zufrieden – er wollte auch das Land in seinen Besitz bringen und sich die Krone aufsetzen. Er wollte Joseph und Pharao übertrumpfen. Dazu mußte er unbedingt seinen einzigen Wettbewerber, den Pinus moneta – die Geldtanne – zur Strecke bringen. Der Chronist erzählt nun, wie eines Tages um die Zeit, wo die Geldtanne in voller Blüte stand auf einem Grundstück, das Sanson Carrazco kurz vorher gepachtet hatte, Feuer ausbrach und wie der Wind die erhitzte Luft gerade gegen die Geld-

tanne trieb. In diesem Jahr war also kein Geld von dort zu erwarten, und Sanson Carrazco konnte in voller Gemütsruhe die ausgestellten Schlingen zuziehen. Joseph verlangte als Lösegeld von den Ägyptern die Auslieferung des Landes und die Leibeigenschaft des ganzen Volkes zugunsten Pharaos. Sanson Carrazco begnügte sich mit dem Land und der Königswürde [22]).

Von hier ab bestehen die Aufzeichnungen der Chronik nur noch aus einer einzigen Jeremiade. So lehrreich so manches daraus auch ist, so muß ich mich doch auf die Schlußsätze der Chronik beschränken.

Heute, am 28. April des Jahres 1670, erschienen von Osten kommend, Schiffe, Engländer. Ungeheurer Jubel.

Den 10. Mai:

Die Engländer sprechen sich sehr anerkennend über unsere wirtschaftlichen Zustände aus. Es wäre erstaunlich, wie sich hier alles fast genau so entwickelt habe wie bei ihnen zu Hause. Auch in den sozialen Zuständen wäre kein Unterschied wahrnehmbar. Die Klasseneinteilung, das Proletariat, die Grundeigentümer, die Rentner, die Hypothekenbanken, die Prostitution. Die Bettler wären hier fast so zahlreich wie in London. Die politischen Kämpfe drehten sich um dieselben Dinge. Streiks, Kollisionen der Arbeiter mit der Polizei, die hier an der Tagesordnung seien, wären auch drüben so zahlreich. Das wäre weiter nicht schlimm. Man gewöhne sich daran. Nur eins fanden sie an unseren Einrichtungen zu tadeln, das sei das Geld. Es wäre doch eines auf so hoher Stufe stehenden Volkes unwürdig, als Geld die unnütze Frucht einer gemeinsamen Tanne, von der es in Madagaskar ganze Wälder gäbe, zu benutzen. Gold sollten wir haben. Herrlich wäre ein solcher in der Sonne funkelnder Dukaten. Kurz, wir sollten sobald wie möglich einen Vertreter des Königs Sanson nach London schicken, um dort eine Goldanleihe zu machen, die wir zu 5 % gut unterbringen könnten.

Und das ist alles, was uns die Europäer zu raten haben, um aus unseren trostlosen Verhältnissen herauszukommen — fügt der Chronist bei. Die Engländer sehen offenbar das Elend gar nicht, weil sie schon länger an den Anblick gewöhnt sind — ich aber habe die ganze Entwicklung durchgemacht.

Den 31. Juni. Heute morgen trat Diego Martinez plötzlich in mein Büro. Mit offenen Armen lief er mir entgegen. Ich hab's gefunden, rief er, ich hab's gefunden, das Rätsel, das Carlos Marquez nicht lösen konnte, die Frage, warum der Zins nicht aufkommen konnte, solange wir unser Geld nach Gewicht gelten ließen. Ich habe die Frage gelöst, ich habe es gefunden, und jetzt wird alles wieder gut. Hier in diesem dicken Manuskript liegt meine Arbeit. Morgen schon müssen wir die Baratonen zu einer Versammlung berufen.

Ich antwortete ihm, daß ich persönlich volles Vertrauen zu ihm hätte, daß aber die Durchführung einer Währungsreform in einem Klassenstaat keine so einfache Sache mehr sei. Die Zeiten wären vorbei, wo man eine Währungsreform vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus beurteile. Es handele sich jetzt um eine politische Frage allerersten Ranges, und in der Politik käme man mit der Theorie nicht weit. Er würde jetzt all diejenigen Kreise, die durch das bisherige System begünstigt wurden, zu erbitterten Gegnern haben. Das Kapital und die von ihm beherrschte Presse würden ihn mit allen Mitteln bekämpfen — und was schlimmer sei, auch mit der Gegnerschaft Carlos Marquez, dem das Proletariat blindlings ergeben sei, hätte er zu rechnen. Die einen strebten nach Befestigung ihrer heutigen Stellung; die anderen, die Ausgebeuteten, strebten nach einem vollkommenen Umsturz, nach Abschaffung des Privateigentums, von dem, wie sie behaupten, der Zins untrennbar sei. Und wunderbar, obschon beide Parteien das Entgegengesetzte erstrebten, vertrügen sie sich vortrefflich. Die Kapitalisten unterstützen sogar heimlich die Propagierung der kommunistischen Ideen, weil sie diese für ungefährlich, für undurchführbar hielten, und weil allen kommunistischen Versuchen gegenüber der Kapitalismus sich immer sieghaft erwiesen habe. So hindern die Kapitalisten das Proletariat daran, ernsthaft die Zinserscheinung zu studieren und die wirksamen Gegenmittel zu entdecken, mit dem Erfolg, daß sich der Kapitalismus verewigt [23]).

Doch ließ sich Martinez nicht beirren. Jetzt werde ich meine Pflicht tun, sagte er.

Der Landtag wurde einberufen. Ich bin von meinem Berg herabgestiegen, sagte Martinez, um Ihnen eine frohe Botschaft zu bringen. Ich habe die Frage gelöst, wie wir diesen unter unseren Augen entstandenen Klassenstaat wieder zertreten und den Greuel in den Staub werfen können! (Zischen und Lärm rechts, Todesstille in der Mitte, Bravo links.) Glocke des Präsidenten: Herr Diego Martinez. Sie dürfen hier keine staatsfeindlichen Reden halten, und unsere verfassungsmäßigen Zustände zu zertreten versprechen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Diego Martinez: Ich habe die Ursache des sozialen Zerfalles unseres Volkes gefunden. Ich weiß, wie es gekommen ist, daß wir jetzt hier Rentner und Proletarier, Grundbesitzer und Prostituierte haben, und weiß auch, wie wir wieder einen Kulturstaat aus dieser Räuberhöhle machen werden. (Lärm rechts, raus mit dem Anarchisten! Eisige Kälte in der Mitte, frenetischer Beifall links.) Glocke des Präsidenten: Herr Martinez, ich muß Sie zum zweiten Male zur Ordnung rufen.

Diego fortfahrend: Die Ursache des sozialen Zerfalles ist der Zins (lebhafte Zustimmung links) und die Ursache des Zinses liegt in unserem Geldwesen begründet. (Oho links und Lachen). Weil wir das Geld nicht mehr nach Gewicht, sondern nach Hohlmaßen zählen, darum ist unser Volk diesem Elend verfallen, darum haben wir Sanson Carrazco die Krone aufgesetzt.

Hier erhob sich von allen Seiten, von links, von rechts und aus der Mitte schallendes Gelächter. Carlos Martinez rief: Habt ihr alle gehört, weil wir die elenden, gänzlich nutzlosen Samen der Geldtanne, nach Hohlmaßen statt nach Gewicht verkaufen, darum sind wir dem Kapitalismus verfallen, darum muß das gewaltige Meer von Kapital, das in unseren Städten, Fabriken, Bergwerken angelegt ist, Zins abwerfen, darum der soziale Zerfall. Habt ihr,s gehört, Genossen? Nicht „die dem Privateigentum an den Produktionsmitteln immanente Eigenschaft einer Mehrwert gebärenden Maschine“ führt zur Proletarisierung des Volkes, zum sozialen Zerfall, sondern der Umstand, daß wir das Geld nach Hohlmaßen statt nach Gewicht zählen! (Allgemeine Heiterkeit.) Was doch augenscheinlich von ebenso tragischer Bedeutung sein muß, wie wenn wir zur Sitte übergingen, das Geld mit der linken statt mit der rechten Hand zu zählen (Heiterkeit links, rechts und im Zentrum).

Martinez: Meine Behauptung klingt Laien gewiß recht spaßhaft, wie es ihnen ja auch recht drollig erscheint, wenn ernsthafte Männer behaupten, sie könnten mit einem Stützpunkt und einem genügend langen Spinnfaden unsere Erde aus den Angeln heben. Ist es nicht auch spaßhaft, daß eine Fliege einen Elefanten töten kann? Marquez selbst nannte einmal das Geld das Blut der Volkswirtschaft. Warum soll nun diese Volkswirtschaft nicht ebenso an Blutvergiftung verenden können, wie der Elefant durch den Mückenstich? Marquez weiß, daß man den Untergang des Römerreiches damit erklärt, daß die spanischen Silberminen, die den Stoff zu den römischen Münzen lieferten, nichts mehr hergaben. Warum lacht Marquez nicht auch solcher Behauptung? Ist denn etwa zwischen dem Silber und Stoffe unseres Geldes ein so wesentlicher Unterschied? Ist nicht das Silber einer der unwesentlichsten Stoffe? Würde man nicht mit Recht lachen können, wenn jemand behaupten wollte, das Römerreich wäre daran zugrunde gegangen, weil die Römer ihre Suppen nicht mehr mit silbernen Eßlöffeln essen konnten? Aber das Silber war das Geld der Römer, wie der Samen der Pinus moneta hier unser Geld darstellt. Das Römerreich ging darum nicht wegen Mangel an Silber zugrunde, sondern wegen Mangel an Geld. Das Römerreich ging an Blutarmut zugrunde, wie Barataria jetzt an Blutvergiftung zugrunde geht.

Mit der Bestimmung, daß unser Geld nach Hohlmaßen statt nach Gewicht gezählt werden sollte, haben wir unser Geld, unser Blut vergiftet. Mit der Annahme dieses Vorschlages wurde das Tauschmittel mit dem Sparmittel verkuppelt. Eine Mesalliance schlimmster Art. Kuppeln wir einen Krebs und eine Maus zusammen, so bleiben sie stehen, weil die Maus vorwärts, der Krebs rückwärts will. Und so ist es mit der Verkuppelung von Tausch- und Sparmitteln, beide ziehen nach entgegengesetzten Richtungen. Als Tauschmittel will und soll das Geld rastlos von Hand zu Hand gehen, als Sparmittel will es rasten. Marquez erhob also einen Widerspruch zum allgemeinen Tauschmittel, und diesem Widerspruch verdanken wir es, wenn Barataria, das Land allgemeiner Billigkeit, sich in ein Cararia, in ein Land der Teuerung und Not verwandelt hat.

Sobald das Geld zum allgemeinen Sparmittel gemacht wird, muß die Volkswirtschaft sich im Zeichen des Krebses entwickeln, bei der die Wucherer und Spekulanten die allgemeine Not ausbeuten. Es wäre ja recht schön, wenn man das, was Marquez in seinem Wertbewahrer wähnte, erfinden könnte, nämlich ein Mittel, womit sich alle Waren konservieren und kostenlos aufbewahren ließen. Aber mit dem Wertbewahrer wurde in Wirklichkeit nichts bewahrt, nichts konserviert – nur das wurde erreicht, daß die Kosten der Warenaufbewahrung vom Geldbesitzer auf die Arbeiter abgewälzt wurden!

Marquez hat privatwirtschaftlichen mit volkswirtschaftlichem Nutzen verwechselt, und der privatwirtschaftliche Wertbewahrer verwandelte sich in einen volkswirtschaftlichen Wertvernichter. Womit zahlen wir diese großartige Erfindung? Mit dem Zins und dem Kapitalismus. Da das Tauschmittel zum Sparmittel wurde, verschwindet

es jetzt restlos alle drei Wochen in den Sparbüchsen, aus denen es immer nur durch Anbietung eines Sondervorteils hervorgelockt werden kann.

Und wie nennt sich dieser Sondervorteil, Carlos Marquez? Zins nennt er sich – und dieser Zins ist nun zur universellen selbstverständlichen Forderung geworden, die an jeden Handel, jede Industrie, jedes Unternehmen gestellt wird. Alles muß sich rentieren, d. h. es muß Zins abwerfen, um die Geldsparer zur Hergabe des Geldes veranlassen zu können. Und darum sage ich: Nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln, sondern unser jetziges Geld ist die Mehrwert gebärende Maschine. Dem Wertbewahrer verdanken wir es, daß unsere Arbeiter bei einem Zinsfuß von 5 1/2 unser Land mit allem, was wir darauf errichtet haben, alle 20 Jahre einmal über die Zahltische der Rentner schicken müssen.

Marquez: Genossen, ich muß bekennen, daß die Ausführungen Diego Martinez, mich unsicher gemacht, ja, auch verblüfft haben. Wir müssen die Sache gründlich studieren. Sollte sich ergeben, daß es ein Fehltritt war, das Tauschmittel mit dem Sparmittel zu verkuppeln, so werde ich, der diese Verbindung vorschlug, auch der erste sein, der diese Verbindung wieder zerhauen wird.

Martinez: Das war brav gesprochen und macht Dir und Deinen Genossen Ehr.

Präsident: Diego Martinez, ich muß Sie hier zum dritten Mal zur Ordnung rufen und entziehe Ihnen das Wort. Wir sind hier versammelt, um laut Tagesordnung Währungsfragen zu behandeln, nicht aber um proletarische Einigungsaktionen zu erleichtern. Da niemand sonst sich zum Wort gemeldet hat, erkläre ich hiermit Schluß der Debatte.

---

1) Moses lebte um 1500 v. Chr.

2) Lykurg lebte um 800 v. Chr.

3) Arterhaltungstrieb = Trieb, der uns veranlaßt, im Interesse der Art Opfer zu bringen der Familie, Gemeinde, dem Volk und der Menschheit.

4) Anm. des Übersetzers: Um diese von Acratillo gegen die Demokratie oder Herrschaft der Majorität wiederholt erhobenen schweren Angriffe auch für die Sozialdemokraten genießbarer zu machen, sei hier erwähnt, daß die Freiwirte mit Überzeugung die Ansicht verfechten, daß mit Freiland und Freigeld der Staat sozusagen entstaatlicht, entseelt und von ihm nicht mehr als ein Schatten übrig bleiben wird. Jede Art Kratie, die Demokratie nicht weniger als die Aristokratie, die Kleptokratie und Plutokratie entschwinden mit Freiland in die Welt geschichtlicher Begriffe. Wie schon Rousseau sagte, entsteht der heutige Staat mit dem Privateigentum am Boden. Der Staat wird zur Aufrechterhaltung der Unordnung als Machtinstrument so aufgebaut, wie er ist. Der Drehpunkt sämtlicher politischen Streitigkeiten, des Machthungers, des Parteiwesens, der Unwahrhaftigkeit ist die Grundrente. (Sehr hübsch sind diese Dinge im Volksfeind von Ibsen dargestellt worden). Mit Freiland erlahmen all die Kräfte, die die Menschen national wie international verhetzen und die Waffen gegeneinander führen. Niemand hat dann noch ein Interesse an Staatskirchen, Staatsgöttern, Staatswissenschaften, Staatsschulen und Staatsverdummungsanstalten. Die Begriffe Schutzzoll, nationales Wirtschaftsgebiet, Export, Import, Nation usw. werden in ihrer ganzen Hohlheit von Jedermann erkannt. Mit Freiland wird alles frei, was man heute im Interesse der Grundrente gebunden hat – auch der Geist. Freiland und Freigeld liefern die wirtschaftlichen Voraussetzungen um die alte physiokratische Forderung „Laissez faire", auf deutsch: „Bleibe mir mit dem Staat zehn Schritt vom Leibe" praktisch durchsetzen zu können. Die anarchistische Utopie wird Tatsache.

5) Hätte die Reichsbank, als der Krieg ausbrach, Mist an Stelle des Goldes als Notendeckung besessen, so wären unsere Felder fruchtbar geblieben; das Volk hätte weniger gehungert.

6) Anm.: Der Leser wird gut tun, obige Sätze so oft zu lesen, bis er ihren Sinn voll begriffen hat. Sie sind von grundlegender Bedeutung.

7) Aus ähnlichen nebensächlichen Erwägungen wurde auch 1876 in Deutschland die Silberwährung durch die Goldwährung ersetzt.

8) Wieviel Licht werfen diese wenigen Sätze auf die noch heute mißverstandene Quantitätstheorie.

9) So vieles, was man heute wieder niederreißen muß – Goldwährung, Privateigentum, Staatskirchen, Staatsschulen, Staatsuniversitäten, Zollgrenzen usw. –, um zum Bürger- und Völkerfrieden zu gelangen, wäre niemals entstanden, wenn jeder immer gesagt hätte: Ich sehe hier nicht klar, ich durchschaue die Politiker nicht, die diese Forderungen stellen. Darum und weil ich mir in erster Linie verantwortlich bin, lehne ich die Forderung ab.

10) Die von den Freiwirten geforderte Festwährung ist nichts als eine praktische Anwendug der Erkenntnisse, die dieser Schulmeister in so einfacher Form hier zum Besten gibt.

11) Und die anschauliche Abstraktion von sämtlichen körperlichen Eigenschaften der Kartoffeln liefert doch der Fäulnisprozeß.

12) Den schweren Vorwurf, den Barabino hier den Baratonen machte, kann man heute allgemein den Völkern machen, die sich mit der Goldwährung herumschlagen. Die Goldreserve, die sie als „Deckung" betrachten, kostet ihnen jährlich 5 % Zins, löst sich also in 20 Jahren in Zinsen auf.

14) Wenn im Durchschnitt der Austausch der Waren 40 % Handelsspesen verursacht, so bedeutet das, daß von je 100 Arbeitern 40 Mann abgesondert werden müssen, um die Produkte der übrigen 60 unter die 100 zu verteilen! Würde sich das bewahrheiten, was mit großer Wahrscheinlichkeit vom Freigeld angenommen wird, nämlich, daß die Handelsspesen von 40 auf etwa 4 % zurückgehen werden, so blieben von je 100 Mann 96 der Produktion erhalten. Der Anteil eines jeden betrüge dann 96 Kilo statt 60 wäre also um volle 60 % höher! Allein durch seinen ordnenden Einfluß auf den Handel und ganz abgesehen von den übrigen mannigfaltigen Wirkungen würde das Freigeld die volkswirtschaftliche Möglichkeit bieten, unter Beibehaltung der gleichen Löhne die Arbeitszeit von 10 auf 6 Stunden herabsetzen! Es sei hier noch hervorgehoben, daß die Handelsspesen nur den Zins des Handelskapitals enthalten.

15) Beliebter Ausdruck in der marxistischen Literatur.

16) Siehe auch Prof. Dr. R. Reichesberg: Grundtatsachen des Geldwesens, Voso Verlag, Zürich 1917, Seite 151: Ein gutes Geld wird dasjenige sein, das in der Lage ist, dauerhaft zu sein, um als Wertaufbewahrungsmittel zu dienen. – Dr. E. Kellenerger, Privatdozent an der gleichen Universität (Bern) schreibt dagegen ungefähr

zu der gleichen Zeit: Der Weltkrieg hat uns eines besseren belehrt. Wir haben uns von der eisernen Notwendigkeit überzeugen müssen, Vorräte an Lebensmitteln, Rohstoffen und Fabrikaten zu halten. Jetzt sind unsere Unternehmer und Hausfrauen, zumal der Bund selbst ununterbrochen daran, nach Möglichkeit Vorräte anzulegen. (Richtlinien für eine schweizerische Währungsreform; S. 372) – Sonderbarerweise scheint Kellenberger der Ansicht zu sein, daß das Schweizer Volk die Kosten, die solche Vorräte verursachen, bisher gespart hat. Das ist aber nicht der Fall. Die Kosten wurden den Hausfrauen und Unternehmern bisher einfach in den Preisen belastet.

17) Hales in England schrieb bereits 1549: „Das Geld ist sozusagen ein Lagerhaus von jeder Ware, die man will, und hat die Eigenschaft, daß es am längsten, ohne zu verderben, aufbewahrt werden kann. Besäße England eine größere Menge Geldes, so könnte es das Land selbst bei Krieg und Teuerung 2 bis 3 Jahre aushalten." Zitat aus Dr. Kellenberger, Richtlinien für eine schweiz. Währungsreform S. 36.

18) Der gläubige Marxist wird hier lachen. Was kann es denn verschlagen, wird er sagen, daß wir das Geld nach Litern statt nach Kilo zählen? Ihm muß das vollkommen einerlei sein.

19) Hier mag Dr. Kellenberger, der die Vorratswirtschaft fordert, sich aber von der Goldwährung nicht trennen kann, einen Seufzer fahren lassen. Auch Prof. Dr. Reichesberg mag hier überlegen, ob die Verbindung von Tauschmittel und Wertbewahrer wirklich als Voraussetzung eines guten Geldes zu betrachten ist.

20) Diese Entwicklung interessiert die Konsumgenossenschaften.

21) Es ist heute unmöglich, in der Presse, auch in der Arbeiterpresse, irgendeine Kritik an der Goldwährung zu üben. Wer kommandiert hier? Wissen das die Arbeiter?

22) Wie nahe sind Rockefeller in Amerika, Stinnes in Deutschland diesem Ziele! Wie leicht wird es Rockefeller sein, wenn er sich einmal hierüber mit Morgan geeinigt hat, dem amerikanischen Volk mittels seiner Presse glaubhaft zu machen, daß eine Zentralgewalt, eine absolute Monarchie der einzige Weg sei, das Land vor dem Bolschewismus zu bewahren!

23) Seht, wie die Kapitalisten der ganzen Welt sich über das russische kommunistische Experiment freuen! Es soll die Tatsachen zum Beweise liefern, daß der Marxismus das Volk dem Hungertode ausliefert. Nach dieser Revolution soll dann noch einer es wagen, den Kapitalismus anzugreifen!

Joachim Starbatty
Eine kritische Würdigung der utopischen Insel Barataria *)

1. Das gesellschaftspolitische Leitbild Silvio Gesells

Die Parabel vom utopischen Barataria ist grundsätzlich eine liberale Utopie, aber, wie ich glaube, mit einer anderen Empfindlichkeit als der der liberalen „Klassiker" – als Adam Smith, als David Ricardo – gegenüber privater Macht[1]). Der Liberale fürchtet ja nicht so sehr private wie staatliche Macht; er glaubt, daß private Macht letzlich immer durch andere private oder öffentliche Macht kontrolliert werden könne. Weiter ist die Gesellsche Parabel durch einen stärkeren moralischen Rigorismus gekennzeichnet; der Charakter der utopischen Parabel Gesells ist in gesellschaftspolitischen Fragen sehr viel strenger als die übliche liberale Auffassung: Silvio Gesell will nicht nur eine offene Gesellschaft schaffen, sondern eine Gesellschaft mit absoluter Startgleichheit – realisiert durch ein bestimmtes Bodenrecht und durch eine bestimmte Geldordnung. Wenn wir die Geldordnung unter dem Aspekt der Startgleichheit sehen, so können wir sagen, daß Gesell darauf abzielt, durch eine Änderung der Geldordnung Startgleichheit für Warenhalter und für Geldhalter zu schaffen.

Typisch liberal ist die Auffassung, daß institutionelle Änderungen gravierende gesellschaftspolitische Folgen haben. Es ist die zentrale Idee der liberalen Klassiker, den menschlichen Eigennutz durch Aufbau eines bestimmten institutionellen Arrangements in Richtung sozialer Zwecke zu kanalisieren – dies ist das Gleichnis der „invisible hand" bei Adam Smith. Unterschiedlich von liberaler Auffassung ist m. E. der Optimismus von Gesell, was die Vorhersehbarkeit der gesellschaftspolitischen Folgen institutioneller Änderungen angeht. Er glaubt, daß aus bestimmten institutionellen Arrangements mit Sicherheit bestimmte gesellschaftspolitische Konsequenzen erwachsen, etwa bei Revision der Bemessungsgrundlage in Barataria – vom Hohlmaß wieder auf Gewicht – die Rückkehr zu einer idealen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Gesell glaubt also, daß man soziale Konsequenzen genau prognostizieren könne, wenn man bestimmte institutionelle Änderungen durchführe. Hier ist der klassische Liberale etwas skeptischer; dieser sagt: wir wissen viel zu wenig über die jeweils relevanten Umstände, die gesellschaftspolitische Maßnahmen kanalisieren[2]). Wir können nicht mit hinreichender Sicherheit menschliches Handeln prognostizieren. Infolgedessen können wir uns auch nicht ideale institutionelle Arrangements ausdenken, die dann ideale gesellschaftspolitische Zustände realisieren. Der Liberale ist vielmehr der Auffassung, daß der Zufall sehr viel dazu beitrage, eine menschenwürdige Gesellschaft zu realisieren.

Ordnet man den Ansatz von Silvio Gesell in die sozialphilosophische Ideengeschichte ein, dann könnte man eine Verwandtschaft seines Ansatzes mit dem Aristoteles' sehen. Aristoteles glaubte, daß durch institutionelle Vorkehrungen der menschliche Eigennutz für gesellschaftlich nützliche Ergebnisse eingespannt werden könne. Aristoteles unterschied zwei Arten des „Nomos" – staatlich gesetztes Recht (thesei) und natürliches Recht (physei). Der Liberale ist der Auffassung, daß es nicht nur diese Polarität – physei und thesei – gebe, sondern daß es noch ein drittes gebe, nämlich die Findung einer menschenwürdigen Gesellschaft durch das Prinzip von „Versuch und Irrtum", durch das Prinzip des Ausscheidens aus Erfahrung. Gesetze seien nicht so sehr Frucht planender Vernunft, sondern „Artefakt" der menschlichen Entwicklung[3]). Das, was sich als schädlich erwiesen habe, sei ausgesondert worden, übrig sei das Nützliche geblieben. Der Zufall sei sehr viel findiger als die menschliche Vernunft. Ich glaube, daß Gesell eher dem aristotelischen Ansatz zuzuordnen ist, daß er glaubt, menschliche Vernunft könne eine ideale Gesellschaft konstituieren.

2. Von Aristoteles' Zinsverbot zu Gesells Urzins

Weiter glaube ich, daß bei Silvio Gesell die theoretische Analyse durch Normen beeinflußt worden ist, daß er ein bestimmtes Vorurteil hat, ein Vorurteil, das ich persönlich sehr sympathisch finde und das überdies auch ein „klassisches" Vorurteil ist: das Vorurteil gegen eine Wirtschaft, die auf Gelderwerb gerichtet ist. Es ist das Mißtrauen gegenüber dem Geldhändler, gegenüber dem Händler überhaupt. Dieses Vorurteil stellt sich andererseits als Vertrauen gegenüber dem Produzenten dar, ob es nun der Produzent von Waren ist oder der Produzent von Ideen, der Erfinder. Ich glaube, daß Silvio Gesell – ohne dies ausdrücklich zu sagen – unterscheidet zwischen „schaffendem, produzierendem Kapital" einerseits und „raffendem Kapital" andererseits. Dies ist ein altes Vorurteil, das uns schon im Mythos begegnet. Wir wissen, daß die Griechen in dem Gott Hermes nicht nur den Gott der Kaufleute,

---

*) Aus einem überarbeiteten Vortrag auf einem Seminar des „Seminars für freiheitliche Ordnung" – Eckwälden. Vollständiger Text erschien in „Fragen der Freiheit", H. 129/1977.

sondern auch den Gott der Wegelagerer und der Diebe sahen.

Diese Abneigung gegenüber dem „raffenden Kapital" führte auch dazu, daß Aristoteles keinen Zins gelten lassen wollte. Geld vermittele lediglich Tauschakte. Geld sei dazu da, die Arbeit des einen Menschen gegen die Arbeit des anderen Menschen auszutauschen. Es entspreche menschlicher Bestimmung, daß man in seinem Beruf aufgehe, nicht aber, daß man Geld raffe. Aufgabe des Arztes sei zu heilen, nicht aber sein Bankkonto zu erhöhen oder aber in Abschreibungsgesellschaften zu investieren. Aufgabe des Schusters sei, Schuhe zu produzieren, nicht aber Geld anzuhäufen. Wenn jemand Geld anhäufe, dann sei er einmal auf die Übervorteilung des Handelspartners aus oder er werde seiner eigentlichen Bestimmung, einen Beruf auszuüben, nicht gerecht. Daraus folgert Aristoteles, daß solch unrechtmäßig zusammengerafftes Kapital nicht auch noch Zinsen abwerfen könne.

Das Zinsverbot des Aristoteles ist im Mittelalter von Thomas von Aquin aufgenommen worden. Thomas von Aquin hat die aristotelische Begründung etwas umformuliert; er sagte: Geld gehe nach der Aufnahme von Krediten unter, weil Waren gekauft würden, die für den Lebensunterhalt benötigt würden. Weil aber Geld beim Konsumakt untergehe, könne es keine Zinsen bringen. Darauf baute dann das kanonische Zinsverbot des Mittelalters auf, das für die katholische Kirche, nebenbei gesagt, außerordentlich nützlich war, da diese im Mittelalter der größte Schuldner gewesen ist.

Gleichwohl entstanden aber trotz des kanonischen Zinsverbotes funktionierende Geldmärkte; die Spät-Scholastiker haben dann „Kapital" anders interpretiert, nicht mehr als Darlehen für konsumtive Zwecke, sondern als Darlehen für investive Zwecke; Geld sei nicht bloß eine Möglichkeit, um Krisen bei der Nahrungsmittelversorgung zu überwinden, sondern sei ein unabdingbares Mittel, um Produktion zu ermöglichen, um Schiffe zu kaufen beispielsweise. Geld sei also das Werkzeug des Kaufmanns und gehe beim Produktionsakt nicht mehr unter, sondern bleibe erhalten; deswegen sei es notwendig und billig, Zinsen zu zahlen und zu nehmen.

Der Unterschied zwischen Aristoteles, Thomas von Aquin und Gesell scheint mir darin zu liegen, daß Silvio Gesell den Zins nicht gänzlich abschaffen will, sondern offensichtlich nur den Urzins, der aus der unterschiedlichen Fristigkeit von Waren und Geldkapital herrühre. Denn es ist eindeutig, daß Zinseinnahmen keine leistungslosen Einnahmen sind, sondern daß die Hergabe von Kapital Fortschritte im Wirtschaftsprozeß ermöglicht. Dies möchte ich Ihnen anhand einer kleinen Parabel von Eugen von Böhm-Bawerk erläutern.

Böhm-Bawerk verdeutlicht die zentrale Idee seines Werkes „Kapital und Kapitalzins" anhand der Romanfigur „Robinson Crusoe", der auf seiner Insel gerade sein Existenzminimum durch Fischfang friste; er müsse mühselig die Fische mit der Hand fangen; er wisse aber, daß er, wenn er Angeln produzieren könnte oder irgendein anderes Fanggerät, die Produktivität seiner Tätigkeit enorm steigern könnte; er könne dies aber nicht tun, weil er täglich gerade die zu seiner Existenz notwendigen Subsistenzmittel sich beschaffen könne; eines Tages beschließt er zu hungern, das heißt seinen Hunger nicht gänzlich zu stillen, sondern immer etwas von seinen Subsistenzmitteln beiseite zu legen. Wenn er bisher fünf Fische pro Tag gegessen hatte, ißt er jetzt nur noch vier Fische und legt einen Fisch zurück. Er sammelt sich also einen Vorrat an Waren an oder – in der Sprache Böhm-Bawerks – einen Subsistenzmittelfonds. Dieser Vorrat an Waren ermöglicht es ihm, an einigen Tagen auf den Fischfang, auf die tägliche Existenzsicherung zu verzichten und sich der Produktion von Angeln und anderen Fischgeräten zu widmen. Also Sparen oder das Sammeln von Subsistenzmitteln ermöglicht dem Robinson Crusoe das Einschlagen von Produktionsumwegen. Denn er fischt jetzt nicht mehr unmittelbar mit seiner Hand, sondern er schlägt einen Produktionsumweg ein, indem er zunächst Angeln produziert; dieses Einschlagen von Produktionsumwegen erhöht seine Produktivität; im Besitze einer Angel kann er statt fünf Fische zehn Fische aus dem Wasser fischen. Seine Produktivität ist also durch Einschlagen von Produktionsumwegen gestiegen. Dieses Einschlagen von Produktionsumwegen war nur möglich, weil er sich selbst einen Subsistenzmittelfonds angelegt hat. Erst dieser Subsistenzmittelfonds ermöglicht also das Einschlagen von Produkionsumwegen und erhöht damit die Arbeitsproduktivität.

Jetzt zum Phänomen des Zinses. Zinsen werden gezahlt, wenn jemand seinen Subsistenzmittelfonds einem anderen zur Verfügung stellt, der aus diesem Subsistenzmittelfonds lebt und beispielsweise eine Angel produzieren kann. Der Zins wird demjenigen gegeben, der den Subsistenzmittelfonds anlegt. Wenn dieser in der Gegenwart auf

Güter zugunsten zukünftiger Güter verzichtet, so muß ihm eine Prämie gezahlt werden. Andernfalls wäre er nicht bereit, die Nutzung seines Subsistenzmittelfonds anderen zu überlassen; denn der Mensch schätze in aller Regel Gegenwartsgüter höher ein als zukünftige Güter: Der Fisch, den ich heute nicht essen kann, ist mehr wert als der Fisch, den ich morgen essen kann. Die Prämie für die Nutzung eines Substistenzmittelfonds können wir mit Böhm-Bawerk auch „Agio" nennen. Das Verzichten auf Gegenwartsgüter ermöglicht einem anderen das Einschlagen von Produktionsumwegen und daraus kann dieser dann den Zins zahlen. Weil der einzelne Sparer Gegenwartsgüter höher schätzt als Zukunftsgüter, also nur bei Erhalt eines Agios auf den Genuß von Gegenwartsgütern verzichtet, muß ein Zins gezahlt werden. Derjenige, der stattdessen Gegenwartsgüter verzehrt, kann ein Agio zahlen, weil er jetzt Produktionsumwege einschlagen kann und weil die Produktionsumwege die Arbeitsproduktivität erhöhen.

Es gibt eine andere instruktive Parabel Silvio Gesells zu dieser Problematik.[4]) Silvio Gesell wählt auch die Figur des Robinson zur Erläuterung seiner theoretischen Idee. In der Gesellschen Parabel hat Robinson ebenfalls, um die Bewässerungsanlage seiner Hütte zu verbessern, einen großen Subsistenzmittelfonds angelegt — Getreide, Wasser,Früchte, Kleider usw. Eines Tages kommt ein Schiffbrüchiger auf Robinsons Insel und bittet den Robinson um die Mitnutzung des Subsistenzmittelfonds. Ich gebe jetzt dieses Gespräch in freier Form wieder. Der Schiffbrüchige: „Laß mich an deinem Subsistenzmittelfonds teilhaben, ich möchte mir ebenfalls eine Hütte bauen; das kann ich nicht schaffen, wenn ich gleichzeitig auf Nahrungssuche gehen muß". Darauf Robinson: „Gut, aber dann mußt du mir (entsprechend Böhm-Bawerk: Gegenwartsgüter werden höher geschätzt als Zukunftsgüter) einen Zins zahlen". Daraufhin sagt der Schiffbrüchige: „Nein, das werde ich nicht tun. Du wirst mir das Geld zinslos geben". Robinson entgegnet: „Warum soll ich dir das Geld zinslos geben? Ich habe deswegen gedarbt, und du darbst nicht". „Ja", sagt da der Fremdling, „ich will das Kapital nicht zinslos von dir, weil du ein guter Mensch bist, sondern weil es dir nützt, mir von deinem Warenvorrat zu geben. Schau dir doch einmal deine Vorräte an: Im Weizen tummeln sich bereits die Mäuse, an deinen hirschledernen Anzügen tun sich bereits die Motten gütlich, dein Warenvorrat verdirbt. Ich werde dir dagegen, wenn du mir jetzt Waren gibst, diese nach einem bestimmten Zeitpunkt vollwertig zurückgeben". Robinson überlegt, das leuchtet ihm ein. Er ist sogar bereit, weniger an Zukunftsgütern zu nehmen, damit der Schiffbrüchige nur einen möglichst großen Vorrat von seinen Gütern übernehme und den Verlust des Schwundes trage.

Betrachten wir den Gehalt der Parabel von Silvio Gesell: Derjenige, der einen Subsistenzmittelfonds anlegt, wird diesen, sofern er aus Waren besteht, zinslos zur Verfügung stellen, da der Warenvorrat einem Schwunde unterliegt, der durch Vergabe von Darlehen vermieden werden kann. Mit anderen Worten: Weil physische Güter relativ schlechte Wertaufbewahrungsmittel sind, kommt es zum Phänomen zinsloser Darlehen.

Man kann sich aber auch vorstellen, daß auf dem Eiland des Robinson doch ein positiver Zins gezahlt wird, nämlich dann, wenn nicht bloß ein Schiffbrüchiger auf die Insel kommt, sondern zehn Schiffbrüchige zugleich. Wenn diese zehn nun am Substenzmittelfonds des Robinson partizipieren wollen, wird der erste sagen: „Ich bin bereit, für dich den Schwund zu übernehmen". Der zweite sagt: „Ich wäre bereit, etwas Zusätzliches zurückzugeben". Der dritte sagt: „Ich wäre bereit, dieses Zusätzliche und noch etwas mehr zurückzugeben". Die zehn Schiffbrüchigen wären also bereit, Zinsen zu zahlen. Allgemein formuliert: Zins ist ein Phänomen der Knappheit. Wenn Geldkapital oder Sachkapital knapp ist, wenn die Nachfrage nach Kapital das Angebot an Kapital übersteigt, dann gibt es auch bei Sachkapital einen Zins.

Dies ist auch auf der utopischen Insel Barataria nicht anders. Denn die Kreditwünsche werden auch auf Barataria nicht kontinuierlich, sondern schubweise, diskontinuierlich anfallen. Wenn wir davon ausgehen, daß es in Barataria einen Winter gibt, werden die Bauwilligen im Frühjahr anfangen zu bauen. Dann wird man sich das notwendige Geld nicht im Winter besorgen, weil es dann ja dem Schwund unterliegt, sondern erst dann, wenn Zahlungen anfallen. Das heißt, es gibt auch in Barataria Zeiten, wo viele Leute Kredite haben wollen; in unserem Beispiel: Wenn sie den Rohbau nach einem Monat etwa bezahlen müssen, dann steigt die Nachfrage nach Krediten. Anders formuliert: Reicht das Angebot an Kapital nicht mehr aus, um die nachgefragte Kapitalmenge zu befriedigen, dann ergibt sich auch bei baratonischem Schwundgeld ein Zins. Denn der Halter baratonischer Pinunzen wird sagen: „Warum kommst du nicht im Winter zu mir, da hatte ich reichlich Geld. Damals mußte ich den Verlust des Schwundes tragen. Jetzt, wo alle Geld haben wollen, willst du das Geld umsonst haben. Nein,

jetzt mußt du einen Zins zahlen". Er kann also ebenfalls die Tür des Tresors vor dem Kapitalsuchenden zuschlagen. Allgemein formuliert: Der Zins hätte auch in Barataria die Funktion, die Kredite gleichmäßiger zu verteilen und die weniger rentablen Investitionsobjekte auszusondern; denn wenn man Zinsen zahlen muß, weil viele Leute Geld haben wollen, dann lohnt die Überlegung, ob man nicht zu einem früheren Zeitpunkt ein entsprechendes Darlehen aufnehmen oder ob man nicht auf die Inanspruchnahme eines Darlehens gänzlich verzichten sollte. Ökonomisch formuliert: Der Zins übt in Barataria Allokationsfunktion aus, nämlich für eine zeitliche Verteilung der Kreditnachfrage zu sorgen und diejenigen Kreditwünsche auszuschalten, die nicht rentabel oder weniger rentabel als andere sind.

Auch in einer kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gibt es das Zinsphänomen. Marx glaubte zwar, daß der Zins eine Funktion der Ausbeutung der Werktätigen sei; denn das „konstante Kapital" könne nur sich selbst reproduzieren und somit keinen Zins erwirtschaften, Zins sei das Symbol der Ausbeutungsgesellschaft. Aber siehe an, sogar in der Sowjetunion werden Zinsen gezahlt. Wenn keine Zinsen für die Inanspruchnahme des Subsistenzmittelfonds gezahlt werden müssen, dann werden die knappen Kapitalmittel nach anderen Verfahren verteilt werden müssen: nach dem sogenannten Windhundverfahren (wer zuerst da ist, wer zuerst am schnellsten läuft, der kriegt den Kredit), nach dem Monte-Carlo-Verfahren (es wird dem Zufall überlassen, wer einen Kredit bekommt), nach einer politischen Prioritätenliste (man schreibt auf, wer Kredite haben will, und geht dann nach dem Kriterium der politischen Wünschbarkeit vor) oder nach dem Überredungsverfahren (man kann zum Beispiel mit Investitionsobjekten beginnen, obwohl man noch keine Genehmigung dafür hat; den Verteiler von Kapitalmitteln könnte man dann wie folgt „überreden": „Du wirst doch wohl nicht eine Investitionsruine stehen lassen wollen – das wäre ja Verschwendung"). Dies war und ist tatsächlich die Praxis bei der Vergabe investiver Mittel. Daher ist die Sowjetunion bei ihrer Wirtschaftsreform aus dem Jahre 1965 dazu übergegangen, wieder einen Zins einzuführen: natürlich heißt so etwas nicht „Zins", sondern „Produktionsfondsabgabe". Natürlich ist ein solcher Zins nicht Ausdruck kapitalistischer Ausbeutung, sondern lediglich Einteiler knapper Produktionsfondsmittel.

3. Ein „modernes" Schwundgeld

Ein kurzer Hinweis auf die Aktualität des Schwundgeldgedankens. Inzwischen haben wir eine zinslose Wirtschaft, inzwischen haben wir auch „Schwundgeld". Derjenige, der sein Erspartes zinstragend anlegen will, erhält null Prozent Zinsen. Kauft man jetzt festverzinsliche Papiere, so erhält man eine Umlaufrendite von 6,4 Prozent; wenn man hiervon 40 % Steuern abrechnet, kommt man auf knapp 4 Prozent; bei Berücksichtigung der Inflationsrate stellt sich der Zins auf null Prozent. Derjenige sogar, der auf sein Sparbuch einzahlt, der zahlt anderen eine Prämie dafür, daß diese für ihn die Aufbewahrung des Geldes übernommen haben. Denn die Inflationsrate beträgt 4 %, der Zins auf gesetzlich kündbare Einlagen beträgt 3 %, der Zins für auf ein Jahr festgelegte Beträge beträgt 4 % – er deckt also gerade den Inflationsschwund. Und das ist nicht nur heute so, sondern bereits seit geraumer Zeit.

Die Konsequenz, daß man nicht mehr sein Erspartes in rentierlichem Geldvermögen anlegen konnte, führte dazu, daß man das Ersparte anders aufbewahrte, daß man Sachwerte kaufte, Immobilien, Häuser Uhren, Bilder usw., so daß wir nach 1970 eine grandiose Fehlallokation hatten.Es wurde gebaut, nicht weil es rentierlich war, sondern weil man glaubte, sein Geld in solchem Sachvermögen rentierlicher anzulegen als in Geldvermögen. Dies führte zu einer Überdimensionierung des Wohnungsmarktes, hat dann die Bundesregierung zu antizyklisch gemeinten Maßnahmen veranlaßt, die zusammen mit der Marktsättigung die Konkursquoten im Baugewerbe auf Rekordmarken schnellen ließen. Die Fehlallokation wegen der falschen Verwendung von Ersparnissen führt letzlich zu Arbeitslosigkeit. Das Produktionspotential ist zusätzlich beansprucht worden, weil man sparen wollte, weil die Leute ihr Geld nicht für den normalen Konsum ausgeben, sondern weil sie ihr Geld rentierlich anlegen wollten; das heißt Sparen hat die Volkswirtschaft vielfach nicht von aktueller Nachfrage entlastet, sondern wegen der zusätzlichen Beanspruchung der Produktionsfaktoren belastet. Diese Fehlinvestitionen sind eine wichtige Ursache für die derzeitige Arbeitslosigkeit.

Ich nehme nicht an, daß Silvio Gesell ein solches Schwundgeld gewollt hat. Bei ihm stand wohl im Vordergrund, daß die Geldversorgung nicht durch spekulative Manöver seitens des Geschäftsbankensektors gestört werden sollte. Er nahm an, daß sich durch die Aufhebung der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes solche Krisen vermei-

den ließen. Aber wir haben gesehen, daß diese Annahme in dieser allgemeinen Form nicht zutrifft.

4. Gesells Parabel — ein Lehrstück für die Interdependenz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Insgesamt ist die Gesell'sche Parabel über das utopische Barataria ein meisterhaftes Lehrstück zur Einführung in eines der schwierigsten Kapitel der Nationalökonomie, der Geld und Zinstheorie. Es ist ein reiches Exerzierfeld für ökonomisches Denken und für das Erkennen interdependenter Zusammenhänge zwischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und allgemeiner Politik. Dabei ist zweitrangig, daß ich die Änderung der Bemessungsgrundlage (vom Gewicht zum Hohlmaß), also die Einführung der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, nicht als den Sündenfall in Barataria betrachte. Entscheidend ist, daß die grundsätzlichen Ideen, die ordnungspolitischen Ideen von Silvio Gesell richtig und vorbildhaft sind:

Man wird ein Höchstmaß an Freiheit für den einzelnen Menschen (also „Raum für den Menschen", wie eine Tagung hier einmal hieß) schaffen, wenn man die Tätigkeit des Staates auf die Sicherung des Wettbewerbs und auf den Ausgleich sozialer Not konzentriert und wenn man vom Staat nicht etwas fordert, was dieser nicht leisten kann, etwa distributive Gerechtigkeit herzustellen oder Vollbeschäftigungsgarantien zu geben. Die Verhöhnung eines Staates, der sich hauptsächlich auf die Schaffung und Sicherung der Rahmenbedingungen für rechtsstaatliches Handeln beschränkt, als „Nachtwächterstaat" durch Ferdinand Lassalle, hat zur Konsequenz, daß man glaubte, der Staat müsse den Einzelnen an die Hand nehmen, um ihm zu zeigen, was er tun solle, müsse ihm seine Sorgen abnehmen, seine Pflichten übernehmen und ihn schließlich von jeglicher Verantwortung befreien. Und dann sind es die organisierten Gruppen, die sich des Staates bemächtigen, ihn als Marionette benutzen, oder wie Götz Briefs gesagt hat, degradieren zu einer „pouvoir dirigé". Dies ist dann nicht viel anders als der Rückfall in feudalistische Herrschaftsformen.

Weiter ist bei Silvio Gesell vorbildhaft, daß er in der Schaffung einer funktionsfähigen Geldordnung den „nervus rerum" einer funktionsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesehen hat. Ich glaube nicht und ich hoffe auch nicht, daß wir uns über die Gestaltung einer solchen idealen Geldordnung hier schon einig sind. Worüber sollten wir denn sonst bei den nächsten Tagungen streiten?! Ich glaube aber, daß uns die Referate und die Diskussionen diesem Ziel ein wenig näher gebracht haben.

---

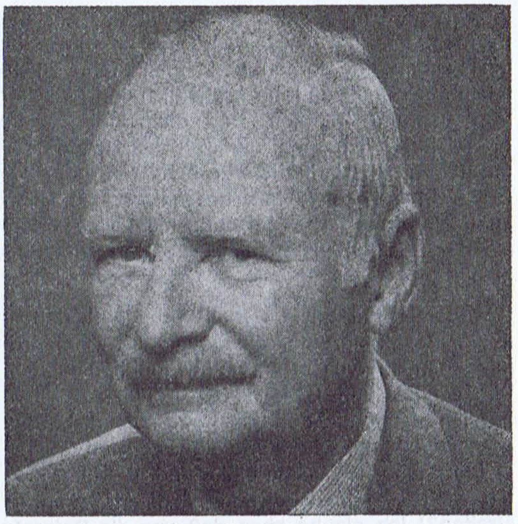
1) Vgl. hierzu: Erich Streissler, Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin, Hrsg., Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 74 II, Berlin 1973, S. 1391 f.

2) Dieses ist der „archimedische Punkt" bei F. A. von Hayek. Vgl. hierzu seine Aufsatzsammlung „Freiburger Studien", Tübingen 1969, passim.

3) Dies ist die entscheidende Idee bei David Hume. Vgl. hierzu: F. A. von Hayek, die Rechts- und Staatsphilosophie David Humes, in: Freiburger Studien, a.a. O., S. 237.

4) Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, a. a. O., S. 319 ff.

F. W. von Schelling
Die Rolle der Notenbanken im Staatsgefüge*)



I.

Das Thema, über das ich zu Ihnen sprechen soll, die Rolle der Notenbanken im Staatsgefüge, läßt sich von mehreren Seiten angehen: Man kann es überwiegend geschichtlich behandeln oder man kann Gesetze und währungspolitische Methoden der Notenbanken miteinander vergleichen. Man kann ferner auch von gegebenen politischen und wirtschaftlichen Situationen ausgehen und untersuchen, welche Rolle die Notenbanken dabei spielen oder spielen sollten. Das ermöglicht es wahrscheinlich am ehesten, Anregungen zu einer etwa für wünschenswert gehaltenen Änderung der Politik der Notenbanken und darüber hinaus der Notenbankgesetze zu geben. Dagegen dürfte es weniger sinnvoll, wenn auch im Rahmen des Themas durchaus zulässig sein, von einer für idealtypisch gehaltenen Notenbankrolle auszugehen und zu untersuchen, inwieweit die bestehenden Notenbanken diese Rolle auch tatsächlich spielen und gespielt haben.

II.

Die letzte Zeit, darüber hinaus aber auch mindestens das letzte Jahrzehnt haben uns übergenug an währungspolitischem, wirtschaftspolitischem und allgemeinpolitischem Stoff geliefert, mit dem die Notenbanken fertig zu werden hatten.

a)

Nach dem Internationalen Währungsabkommen von Bretton Woods beruhte das internationale Währungssystem sowohl auf dem US Dollar wie mittelbar auf dem Gold. Man sprach darum von einem Gold/Dollarstandard. Die Abwicklung der internationalen Zahlungen erfolgte in Dollar bzw. auf Dollarbasis, die Bindung an das Gold bestand darin, daß sich die USA verpflichtet hatten, $-Guthaben von Notenbanken auf deren Verlangen in Gold zu dem festen Satz von 35 $ je Unze zu tauschen. Außerdem mußten nach dem amerikanischen Gold Reserve Act von 1934 die amerikanischen Federal Reserve Banken für ausgegebene Dollarbanknoten und bei ihnen unterhaltene Guthaben eine mindestens 25prozentige Golddeckung halten. Diese Grenze wurde lange Zeit erheblich überschritten. Im Jahre 1949 betrug die Golddeckung 57,5 %, aber bis Ende 1964 war sie bis auf 27,5 % abgesunken. Das veranlaßte das amerikanische Parlament, den Kongreß, die Golddeckung für Einlagen bei den Federal Reserve Banken im Februar 1965 aufzuheben. Die Banknoten mußten aber weiter durch Gold gedeckt sein. Ebenfalls 1965, also schon vor 13 Jahren, wurden auf sogenannter freiwilliger Basis Kapitalexporte der Industrie und Auslandskredite amerikanischer Banken eingeschränkt. Schon vorher war der Kauf ausländischer Wertpapiere und die Gewährung von mittel- und langfristigen Krediten ins Ausland durch die Interest Equalization Tax erschwert worden. Im März 1968 wurde dann auch die Golddeckung für Banknoten durch Gesetz aufgehoben. Außerdem wurden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz getroffen: z. B. Investitionen in Europa wurden grundsätzlich verboten, die Amerikaner aufgefordert, nicht unbedingt notwendige Reisen auf zwei Jahre zu verschieben. Man muß sich vor Augen halten, daß all das schon vor 10 Jahren, also lange vor dem Ölschock geschah, um die amerikanische Zahlungsbilanz zu verbessern, um deren Verbesserung es auch heute wieder oder noch geht.

b)

Für das internationale Währungssystem vielleicht noch einschneidender war es, daß die USA bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre den Notenbanken nahelegten, von der ihnen gegebenen Zusage, Dollarguthaben zum Satz von 35 $ je Unze in Gold zu tauschen, keinen Gebrauch zu machen. Die Bundesbank und die Bundesrepublik Deutschland sind diesem Wunsch sehr bereitwillig nachgekommen. Das genügte aber den USA noch nicht. Sie verlangten und erhielten

---

*) Vortrag gehalten am 21. Mai 1978 auf der Internationalen Sozialpolitischen Tagung in Konstanz.

im März 1967 nicht nur von der Bundesbank, sondern auch von der Bundesregierung eine schriftliche Erklärung, daß nicht die Absicht bestehe, Dollarguthaben in Gold umzuwandeln. Da sich andere Länder, z. B. Frankreich, die Schweiz und wohl auch Belgien, nicht gleich entgegenkommend zeigten, wurde schließlich am 15. August 1971 der Goldverkauf an ausländische Notenbanben in aller Form eingestellt. Das lief auf die einseitige Rücknahme einer Zusage, auf der letzten Endes das Währungssystem von Bretton Woods beruhte, und damit faktisch eine Zahlungseinstellung gegenüber dem Ausland hinaus. Dem Umstand, daß es für den $ im Unterschied zu anderen Währungen keinen Ersatz gab, verdankte es die USA, daß dies damals kaum gesehen und ausgesprochen wurde.

c)

Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses Vortrages die Geschichte des Dollars noch weiter im einzelnen zu verfolgen. Es muß genügen zu erwähnen, daß der Wegfall der Goldeinlösungspflicht gegenüber ausländischen Notenbanken schließlich zur Aufgabe der bisher festen Wechselkurse und dazu führte, daß die Bundesbank und andere Notenbanken nicht mehr wie bisher angebotene Dollar gegen DM ankaufen müssen. Das brachte eine wesentliche Erleichterung des von außen kommenden inflationären Drucks. Durch den Ende 1977 erneut einsetzenden starken Kurssturz des Dollars ist aber eine neue oder man kann auch sagen wieder die alte Situation eingetreten. Die Bundesbank hat abermals, ohne jetzt hierzu verpflichtet zu sein und unter Gefährdung des von ihr selbst aufgestellten Geldmengenziels Dollar gegen DM-Hergabe erworben, und zwar in Höhe von 13,8 Mrd. DM. Weitere 3 Mrd. DM wurden für Interventionen im Europäischen Währungsverbund aufgewandt (Quelle: Vortrag Dr. Leonhard Gleske, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, gehalten am 21. 1. 1978 in Augsburg). Das sind enorme Beträge. Daß gleichwohl die Inflationsrate nicht gestiegen, sondern erfreulicherweise weiter zurückgegangen ist, sollte uns nicht zu sehr beruhigen. Das ist eine natürliche Folge der jahrelangen Wirtschaftsflaute, die durch den Dollarsturz noch verschärft werden kann. Die vermehrte Geldmenge bleibt aber für die Zukunft gefährlich. Springt die Wirtschaft endlich einmal wirklich stärker an, begünstigt das zu viele Geld Preissteigerungen, versucht man aber in diesem Zeitpunkt, die Geldmenge zu verringern, erstickt man möglicherweise einen sich anbahnenden Aufschwung im Keim. Ist daher die Bundesbank wegen des Umfangs ihrer Interventionen am Dollarmarkt zu kritisieren? Ich möchte mit einem Zitat aus der „Deutschen Zeitung Christ und Welt" vom 3. 3. 1978 antworten:

> „Es ist der Fluch dieser Weltwirtschaft, daß sie mit der Muttermilch Dollar aufgezogen wurde, daß aber niemand heute mehr diesen Dollar mag. Doch noch kann keine Handelsnation ohne die USA-Valuta leben. Das haben die Amerikaner bisher exzellent zu nutzen gewußt. Sie lebten von Dollars, für die sie keine Dekkung bereitzustellen brauchten.
>
> Zu sehr sind die Deutschen mit der Weltwirtschaft und auch mit der amerikanischen Ökonomie verflochten, als daß sie einen Wirtschaftskrieg suchten. Aber die notwendigen politischen Rücksichten können nicht so weit gehen, daß wir uns von unserer Schutzmacht an die Grenzen der Belastbarkeit — und darüber hinaus führen lassen."

Nach zwei Seiten möchte ich diese Sätze ergänzen. Da die USA unsere Schutzmacht sind, müssen wir auch bei unseren währungspolitischen Maßnahmen bemüht bleiben, politische Verstimmungen ernster und dauernder Art mit Amerika zu vermeiden. Und zweitens: Wir müssen auch den amerikanischen Standpunkt zu begreifen versuchen; denn die Dollarschwemme trifft nicht nur das Ausland, sie trifft auch den amerikanischen Bürger. Und dieser scheint trotz mancher Klagen über steigende Preise doch eher gegen als für eine strenge Geldpolitik zu sein. Jedenfalls hat man den Eindruck, daß sowohl im Repräsentantenhaus wie im Senat die Regierung und die Notenbank immer eher zu einer leichten als zu einer harten Geldpolitik gedrängt werden. Nach dem Satz Silvio Gesells in: Die Wunderinsel Barataria „Fiat democracia et pereat mundus" muß ein solcher etwa vorherrschender Wille, auch wenn uns das unsympathisch ist, in einer Demokratie berücksichtigt werden. Vielleicht sind die Völker Nord- und Südamerikas, die sowohl ihrer Geschichte wie ihrem Durchschnittslebensalter nach so viel jünger sind als wir, mehr spekulativ als stabilitätsbewußt veranlagt und betrachten Geld und Geldforderungen nicht viel anders als börsengängige Wertpapiere, die stets einen schwankenden Kurs haben.

III.

Ich habe die Entwicklung des Dollars so relativ eingehend dargestellt, weil die internationale Währungsszene das von dem der Insel Barataria vielfach verschiedene Ambiente abgibt, in dem sich die Notenbanken zu bewegen haben.

a)

Anschließend will ich mich nun den Notenbankgesetzen und insbesondere der Frage zuwenden, ob sie die Notenbanken instandsetzen, in dieser Umwelt mit Erfolg tätig zu werden.

Bei manchen Detailunterschieden weisen die Notenbankgesetze der westlichen Staatenwelt eine bemerkenswerte Übereinstimmung auf: Alle gehen zurück auf die Periode der Goldwährung und gestatten den Notenbanken im wesentlichen die gleichen Geschäfte, die sie auch damals vornehmen durften, vor allem den An- und Verkauf von Devisen sowie den An- und Verkauf von Gold und — obwohl seit Jahrzehnten nicht vorkommend — von Silber und Platin. Nach der Goldwährungszeit hinzugekommen sind die Geschäfte am offenen Markt, d. h. der An- und Verkauf von vorzugsweise kurzfristigen Wertpapieren zu Marktpreisen zur Regulierung des Geldmarkts und das Recht, von den Kreditinstituten „zur Beeinflussung des Geldumlaufs und der Kreditgewährung" die Unterhaltung von Mindestreserven auf Notenbankgirokonto zu verlangen. Weggefallen sind überall (demnächst auch in der Schweiz) die Deckungsvorschriften, die insbesondere vorsahen, daß die ausgegebenen Banknoten zu einem erheblichen, in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Prozentsatz durch Gold gedeckt sein müssen. Die Deckungsvorschriften sind auch nicht durch irgendeine konkrete Beschränkung der Notenbankgeldschöpfung ersetzt worden. Die einzige Bremse findet sich für die Deutsche Bundesbank in § 3 BBankG, nach dem sie die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern, regeln soll. Es ist aber unumstritten, daß die Bundesbank neben der Währungssicherung auch andere Ziele berücksichtigen soll, wie vor allem Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum. Die Regierungsbegründung zum Bundesbankgesetz von 1957 wies darauf hin, daß auch im Ausland die Bemühungen um eine konkretere Formulierung der Notenbankaufgabe vergeblich waren. Man habe es meistens für richtiger gehalten, daß die Zentralbank ihre Entscheidung auf Grund umfassender und systematischer Analysen aller relevanten Faktoren trifft, als auf Grund einer vorgeschriebenen konkreten Formel. Auch das jetzt den eidgenössischen Räten vorliegende Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Nationalbankgesetzes scheint dieser Richtung zu folgen. Laut Zürcher Zeitung Nr. 77 vom 5. 4. 1978 soll „die Nationalbank in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesrat und in Abwägung der wirtschaftspolitischen Ziele das Geldmengenziel festsetzen". Sie soll ferner ihre Politik „mit der staatlichen Wirtschaftspolitik, insbesondere mit den Staatsausgaben und der Schuldenpolitik abstimmen". Das gleiche soll auch für die Wechselkurspolitik gelten.

b)

Es ist sicher, daß das Bundesbankgesetz und die Notenbankgesetze der westlichen Welt auf den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre beruhen. Damals hatten sich die bestehenden Deckungsvorschriften tatsächlich als verhängnisvoll erwiesen. Zusätzlich werden Dekkungsvorschriften in der Regierungsbegründung zum Bundesbankgesetz von 1957 mit folgendem Argument abgelehnt: „Zur Begründung der Unzweckmäßigkeit einer solchen Bindung (d. h. an Deckungsvorschriften) genügt es darauf hinzuweisen, daß ein geringer Bestand an Gold oder Devisen (wie z. B. 1949/50) eine deflationäre Politik erzwingen und umgekehrt ein reichlicher Bestand (wie z. B. heute) eine liberale Währungspolitik erlauben würde, was in beiden Fällen einer vernünftigen Konjunkturpolitik durchaus zuwiderlaufen und dem Wohle schaden könnte".

c)

Der Verzicht auf konkretere Formulierung der Notenbankaufgabe in den einschlägigen Gesetzen der westlichen Welt hat in unserem Zeitalter andauernder Währungswirren den Notenbanken und den hinter ihnen stehenden Regierungen einen großen Entscheidungsspielraum gewährt. Niemals hat man gehört, daß eine zur Debatte stehende Maßnahme gescheitert wäre, weil eine Notenbank oder Regierung nach dem Gesetz sie nicht hätte treffen können. Das hat zweifellos seine großen Vorteile, hat aber auch zu einer grundlegend veränderten Stellung der Notenbanken im Staatsgefüge geführt. Unter den Deckungsvorschriften der Goldwährung waren die Notenbanken überwiegend nur das Gesetz ausführende Organe. Sie hatten sich liquide zu halten, um die versprochene Goldeinlösung ihrer Noten erfüllen zu können. Der Inhalt der Währungseinheit unterlag nicht ihrer Disposition. Er war von Gesetzes wegen gleich einer bestimmten Grammenge Gold. Dagegen nehmen heutzutage die Notenbanken, ob weisungsgebunden oder nicht, durch eine Vielzahl von Maßnahmen entscheidenden Einfluß auf den Wert des nunmehr substratlosen Geldes und aller Geldforderungen. Durch die seit über 30 Jahre geltende Geldverfassung der sogenannten manipulierten Währung hat also in bezug auf das Geld eine rückschrittliche Kompetenzverschiebung von der Legislative zur Exekutive (zu der die Notenbanken gehören) stattgefunden. Bis zu den Zeiten der konstitutionellen

Monarchie galt es als unbestrittenes souveränes Fürstenrecht, die Währung zu verschlechtern. Durch die Münz- und Notenbankgesetze des 19. Jahrhunderts wurde dieses Recht der Exekutive entzogen, jetzt hat sie es und sogar beinahe unbemerkt, jedenfalls ohne jeden Kampf wiedererlangt.

IV.

Es erhebt sich die Frage, ob diese Entwicklung unter den obwaltenden Verhältnissen, insbesondere wegen unserer Einbettung in die nach dem zweiten Weltkrieg mit der Muttermilch Dollar aufgezogene Weltwirtschaft unvermeidlich war und auch für die Zukunft als Schicksal hingenommen werden muß. Das würde dann, wenn ständig der jeweiligen Situation angepaßte Maßnahmen wegen des Dollars getroffen werden müssen, vermutlich auch eine zielstrebige Geldmengenpolitik unmöglich machen. Ich sage zielstrebige und nicht konsequente Geldmengenpolitik, weil Sie hierunter eine Geldmengenpolitik verstehen, die auch den Geldumlauf sichert.

a)

Ich komme damit zum Thema Geldmengenpolitik. Interessant in dieser Beziehung ist, daß schon vor über 20 Jahren die Regierungsbegründung zum Bundesbankgesetz monetaristischen Gedankengängen nahestand, ohne allerdings daraus Folgerungen zu ziehen, die in Gesetzesparagraphen Ausdruck gefunden hätten. Es heißt in der Begründung (A III am Ende): „Die Sicherung der Währung wird also weder durch Vorschriften über die innere oder äußere Parität noch durch Deckungsvorschriften gewährleistet, sondern, soweit es sich um die Aufgabe der Notenbank handelt, durch die richtige Dosierung des umlaufenden Geldes unter Vermeidung einerseits eines Geldüberhangs und andererseits eines Geldmangels der Wirtschaft bei der Produktion, dem Umlauf und den Verbrauch von Gütern."

Ich nehme an, daß die meisten von Ihnen ebenso wie ich diesem Satz zustimmen werden. Umsomehr müssen wir uns fragen, warum der Gesetzgeber keinerlei Folgen aus ihm gezogen hat. Möglicherweise hängt das mit der im Zeitpunkt der Gesetzesberatung bestehenden sich aus dem Internationalen Währungsabkommen ergebenden Dollarankaufspflicht zusammen. Sie konnte eine „richtige Dosierung des umlaufenden Geldes" verhindern und hat sie auch immer wieder verhindert. Aus diesem Grunde hat sich möglicherweise auch die Leitung der Bank deutscher Länder, der Vorgängerin der Deutschen Bundesbank, nicht für eine eindeutigere Festlegung auf das Ziel Währungsstabilität eingesetzt. Sie mußte fürchten, daß ihr wegen der vorgeschriebenen Interventionen am Dollarmarkt die Erreichung des Stabilitätsziels unmöglich gemacht werden könnte.

b)

Nunmehr ist die Ankaufspflicht für den Dollar zwar entfallen, aber die Bundesbank kauft, wie bereits ausgeführt wurde, gleichfalls in Krisensituationen Dollar in Milliardenbeträgen an. Vorwiegend geschieht das, um den deutschen Export gegen allzu starke Benachteiligungen, die eine zu plötzliche und zu erhebliche Dollarabwertung zur Folge haben könnte, zu schützen. Zwar läßt sich mit Recht sagen, daß die Gewährung von Exportsubventionen auch bei weiter Auslegung des Bundesbankgesetzes nicht zu den Aufgaben der Bundesbank gehöre. Aber sie soll auch das Ziel der Vollbeschäftigung im Auge behalten, die wegen der starken Exportabhängigkeit unserer Wirtschaft durch erhebliche Exportrückgänge gefährdet ist.

Ferner hat der Gesetzgeber vermutlich auch aus innerstaatlichen Gründen eine Festlegung der Bundesbank auf ein bestimmtes Geldmengenziel vermieden. Es konnte befürchtet werden, daß bei Freiheit der Preisgestaltung und bei Tarifautonomie eine wie auch immer formulierte gesetzliche Beschränkung der Geldmengenvermehrung zu Verklemmungen führen werde, die Entlassungen von Arbeitskräften oder Firmenzusammenbrüche zur Folge haben würde. Der Mitkommentator zum Bundesbankgesetz Prof. Starke hat darum erst kürzlich eine auf das Geldmengenziel festgelegte Währung als strangulierte Währung bezeichnet. Zweifellos kann eine zielstrebige Geldmengenpolitik sowohl zu Schwierigkeiten nach außen im Verhältnis zu anderen Staaten wie nach innen im Verhältnis zu den Gewerkschaften, aber auch zu Industrie- und Bankenverbänden führen. Vielleicht ist es sogar dem Einfluß dieser Verbände zuzuschreiben, daß die Bundesregierung in dem Gesetzgebungsverfahren der 50er Jahre keinen Versuch unternahm, konkrete Bestimmungen über die richtige Dosierung der Geldmenge vorzusehen. Das Fehlen solcher konkreten Bestimmungen macht die manipulierte Währung aber besonders inflationsanfällig, zumal man von den Geldhütern verlangt, daß sie nicht nur Geldstabilität, sondern auch Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum anstreben sollen. Man verlangt damit von ihnen in Wahrheit etwas Unmögliches. Nach Goethe sind freilich „fast alle Ge-

setze Synthesen des Unmöglichen und doch sei es gut, daß dem so sei, es werde dadurch das Möglichste erstrebt, daß man das Unmögliche postuliere" (nach Emil Staiger Goethe 1814—1832, Zürich 1959 S. 125). Sollte das nicht nur für Sittengesetze, sondern auch für politische Gesetze gemeint sein, möchte ich Goethe bei allem Respekt hierin nicht folgen: Denn wenn schon der Gesetzgeber nicht eigentlich weiß, was er anordnen soll, muß er damit rechnen, daß diejenigen, die das Gesetz anzuwenden oder zu beachten haben, die jeweils konvenierendste Auslegung wählen. Da in einer Demokratie von den Verbänden eine Restriktionspolitik meist als unvernünftig bezeichnet wird und es immer viele Gründe für ein bißchen Inflation gibt, ist es darum kein Wunder, daß die Währungspolitiker, die auf Dauer die öffentliche Meinung nicht außer acht lassen können, soviel Inflation tolerieren, wie ihrer Ansicht nach unvermeidlich ist.

Die genannten Gründe, die u. U. eine konkrete gesetzliche Regelung der Geldmengendosierung verhindert haben, könnten auch zur Folge haben, daß eine etwaige Reform des Bundesbankgesetzes statt zu einer Härtung zu einer weiteren Aufweichung des Gesetzes führen würde.

c)

Das ist die Realität und darum habe ich es zu Beginn des Vortrages nicht für sinnvoll gehalten, den Idealtypus einer Notenbank vor Ihnen zu entwickeln. Von Adenauer ist der Ausspruch übermittelt: Klagen Sie mir nicht über die Menschen. Sie kriegen keine besseren. Jedenfalls zur Zeit können wir entsprechend sagen: Klagen wir nicht über die Notenbankgesetze, wir kriegen keine besseren. Das kann, muß aber nicht Resignation sein. Zunächst müssen wir bedenken, daß es, wenn so vieles andere, ja vielleicht alles unvollkommen ist, mit dem Geldwesen kaum anders sein kann.

Silvio Gesell meint allerdings, daß die allgemeine Unvollkommenheit auf dem herkömmlichen Geld- und Bodenrecht beruhe. Aber unsere heutige bindungslose, selbstzerstörerische Zeit, die durch Geburtenstreik selbst das Fortleben westlicher Völker gefährdet, würde wohl auch er nicht allein Fehlern der Geldpolitik anlasten, ebensowenig wie etwa dem Privateigentum an Produktionsmitteln. Eher ist die rasante Entwicklung der Technik mit der die Entwicklung unserer Psyche nicht mitkommt, verantwortlich zu machen. Trotz dieser so ungünstigen Ausgangslage scheint es nicht ausgeschlossen, daß sich die Einstellung des Menschen zum Geldwesen, das jetzt vielfach als Buch mit sieben Siegeln gilt, im Wege eines Lernprozesses verändert. Gerade Sie leisten auf diesem Gebiet eine besonders verdienstvolle und anzuerkennende Aufklärungsarbeit, von der wir nur hoffen können, daß sie mehr und mehr in die Breite und Tiefe wirkt. Bis sich diese Aufklärungsarbeit ausgewirkt hat, werden wir aber wohl mit den derzeitigen Notenbankgesetzen leben müssen. Auch das bedeutet aber nicht, daß alles einstweilen so bleiben müßte, wie es ist. Denn die Auslegung und Anwendung aller Gesetze ändert sich im Laufe der Zeit und der Verhältnisse. Die Tatsache, daß die Bundesbank bei unverändertem Wortlaut des Bundesbankgesetzes Devisen nicht mehr zu einem festen Satz, sondern gelegentlich sogar überhaupt nicht mehr ankauft, beweist das ebenso wie die Ende 1974 zum ersten Mal erfolgte Nennung eines Geldmengenziels.

d)

Das schwierigste Problem ergibt sich aus der Einbindung unserer Wirtschaft in die Weltwirtschaft und der faktischen Abhängigkeit der DM vom US $. Ich weiß, wie sehr Silvio Gesell und viele von Ihnen die Bindung des Geldes an das Gold bekämpft haben und auch ich trete nicht für eine Wiederbelebung der Goldwährung ein. Aber die Goldwährung hatte den einen großen Vorteil, daß sie trotz unterschiedlicher nationaler Währungsbezeichnungen so etwas wie eine einheitliche überstaatliche Währung war. Obwohl in den letzten Jahrzehnten infolge der bekannten technischen Errungenschaften die Welt viel enger zusammengewachsen, geradezu kleiner geworden ist, sind dagegen unsere heutigen manipulierten Währungen mit ihren unterschiedlichen Inflationsraten und täglich wechselnden Austauschkursen alles andere als Teile einer einheitlichen Weltwährung. Dabei sind aber alle Währungen der westlichen Welt in ihrem Schicksal vom US $ abhängig. Daß diese ungeregelte Dollarabhängigkeit besser sei als die Goldabhängigkeit der Währungen vor dem 1. Weltkrieg, bezweifle ich. Und ich halte es sogar nicht einmal für ausgeschlossen, daß die internationale Goldwährung mit allen ihren Mängeln den seinerzeit bestmöglichen Kompromiß zwischen menschlicher Willigkeit des Geistes und Schwäche des Fleisches darstellte.

e)

So schwer die Aufgabe ist, meine ich doch, daß wir versuchen müssen, die allzu starke Dollarabhängigkeit zu überwinden. Die Aufgabe ist darum so schwer, weil der Dollar faktisch heute

noch trotz großer Kursschwankungen, wie man sagt, Reserve-Transaktions- und Anlagewährung der westlichen Welt ist. Das liegt daran, daß die USA nach wie vor die größte Wirtschaftsmacht sind und über den größten Geld- und Kapitalmarkt verfügen, an dem sich z. B. die Ölmilliarden noch am leichtesten anlegen lassen. Hinzukommt, daß andere Währungen wie DM, sfr und Yen in keiner Weise anstreben, internationale Reserve-Transaktions- und Anlagewährung zu werden, weil dadurch eine nationale Währungspolitik noch schwieriger werden würde, als sie ohnehin schon ist. Eine solche Funktion könnte allenfalls eine gemeinsame europäische Währung übernehmen. Nachdem man sich im Europa der Sechs über eine solche nicht einigen konnte, ist es aber wenig wahrscheinlich, daß die immer größer werdende Europäische Gemeinschaft ein solches ehrgeiziges Ziel in näherer Zukunft verwirklichen könnte. Sollten allerdings Frankreich und England wieder an die sogenannte Schlange, den europäischen Währungsverbund, zurückkehren und hierin ohne wiederholte Abwertungen verbleiben, könnte sich daraus allmählich doch so etwas wie eine gemeinsame Währung entwickeln. Das setzte aber eine weitgehend gleichgerichtete Politik, vor allem was die Höhe der Inflationsraten angeht, voraus.

f)

Ein Weg, sich vom Dollar unabhängiger zu machen, ist auch die sogenannte Devisenbannwirtschaft, d. h. die Abwehr von Dollarzuflüssen z. B. durch die Festsetzung von Negativzinsen auf Einlagen von Devisenausländern und durch das Verbot von Kreditaufnahmen im Ausland. Die Schweiz hat sich zu derartigen Maßnahmen gezwungen gesehen. Ich selbst halte, gestützt auf eine über dreißigjährige Erfahrung mit der 1931 eingeführten Devisenbewirtschaftung, von solchen Maßnahmen sehr wenig. Die Italiener sagen: „Patta la legge, trovato l'inganno", auf deutsch: Mit dem Gesetz ist auch schon die Umgehung da. Selbst Hitler ist es mit der im Volksverratsgesetz vorgesehenen Todesstrafe nicht gelungen, das zu verhindern. Darüber hinaus führt jede Form von devisenrechtlichen Verboten zu Verzerrungen und Eingriffen in die Marktwirtschaft sowie zu einer weiteren Vermehrung der Staatsaufgaben und des Beamtenheers.

g)

Einen anderen Weg zum Abbau übermäßiger Dollarzuflüsse habe ich schon vor 3 Jahren, freilich ohne Resonanz, vorgeschlagen, nämlich 3–12monatliche Notenbankkredite zu Sonderkonditionen an Importeure zu gewähren, um für die Dollarmilliarden wertvolle und möglichst nicht verderbliche Rohstoffe zu erwerben (in „Die Bundesbank in der Inflation", S. 56). Jetzt hat das japanische Wirtschaftskabinett beschlossen, eine große Warenreserve an Rohöl, das in stillgelegten Tankern gelagert werden soll, an Uranium, Nickel, Chrom und Eisen-Pellets zu bilden. Um den privaten Sektor zur Rohstoffinanzierung anzuregen, soll die japanische Export-/Importbank hierfür Kredite zu Vorzugszinsen gewähren (s. Peter Hazelhurst in The Times London v. 13. 3. 1978, Presseauszüge der Deutschen Bundesbank Nr. 23 aus 1978).

V.

Nach allem spricht sehr vieles dafür, daß die Notenbanken sowohl mit den bisherigen Gesetzen wie mit dem Dollar als der maßgeblichen Weltwährung weiterleben müssen.

a)

Aber das bedeutet noch nicht, daß die Notenbanken sich einfach aus- und inländischem Druck anzupassen und alles verlangte Geld zur Verfügung zu stellen hätten. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die Ende 1974 erstmals erfolgte Nennung eines Geldmengenziels, wenn sie auch teilweise kritisiert wurde, doch nirgends als rechtlich unzulässig angesehen wurde. Freilich könnte das noch geschehen, würde die Bundesbank das Geldmengenziel allzusehr verabsolutieren, z. B. wenn sie das gesetzte Geldmengenziel durch Dollarinterventionen überschreiten und um gegenzuhalten, alsdann die Kreditgewährung im Inland sehr stark einschränken würde. Darum ist bei den Dollarinterventionen große Vorsicht geboten. Es müssen Grenzen dabei eingehalten werden, sie können aber sicher auch nicht ganz unterbleiben.

So haben es die Notenbanken, gleichgültig ob sie unabhängig oder weisungsgebunden sind, unendlich schwer. Sie sind vergleichbar mit Schiffen in einem selten einmal abflauenden Sturm und mit einem Kompaß, der nicht intakt ist. Sogar die These, die ich versucht habe, aus der Entstehungsgeschichte des Bundesbankgesetzes zu begründen, daß die Bundesbank auf keinen Fall eine höhere Inflationsrate als jährlich 3,5 % zulassen dürfe, ist ja bisher nicht angenommen worden. Ich selbst möchte allerdings an dieser These als letztem und äußerstem Richtpunkt festhalten. Es erscheint mir für eine Demokratie unzulässig, daß die Exekutive (zu der, wie erwähnt, die Notenbanken gehören) nach ihrem

Ermessen tagtäglich völlig frei über den Geldwert entscheiden kann.

b)

Der von Ihnen vielfach geforderte sogenannte konsequente Monetarismus, der mit Recht die große Bedeutung der Geldumlaufsgeschwindigkeit betont, wäre ohne Gesetzesänderung wohl nicht durchführbar. Insbesondere die Einführung einer Geldumlaufsgebühr bedürfte einer gesetzlichen Grundlage. Das hat auch einen Vorteil, nämlich den, daß Zeit bleibt, genauer über die Gestaltung einer solchen Gebühr nachzudenken und ins einzelne gehende Vorschläge zu machen. Bekanntlich sitzt der Teufel im Detail. Ich verhehle meine Skepsis gegen eine Umlaufsgebühr nicht. Sie hat ähnliche Gründe wie meine Bedenken gegen eine Devisenbannwirtschaft. Darüber hinaus wird m. E. durch die Umlaufsgebühr das Geld nicht nur in seiner Eigenschaft als Wertaufbewahrungsmittel beeinträchtigt, was wohl gewollt ist, aber zu möglicherweise unerwünschten Ersatzaufbewahrungsmitteln führen kann, sondern auch als Tauschmittel. Ferner wird durch die Geldumlaufsgebühr wohl auch die Entscheidungsfreiheit des ohnehin schon so stark verwalteten Menschen noch weiter eingeengt: Er soll konsumieren oder investieren, nicht aber sich liquide halten dürfen. Wohlgemerkt: Das sind vorläufige Einwendungen und eine Aufforderung an Sie, hierzu Stellung zu nehmen. Bedarf die Geldumlaufsgebühr und damit das, was Sie den konsequenten Monetarismus nennen, einer Gesetzesänderung, so genügt nicht die eigene gute Überzeugung, sondern es müssen die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten und die maßgeblichen Kreise der Bundesregierung überzeugt werden, was eine schwere Aufgabe ist.

c)

Darum meine ich, daß trotz der zweifellos sehr großen Bedeutung der Geldumlaufsgeschwindigkeit die Notenbanken zunächst einmal mit der Geldmengenpolitik in der bisherigen Form fortfahren sollten. Wir wissen, daß alle Prognosen und alle Formen von Politik, die notgedrungen von Prognosen ausgehen müssen, so schwierig sind, weil sie von nicht mit Sicherheit voraussehbaren Verhaltensweisen unzähliger einzelner Menschen und Unternehmen abhängigen. Das heißt: Man muß in jedem Fall mit zahllosen Unbekannten rechnen. Die Geldumlaufsgeschwindigkeit ist nur eine, wenn auch vielleicht eine besonders wichtige dieser Unbekannten. Das Rechnenmüssen mit so vielen Unbekannten macht es unmöglich, ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Ziel mit Sicherheit exakt zu erreichen. Ein Treffer ins Schwarze kann immer nur ein glücklicher Zufall sein. Wir dürfen nicht zuviel verlangen, sondern müssen lernen, uns zu bescheiden. Ob es einen allwissenden und allmächtigen Gott gibt, können wir nur glauben, aber mit Sicherheit gibt es keinen allwissenden und allmächtigen Menschen. Manchmal scheinen wir das freilich nicht wahrhaben zu wollen. Das ist dann Hybris, wie die alten Griechen sagten, d. h. frevelhafter Hochmut. Es irrt der Mensch, solang er strebt, sagt Goethe. Darum ist es auch eine Utopie zu glauben, daß Notenbanken eine alle Wünsche befriedigende Geldpolitik betreiben könnten. Und wenn wir es recht bedenken, ist eine menschlich begründete unvollkommene Geldpolitik weit weniger schlimm, als wenn es allwissende und allmächtige Menschen gäbe. Die Folgen hiervon wären unausdenkbar. Andererseits sind begrenztes Wissen und begrenzte Macht aber auch keine Entschuldigung für jede schlechte Geldpolitik.

VI.

Zum Schluß will ich versuchen, einige kurzgefaßte Schlüsse aus dem Vorgetragenen zu ziehen:

1. Eine Inflationsrate Null wäre ein zufälliger Schuß ins Schwarze, der kaum Jahr für Jahr wiederholt werden kann.
2. Gleichwohl sollte Hauptziel jeder Notenbankpolitik ein möglichst stabiles Preisniveau sein.
3. Die Einhaltung eines bestimmten Geldmengenziels sollte kein Ziel an sich, aber ein sehr wichtiges Mittel zur Erreichung des Stabilitätszieles sein. Darum ist es vermutlich besser, kein bestimmtes jährliches Geldmengenziel, sondern stattdessen eine Jahresinflationsrate zu nennen, die nicht überschritten werden soll. Z. B. kann es, wenn einmal der Lebenshaltungsindex nicht steigt, sondern fällt, vernünftig sein, die Geldmenge vorübergehend übernormal zu vermehren.
4. Ist es in einem Staat, aus welchen Gründen auch immer, zu hohen, insbesondere zweistelligen Inflationsraten gekommen, sollte die Rückführung der Inflation nur in Etappen erfolgen, um einen wirtschaftlichen Kollaps zu vermeiden.
5. Ist die Rückführung der Inflation wie bei uns auf eine Jahresrate von wenig über 3 % gelungen, sollten Notenbank und Regierung nicht berechtigt sein, eine höhere Jahresinflationsrate als Ziel oder als unvermeidlich zu

nennen. Sie würden sonst die der Exekutive in einem demokratischen Rechtsstaat, der insbesondere jede Art von Ermächtigungsgesetzen verbietet, gezogenen Grenzen überschreiten und wohl auch die verfassungsmäßige Eigentumsgarantie verletzen. Andererseits hat die Zulässigkeit einer Inflationsrate von jährlich bis zu 3,5 % eine Gleichstellung des Geldes mit vielen Gütern, die einer entsprechenden jährlichen Abnutzung unterliegen, zur Folge, so daß das Geld keine Garantie bietet, der mit Abstand beste Wertbewahrer zu sein, was wahrscheinlich gefährlich wäre und was jedenfalls Silvio Gesell für gefährlich gehalten hat.

6. Interventionen am Devisenmarkt sollten erlaubt sein, aber nur, soweit sie zu keiner Erhöhung der maximal zulässigen Inflationsrate führen.

Kommentar des Herausgebers:

Bezüglich der Ausführungen von Schellings muß darauf hingewiesen werden, daß sich zwischen ihm und dem Herausgeber dieser Schrift ein intensiver Gedanken- und Meinungsaustausch entwickelt hat. Die Einstimmigkeit in den Hauptzielen der Währungspolitik läßt die offen dargelegten Unterschiede über das procedere in ihrer Bedeutung zurücktreten. Es ist selbstverständlich, daß ein Praktiker in der exponierten Position eines Landeszentralbankpräsidenten in erster Linie die politische Realisierbarkeit theoretischer Vorschläge in Erwägung zieht. Diese Schwierigkeiten werden vom Herausgeber nicht in Abrede gestellt. Andererseits kann sich die rein wissenschaftliche Betrachtungsweise nur an der theoretischen Klarheit und logischen Geschlossenheit des Systems orientieren.

Haben beide Seiten die gleiche Zielvorstellung und stehen sie außerdem auf der grundgesetzlichen Basis, kann die hier erscheinende Differenz in den Auffassungen nur eine vorübergehende sein.

Johannes F. O. Schumann
Führte Karl Marx zu einer freien und sozialen Ordnung?*)



Vorbemerkung

In einer westdeutschen Tageszeitung, deren Herausgeber einen „sozialen Kapitalismus" predigt, schrieb Ernst Jünger, 83, „heute der große Einsame der deutschen Literatur":

> „Wir können den Kapitalismus zerstören, aber was kommt dann? Funktionäre und Bonzen, und alles wird noch schlimmer, denn der Kapitalist fragt wenigstens nicht, wie ich meine Freizeit verbringe. Dagegen wird der Bonze meinen vollen Einsatz rund um die Uhr verlangen. Er schickt mich in Schulungslager, befördert mich zum Blockwart, und wann es ihm paßt, marschiere ich hinter der Fahne her."
>
> (DIE WELT, am 19. 8. 1978)

Der Kapitalist, auch der „soziale", fragt zwar nicht, wie ich meine Freizeit verbringe, aber arbeiten läßt er mich nur, wenn ich ihn „angemessen bediene", d. h. sein investiertes Kapital „angemessen verzinse". Tue ich das nicht, macht er mich arbeitslos oder läßt mir nur die Wahl, Waffen herzustellen und „hinter der Fahne herzumarschieren". Wo ist da ein Unterschied? Gibt es denn keinen dritten Weg – jenseits von Kapitalismus und „Kommandismus" (= Sozialismus/ Kommunismus) – ohne „Bosse" und ohne „Bonzen"?

1. In der konsequenten Marktwirtschaft werden Preise und Löhne durch Angebot und Nachfrage gebildet. Dies entspricht der Natur des Menschen, der aus gesundem Eigennutz seine Leistung angemessen verkaufen möchte. Dieses Gesetz gilt auch für den Preis des Tauschmittels Geld.

2. In der kapitalistischen Marktwirtschaft wird dieses Gesetz verfälscht durch Monopole, die ein Einkommen auf Kosten anderer ermöglichen. Man sollte daher die Marktwirtschaft von diesen Monopolen befreien.

3. Die Sozialisten aller Schattierungen wollen jedoch an die Stelle der Marktwirtschaft eine Planwirtschaft setzen.

Sie behaupten, es gäbe eine Möglichkeit, Preise und Löhne durch objektive „Wert"-Berechnungen *feststellen* zu können. Da dies eine Illusion ist, ergibt sich stets eine *Festsetzung* von Preisen und Löhnen durch eine totalitäre Bürokratie, die in einer Sackgasse endet. Geistiger Vater dieser Ideologie war Karl Marx. Um den Nachweis hierfür bemühte sich der Verfasser in einem Vortrag vor der 4. Internationalen Sozialpolitischen Tagung in Konstanz 1978.

1. Die Soziale Frage – von Silvio Gesell gelöst

Wenn wir uns hier mit Karl Marx beschäftigen, dann interessiert uns nur die Rolle, die seine ökonomischen Ideen im Kampfe der Völker um die Lösung der jahrtausende alten Sozialen Frage spielten. Diente seine Lehre einer freien und sozialgerechten Ordnung?

Die Soziale Frage gibt es, seit es privaten Besitz an Grund und Boden gibt und infolgedessen die Besitzlosen gezwungen sind, den Bodenbesitzern eine Bodenrente zu bezahlen, und seitdem es hortbare Zahlungsmittel gibt, mit deren Hilfe die arbeitende Bevölkerung (Unternehmer und Arbeitnehmer) gezwungen werden kann, die nichtarbeitenden Geldverleiher, „angemessen zu bedienen" – in Form von Zinsen.

Überall, wo der Großgrundbesitz sich ausdehnte, bedeutete dies Fronherrschaft über rechtlose Landarbeiter, siehe die Sklavenwirtschaft im alten Rom, siehe die Leibeigenschaft, gegen die sich die deutschen Bauern im finsteren Mittelalter vergeblich wehrten, siehe die Kolchosenarbeiter der sowjetischen Staatsgüter.

Der Schweizer Dr. Theophil Christen hat als erster auf jene Vorgänge im alten Ägypten hingewiesen, wo ein ganzes Volk ehemals freier Bauern dadurch zu Sklaven gemacht wurde, die *gerne* Pharao leibeigen sein wollten, daß jemand das gesamte Geld „im Tempel des Pha-

---

*) Erweiterter Vortrag — gehalten auf der Internationalen Sozialpolitischen Tagung 1978 in Kreuzlingen/Konstanz.

rao", der damaligen ägyptischen Staatsbank, stillegte.

Während hier tatsächlich ein Mann Geschichte machte, ging die Macht des alten römischen Reiches unter, als die Gold- und Silberfunde versiegten, das vorhandene Münzmetall, die Voraussetzung der Arbeitsteilung, in den fernen Osten abfloß. So waren schließlich keine „Solidis" mehr vorhanden, um die Söldnerheere zu besolden, die den Staat sicherten.

Den Chinesen blieb dieses Schicksal erspart, weil sie das Papiergeld erfanden, als ihre Kupferfunde nicht mehr für die Münzprägung ausreichten.

Im Laufe der Geschichte gibt es nur eine längere Hochblüte, die Zeit der frühen Gotik. Sie währte, solange der Münzverruf den Umlauf des Geldes und damit die Arbeitsteilung sicherte. Nachdem man in Unkenntnis von Ursache und Wirkung wieder zum hortbaren Gelde überging, begann das finstere Mittelalter und dann eine sogenannte Neuzeit, die gekennzeichnet ist durch hektische wirtschaftliche Entwicklungen, durch Überhitzungen und Rückschläge, durch Inflation und Deflation, die zu inneren sozialen Kämpfen und kriegerischen Auseinandersetzungen führten und führen.

Den Boden für diese Erscheinungen bildete auch hier neben dem unsozialen Bodenrecht das ebenso unsoziale Geldsystem.

Als in Europa im 19. Jahrhundert die Bevölkerung schnell anwuchs, wurde das Bodenproblem immer brennender, ohne gelöst zu werden. Die einsetzende Industrialisierung ermöglichte zwar eine Steigerung der Erzeugung, stieß aber auf das überalterte Geldsystem, das die Wirtschaft einmal abhängig machte von der Zufälligkeit der Goldfunde oder aber von der Willkür derer, die über das Gold verfügten oder aber Geld stillegten, wenn es ihnen nicht hoch genug verzinst wurde.

So glich die kapitalistische Wirtschaft einem Krebs, der entweder in seiner starren Schale erstickt oder aber im Zustand der Häutung Gefahr läuft, von seinen Artgenossen aufgefressen zu werden. Während es sich beim Krebs um ein Naturschicksal handelt, war der sogenannte „Konjunkturzyklus" der Wirtschaft die Folge von Ursachen, die — wenn richtig erkannt — hätten beseitigt werden können.

Um die Jahrhundertwende bereits hatte der deutsche Kaufmann Silvio Gesell diese Zusammenhänge nachgewiesen, die Jahrzehnte später die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Schleyer und Kollegen) in einer Denkschrift so darstellte:

> „Jedes Kapital — sei es Eigenkapital oder Fremdkapital — muß ‚bedient' werden, weil es andernfalls nicht bereitgestellt wird . . . Der Gewinn der Unternehmer ist die einzig mögliche Quelle für die Kapitalverzinsung und damit die Quelle zur Befriedigung der Interessen des dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Kapitals."

Diese Quelle aber versiegt, wenn als Folge längerer Hochkonjunktur die Arbeitseinkommen steigen und dadurch die Interessen des Finanzkapitals gefährden. Arbeitnehmer und Unternehmer m ü s s e n sich „bereitstellen" — Geld in seiner heutigen hortbaren Form muß nicht bereitgestellt werden und ist daher die Ursache des Teufelskreises des Konjunkturzyklus. Gesell schlug vor, ihn mit Hilfe von „rostenden Banknoten" zu durchbrechen, was — nach Keynes — allerdings „zum sanften Tode der Kapitalrentner" und außerdem zum Ende aller sozialistischen Ideologien führt. Die Weltgeschichte hätte einen anderen Verlauf genommen, wenn man vom Geiste Silvio Gesells gelernt — und auf die Irrtümer von Karl Marx verzichtet hätte.

Inzwischen aber hatte dessen Ideologie die Massen ergriffen — und die Folgen waren verheerend.

2. Die Irrtümer des Karl Marx

In seinen Büchern findet sich, wie könnte es anders sein, hin und wieder auch ein Körnchen Wahrheit, und mancher glaubt, Marx mit Marx selber widerlegen zu können. Seine grundlegenden Irrtümer aber blieben allein wirksam — zumal sie für die eine Seite ungefährlich waren, der anderen Seite aber zur Macht über die Völker verhalfen — als Staatsreligion in den sogenannten Volksdemokratien.

Sozusagen ein Grundblatt des von Marx errichteten Kartenhauses ist seine Theorie vom „Wert", die er in seiner Schrift „Lohn, Preis und Profit" so darlegte:

> „Was ist der Wert einer Ware? Wie wird er bestimmt? Was ist die gemeinsame gesellschaftliche Substanz aller Waren? Es ist die Arbeit... die in ihnen vergegenständlichte, dargestellte oder, wenn es beliebt, kristallisierte gesellschaftliche Arbeit... Wie aber m i ß t man Arbeitsquantität? Nach der Dauer der Arbeitszeit, indem man die Arbeit nach Stunden, Tagen etc. mißt."

Seitdem sind weit über 100 Jahre vergangen — aber bis heute ist es noch niemandem geglückt, den Wert auch nur einer einzigen Ware zu berechnen. Trotzdem kann man heute noch in einer vom APN-Verlag in Moskau in deutscher Sprache

verbreiteten Schrift „Wann und weshalb ist der Marxismus entstanden?" lesen: „Der Wert der Ware ist die Menge der gesellschaftlich notwendigen Zeit, die für ihre Produktion erforderlich ist", und der „spezifische Gebrauchswert der Arbeitskraft ist ihre Fähigkeit, mehr zu erzeugen, als das für ihre Existenz, für ihre Reproduktion notwendig ist".

Auf der Karte „Wertlehre" baute Marx bei seinem Kartenhaus die Lehre vom „Mehrwert" auf, den die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel, angeblich kassieren.

Wie unbekümmert Marx dabei verfuhr, geht aus einem Satz des 1. Bandes seines „Kapital" hervor, Seite 173:

> „Kapital kann also nicht aus der Zirkulation entspringen, und es kann ebensowenig aus der Zirkulation nicht entspringen. Es muß zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen."

Sollte Marx nicht selber über die „kompletten Esel" und „deutschen Hunde" gelacht haben, die „den Wert seiner Bücher nach dem Kubikinhalt schätzen" und nicht nach ihrem Inhalt — wie er in einem Brief an seinen Mäzen Engels schrieb? Versuchen wir es, seinen Gedanken zu folgen:

Marx wendet die Wertlehre auch auf die Arbeitskraft des Menschen an: Er „unterstellt", daß der Arbeiter täglich 6 Stunden arbeiten müsse, um „einen Wert zu produzieren, der ausreicht, sich selbst als Arbeitenden am Leben zu erhalten."

Als ob der Arbeiter, um sich am Leben zu erhalten, nicht ebenso wie der Kapitalist oder der Spitzenfunktionär dies mit Hilfe von Kaviar und Sekt tun könnte!

Aber der Kapitalist, sagt Marx, d. h. der Unternehmer, der Besitzer der Produktionsmittel, z w i n g e den Arbeitnehmer, täglich 12 Stunden zu arbeiten — und kassiere den dadurch entstandenen „Mehrwert", den Marx „Profit" nennt. Und die Tatsache, daß der Unternehmer diesen „Profit" kassiere, b e f ä h i g e nach Marx die „geldverleihenden Kapitalisten, einen Teil dieses Mehrwertes unter dem Namen Zins in Anspruch zu nehmen, und die Grundeigentümer, einen Teil davon unter dem Namen Rente an sich zu ziehen." „Welche Gesetze diese Teilung der Gesamtmenge des Mehrwertes unter diese drei Menschenkategorien — den Grundeigentümer, den Geldverleiher und den Unternehmer, regulieren", das, betont Marx, sei „eine Frage, die unserem Gegenstand gänzlich fernliegt."

Wir wissen, daß es genau umgekehrt ist. Primär ist der Anspruch der Geldverleiher, von den Unternehmern auf Kosten der Arbeitnehmer stets angemessen bedient zu werden. Nur derjenige Unternehmer, der dazu in der Lage ist, kann produzieren. Nicht in der Produktion liegt die Quelle des sogenannten Profits, sondern in der Zirkulation. D a s aber lag Marx bezeichnenderweise „gänzlich fern". Jahrzehnte später sagte der Marxist Dr. Siegfried Aufhäuser:

> Wenn man die Krisen als Zirkulationsprobleme erkläre, müsse man den Sozialismus begraben.

Und so fürchten eben die Marxisten die Lösung des Zirkulationsproblems — wie der Teufel das Gebetbuch.

Auf jenem Londoner Kongreß erzählte Marx seinen Genossen:

> „Ihr alle wißt, daß die kapitalistische Gesellschaft aus Gründen, die ich jetzt nicht auseinanderzusetzen brauche, sich in bestimmten periodischen Zeiten bewegt. Sie macht nacheinander den Zustand der Stille, wachsender Belebung, Ü b e r p r o d u k t i o n , Krise und Stagnation durch. Die Marktpreise der Waren und die Marktraten des Profits f o l g e n diesen Phasen ..."

Die These von einer „Überproduktion" als Krisenursache ist jedoch die dümmste aller Krisentheorien, denn noch nie wurde mehr erzeugt, als die Menschen hätten verbrauchen können.

Aus den falschen Theorien von Marx zog Friedrich Engels die politischen Folgerungen in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft":

> „Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden (?) Produktionsmittel in öffentliches Eigentum ... Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich."

Und im kommunistischen Manifest verkündeten Marx und Engels:

> „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren."

Dazwischen aber stand jener verräterische Satz:

> **„Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen besonders für den Ackerbau."**

So gibt es ja auch auf den Ländlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) in der Deutschen Diktatorischen Republik DDR „Brigadiers", die ihre „Arbeitsbrigaden" kommandieren. Kommu-

nismus ist praktisch Kommandismus! Und um diese Ziele zu erreichen, erklärte Marx im Jahre 1849 unmißverständlich in der „Neuen Rheinischen Zeitung",

„daß es nur e i n Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel — den revolutionären Terror."

Und am 8. Dezember 1866 schrieb er seinem Freund und Mäzen Engels:

„Ohne Köpfen geht das Ding nicht."

Heute würde das heißen: ohne Terror, ohne Bomben und Geiselnahme geht es nicht. Stalinismus und Terror sind also nicht Betriebsunfälle des Marxismus, sondern seine Konsequenz, seine praktischen F o l g e n.

Betrachten wir nun diese Folgen.

Der Marxismus erwies sich als zweierlei: Wo man versuchte, ihn in die Tat umzusetzen, erwies er sich als ein Prokrustesbett, in das gewaltsam zur Macht gekommene Diktatoren die Gesellschaft zu pressen suchten.

Wo man es — vergeblich — auf demokratischem Wege versuchte, war und ist er ein **I r r l i c h t**, das die Völker vom richtigen Wege zur Lösung der Sozialen Frage ablenkt. Irrlichter sind ein Naturereignis — das marxistische Irrlicht jedoch wird von Menschen für Menschen angezündet, die verführt werden sollen.

Beschäftigen wir uns zunächst mit der Methode Prokrustes und deren Folgen.

3. Marxisten kommen in Rußland zur Macht

Im Jahre 1917 kamen in Rußland Kommunisten zur Macht. Die Führer dieser Revolution waren allesamt intellektuelle Berufsrevolutionäre und weder Arbeiter noch Bauern. Die Bauern mißbrauchte man für diese Revolution, indem man ihnen „Land! Land!" versprach, worauf sie ihre Großgrundbesitzer umbrachten — um dann selber zu Millionen umgebracht zu werden, als man ihnen dieses Land wieder abnahm, um daraus Latifundien, Staatsgüter zu machen. Ebenso erging es den Arbeitern, die sich den „Sozialismus" anders vorgestellt hatten. Auf 60 Millionen schätzt man die Opfer dieses Völkermordes. Wieweit diese Machtergreifung durch finanzielle Hilfe aus dem Ausland finanziert worden ist, ist bis heute nicht restlos geklärt.

War Lenin ein gläubiger Marxist? Oder diente ihm diese Ideologie nur zur Narkotisierung der Volksmassen?

Am 23. November 1907 schrieb der berühmte russische Schriftsteller Maxim Gorki in „Nowaja Schisnj":

„Das Volk wird in einem Meer von Blut dafür zahlen müssen"

Lenin, Trotzki und alle die anderen, die ihnen in die Jauchegrube der Wirklichkeit folgen, stimmen offensichtlich darin überein, daß „wir jeden Russen in unsere Angelegenheiten ziehen können, indem wir ihn entehren". Und so sehen wir die Revolution und die Arbeiterklasse kalten Herzens entehrt und die Arbeiter dazu getrieben, blutige Massaker und Pogrome zu veranstalten ...

Diese Leninisten bilden sich ein, sie wären die Napoleone des Sozialismus, und so, wie sie das Land behandeln, führen sie den Untergang Rußlands herbei. Und das russische Volk wird in einem Meer von Blut dafür zahlen müssen ... Lenin ist eine der energischsten Gestalten der internationalen Sozialdemokratie, und als vielseitig begabter Mensch weist er alle Fähigkeiten eines „Führers" auf — insbesondere den völligen Mangel an moralischem Bewußtsein ...

Lenin ist ein „Führer" und ein russischer Aristokrat ... und aus diesem Grunde glaubt er das Recht zu haben, dem russischen Volk ein grausames Experiment aufzuzwingen, das von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist ...

Lenin bekümmert es nicht im geringsten, daß Rußland eine solche Tragödie durchmachen muß. Er ist ein Sklave des Dogmas, und seine Anhänger sind wiederum seine Sklaven. Er weiß nichts vom Leben in seiner verwickelten Vielgestaltigkeit; er weiß nichts von den Massen; er hat nicht unter ihnen gelebt ...

Er verbringt seine Zeit wie ein Chemiker in seinem Laboratorium, jedoch mit dem einen Unterschied: Der Chemiker arbeitet mit unbelebter Materie, während Lenin am lebendigen Fleisch arbeitet und die Revolution ins Verderben reißt. Rechtschaffene Arbeiter, die Lenin auf seinem Weg folgen, sollten begreifen, daß er an ihnen ein entsetzliches Experiment vornimmt, und dieses Experiment wird zur Vernichtung der besten Kräfte unter den Arbeitern führen ...

Im Jahre 1918 erschien in Moskau und später auch in deutscher Übersetzung (noch vorhanden

in der Hamburger Staatsbibliothek) das „ABC des Kommunismus". § 121 lautete:

„Die kommunistische Gesellschaft wird kein Geld mehr kennen. In ihr wird jeder Arbeiter Produkte für den gemeinsamen Gebrauch erzeugen. Er wird auch keine Bestätigung darüber erhalten, daß er das Produkt abgeliefert hat, d. h. er wird kein Geld bekommen. Gerade so wird er auch kein Geld an die Gesellschaft zahlen, wenn er etwas aus dem gemeinsamen Vorrat bekommen hat."

Nun könnte jemand einwenden, daß dies doch nur eine Zukunftsforderung gewesen sei, aber unmißverständlich heißt es weiter:

„Das Geld verliert gleich am Anbeginn der sozialistischen Revolution allmählich seine Bedeutung... Der stärkste Schlag wird aber dem Geldbestand durch die Einführung der Budgetbücher und durch Bezahlung der Arbeiter mit Produkten versetzt. In das Arbeitsbuch wird eingetragen, wieviel der Betreffende geleistet hat, d. h. wieviel ihm der Staat schuldet. Und auf dieses Buch wird der Arbeitende im Konsumverein" (vermutlich eine falsche Übersetzung aus dem Russischen) „Produkte erhalten."

Hier spukte also die Marx'sche Werttheorie in den Köpfen, und man braucht nur zu fragen, in welche Beziehung man eine Eintragung von „8 Stunden Straßenkehren" zu „8 Stunden Kartoffeln" setzen kann.

Um aber zu diesem Ziele zu gelangen, wollten Lenin und Genossen „das langsame Verschwinden des Geldes" gleich am Anbeginn ihrer Revolution durch eine „riesige Papiergeldemission" und dessen „elementare Annullierung" herbeiführen.

Und dies gelang ihnen tatsächlich — mit der Folge, daß die gesamte Wirtschaft Rußlands zusammenbrach. Die Städter verhungerten (in Odessa kam es zu Menschenfresserei), die Bauern sorgten nur für sich — und wurden erschlagen oder deportiert. Der Marxismus war bereits am Beginn einer siegreichen Revolution praktisch gescheitert.

Lenin kehrte zum Gelde in seiner kapitalistischen, hortbaren Gestalt zurück, obgleich Friedrich Engels gewarnt hatte:

„So kann er nicht verhindern, daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die anderen mit dem ihnen gezahlten Lohne nicht auskommen... Die Wucherer verwandeln sich in Beherrscher des Zirkulationsmittels und damit (!) in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren."

(Siehe Friedrich Engels im sogen. Anti-Dühring.)

Und seitdem ist Sowjet-Rußland, ist die „Sozialistische Sowjetrepublik" lediglich eine Mischung aus Planokratie und Plutokratie, gestützt auf einen ungeheuren Militär- und Polizei-Apparat.

Als der Thüringer SPD-Abgeordnete Erich Mäder — übrigens gegen den Willen seiner Partei — an einer der damals üblichen „Rußlanddelegationen" (zur Vorführung potemkinscher Dörfer) teilnahm, berichtete er in „Zwischen Leningrad und Baku", daß er in Leningrad überall Plakate sah, die für eine „große innerstaatliche Prämienanleihe" warben: „Wer 25 Rubel zeichnet, kann 100 000 Rubel gewinnen". Als er den „Volkskommissar für Finanzen" danach fragte, habe ihm dieser geantwortet, es sei notwendig gewesen, den „Kriegskommunismus" (also den Marxismus!) zu liquidieren und eine „gutgedeckte Goldwährung einzuführen". Als Mäder ihn auf die Warnungen Engels' hinwies, erhielt er die Antwort, Engels habe ja „nicht wissen können, daß wir im Jahre 1926 in der Sowjetunion die neue ökonomische Politik haben würden" — es war und ist die alte, staatskapitalistische!

Weil Mäder — 1934 an einer plötzlichen Gehirnerkrankung gestorben — in der damaligen SPD für die Erkenntnisse Gesells eintrat, wurde er 1932 von der Parteiführung gemaßregelt — die SED-Führung mißbraucht ihn heute noch als „Opfer des Faschismus".

Auf die Frage, ob man denn im Sozialismus immer noch das Geld abschaffen wolle, soll Radio Eriwan geantwortet haben, man habe sich inzwischen auf einen Kompromiß geeinigt: In Zukunft solle es so sein, daß die einen Geld haben — und die anderen keins.

Ob Lenin erkannt hatte, daß die Ideologie des Karl Marx zwar jeder realen wirtschaftlichen Grundlage entbehrte, wird man im Nachhinein nicht mehr feststellen können — sicherlich aber wußte er, daß man mit der Fata morgana eines Zukunftsstaates, wo „jeder (nur) entsprechend seinen Fähigkeiten arbeitet — aber ohne Rücksicht auf seine Leistung alle seine Bedürfnisse befriedigen kann", „nützliche" Anhänger dazu veranlassen konnte, ihm zur Macht zu verhelfen. Aber als dieses System an der Natur der Menschen scheiterte, die einen Lohn entsprechend der Leistung fordern, bequemte man sich zu einer Sünde wider den Ungeist Karl Marx und überließ den Kolchose-Staatssklaven 1,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur privaten Nutzung. Und siehe da: Dort und in den privaten Viehstäl-

len werden bereits 28 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion erzeugt, mehr als die Hälfte aller Kartoffeln, gut ein Drittel der Eier und des Gemüses und 31 Prozent des gesamten Fleisches!

Das Blatt der (privilegierten) Sowjet-Intelligenz „Liturnaja Gasetta" wunderte sich: „Wo findet der Arbeiter vom Dorf (lies: Kolchose) Zeit, auch noch seinen Privatacker zu bewirtschaften, wenn es angeblich nicht genügend Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gibt?" 60 Jahre Sowjetherrschaft haben offenbar immer noch nicht genügt, um den „neuen Menschen" zu züchten, der „aus gesellschaftlichem Bewußtsein" arbeitet und nicht, weil er für mehr Leistung auch mehr Lohn erwartet.

Ein ganz „Nützlicher" theoretisierte in der „Iswestija", „unter dem Mäntelchen des Handels mit Überschüssen von Privatparzellen vollzieht sich eine offene Akkumulation von Kapital". Die Duldung solcher Privatinitiative führe zu „Profitgier" und wirke sich negativ aus auf die Erziehung des „neuen Menschen von hoher kommunistischer Moral" — wie sie von den Redakteuren der Iswestija" verkörpert wird? Dahinter aber verbirgt sich lediglich die Furcht der Machthaber des „Kommandismus", d. h. der als „Kommunismus" getarnten Kommando-Wirtschaft, daß wieder selbständig gewordene Bauern sich auch politisch der sowjetischen Gewaltherrschaft der „Kommandisten" widersetzen könnten.

Gleichzeitig duldet man bis zu einem gewissen Grade den Schwarzhandel, mit der Folge, daß Anfang Dezember 1977 aus Moskau berichtet wurde:

> **Schwarzhändler erkaufen sich das Lottoglück** AP, **Moskau**
>
> Die professionellen Schwarzhändler in der Sowjetunion haben Konkurrenz bekommen. Wie die Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda" berichtete, zeichnen geschäftstüchtige Jugendliche sowjetische Produkte mit ausländischen Herstellerzeichen aus und verkaufen sie dann mit hohem Gewinn. So hätte eine dieser Schwarzhändlergruppen Hunderte von Rubel damit verdient, daß sie T-Shirts mit einem deutschen Markenzeichen versehen und die Hemden dann zum fünffachen Preis losgeschlagen habe.
>
> Ansonsten ist es in der Sowjetunion noch immer so, daß man auf dem schwarzen Markt fast alles bekommen kann, was in den Geschäften fehlt. Es gibt Leute, die sich ganze Unternehmen für die Produktion von Mangelwaren wie Lippenstifte, Kunststoff-Tischtücher und Damenschals aufgebaut haben.
>
> Nervös werden die Schwarzhändler meist erst dann, wenn ihr illegaler Verdienst an die Millionengrenze heranrückt. Da sie ihren Reichtum nicht öffentlich zur Schau stellen können, leben sie oft in schäbigen Wohnungen und verzichten auf jedwede Luxusgüter.
>
> Sehr gefragt unter diesen Millionären ist ein Gewinnlos der Staatslotterie. Mit Hilfe der in den Zeitungen erscheinenden Gewinnlisten gelingt es ihnen manchmal, Hauptgewinner ausfindig zu machen, und denen bieten sie dann das Doppelte der Gewinnsumme für die Überlassung des Loses an. „Mit einem solchen Gewinnlos", soll einer der Millionäre gesagt haben, „bin ich fein 'raus. Ich bin ganz offiziell reich."

Aus politischen Gründen der Machterhaltung kann man weder die Bauern freigeben — noch die Industrie von den Reibungsverlusten der Bürokratie befreien. Und wie alle Systeme, die mit ihrer inneren Ordnung nicht fertigwerden, weicht man aus in militärische Machtentfaltung, in Imperialismus und bedroht ständig den Weltfrieden.

Kritiker, Dissidenten wie Solchenizyn und Sacharow werden eingekerkert oder in Irrenhäuser gesperrt.

Und sollten die Bauern aufgrund ihrer neugewonnenen wirtschaftlichen Freiheiten widerspenstig werden und ihre volle Freiheit verlangen, wird man wieder einmal säubern und liquidieren. 50 Jahre nach der bolschewistischen Revolution schrieb der in der Schweiz emigrierte Komponist André Volskonsky:

> „Wenn die Sowjetunion ein sozialistisches Land ist, was soll man denken über ihre sechzig Millionen Opfer, ihr superausgebeutetes Proletariat, ihre auf den Stand der Versklavung reduzierten Bauern, ihre zerstörte Kultur, ihr Kolonialimperium und ihren Polizeiapparat, der in der Geschichte der Menschheit der schrecklichste ist?"

Und aufgerüttelt durch die Bücher von Solschenizyn schrieb der ehemalige französische Kommunist André Glucksmann in einem Buche „Über die Beziehungen zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager":

> „Wenn wir im gelehrten Ton von der Sowjetunion reden — diesem Staat, der . . . für sich den Ruhm beanspruchen kann, schon viel mehr Deportierte umgebracht zu haben als

die Zahl der Toten in den Nazi-Lagern – wenn wir ihren Raum sozialistisch nennen und ihre Geschichte revolutionär, was läßt uns dann taub werden für das offene Gelächter, das kommende Generationen über unsere theoretischen Debatten erheben werden? Was hat uns denn so blind gemacht für alle diese Tränen und das Blut unserer Zeit?"

Die sowjetischen Konzentrationslager, schrieb Glucksmann, seien „der konsequente Ausfluß eines Marxismus, der in der Sowjetunion zur Wissenschaft des Staates gerann, zur Kunst, die Völker zu zähmen."

Offen bleibt auch bei Glucksmann allerdings, was er an die Stelle dieses marxistischen Sozialismus setzen will – den alten Kapitalismus?

Das also ist übrig geblieben von jenem angeblich wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels und ihrem Irrlicht. Muß man sich nicht fragen, wie es möglich war und noch immer ist, daß Millionen von Menschen in diesem Sozialismus/Kommunismus das Heil, die Rettung erblikken? Aber lehrt nicht die Geschichte der Menschheit, wie nahe bei den Massen das „Hosiannah" und das „Kreuzige" liegt? Wie vielen Idolen sind die Massen schon verfallen, wenn man an ihre Gefühle appellierte – und ihren Verstand ausschaltete!

Oder hat es Allah wirklich gewollt, daß seine Gläubigen Mohameds Lehre mit Feuer und Schwert verbreiteten? Hat es Gott gewollt, daß die Kreuzritter mit frommen Gesängen auf den Lippen die Araber Palästinas überfielen? Oder daß im Dreißigjährigen Krieg Deutsche, die zu demselben Gott beteten, sich solange bekriegten, bis von 16 Millionen nur noch 4 Millionen am Leben waren? Gibt es einen Gott, der einem Volke dieser Erde alle anderen Völker als Diener ausliefern will, so daß sie vor ihm in den Staub sinken?

4. Marxismus in China

Bevor wir uns den Folgen des Marxismus/Sozialismus in Europa zuwenden, werfen wir einen Blick auf Rot-China. Auch dort versuchte man, aufgrund der Theorien von Marx, die Marktwirtschaft durch eine Planwirtschaft zu ersetzen. Praktisch bedeutet dies ja, daß die Macht des einzelnen, die in der Marktwirtschaft ihre Grenze an der Macht der anderen findet, sich in einer Spitze konzentriert, und daß dann um diese Machtspitze ein erbitterter Kampf stattfindet. Solange ein charismatischer Führer lebt – wie es Mao zweifellos war – müssen die anderen wohl oder übel sich seiner Macht beugen – sofort nach seinem Tode aber entbrannte ein mörderischer Kampf zwischen den Diadochen, der „Vierer-Bande" und ihren Gegnern.

Dr. Herbert Kremp, nach Peking versetzter ehemaliger Chefredakteur der WELT, berichtete am 7. Februar 1978 über diesen Kampf – um die Macht.

Hua Kuo-feng will die Massen in dem Glauben lassen, sie könnten durch Komitees sich an den Entscheidungen beteiligen – die in Wirklichkeit von der kommunistischen Parteispitze getroffen werden.

Teng Hsiao-ping setzt auf materielle Anreize für Arbeiter – damit, meint Kremp, gerate China unter das „Gesetz des Westens", also des „sozialen Kapitalismus".

Dieser „Westen" aber ist nicht gekennzeichnet durch diese materiellen Anreize, sondern durch das Gesetz des Kapitalismus, d. h. der Rentabilität, der Kapitalbedienung durch die Arbeitenden. Welche Genugtuung für die Verfechter dieses Systems, wenn auch China aus der Sackgasse des Kommunismus nun in die des Kapitalismus geraten würde, statt auf dem dritten Wege zu einer freien und sozial gerechten Ordnung zu gelangen, jenseits von Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus.

Am 12. März brachte die WELT am SONNTAG einen weiteren Bericht Kremps aus Peking über zwei große, von 6 000 Delegierten besuchte Kongresse. Die chinesischen Machthaber wollen demnach den Arbeitermassen „materielle Anreize" für höhere Leistungen gewähren, man führt sogar wieder Akkordlöhne ein, um die Produktion zu steigern, Arbeitskräfte sparen und die Sozialkosten zu senken – womit sie verbrennen, was sie bisher anbeteten – aber „China soll Billiglohn-Land bleiben", womit sie das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verweigern. „Warenmenge, Geldumlauf und der Markt (Preise) bleiben unter strengster Kontrolle: China will keine Inflation (es hat keine)." So Kremp. Auf den Versuch, „Werte" ohne Geld zu „berechnen", hat man also verzichtet – aber ob man auf die Dauer eine Inflation vermeiden kann, wenn man den Umlauf des Geldes nicht sichert, bleibt abzuwarten.

Vom Marxismus bleiben in China nur noch die roten Fahnen, aber die in Europa tätigen Maoisten haben das offenbar gar nicht gemerkt.

5. Marxismus in Kuba

Werfen wir noch einen Blick auf den kubanischen „Kindergarten" Moskaus

Nach einem Kuba-Besuch meinte der französische Schriftsteller Jean-Paul Sartre, dort mühten sich

die „Kinder an der Macht", ihren (marxistischen!) Traum vom „Überfluß ohne Egoismus" zu verwirklichen. Vorträumer Fidel Castro!

Laut SPIEGEL Nr. 5/1978 sah das so aus:

> „Wohnungsmieten wurden abgeschafft, für Telephon, öffentliche Transportmittel, Erziehung, ärztliche Betreuung und Behandlung brauchten die Kubaner keinen Pfennig mehr zu bezahlen. Der materielle Anreiz zur Arbeit, verkündete Ché Guevara 1963 vor Textilarbeitern in Ariguanabo, habe „in der neuen Gesellschaft keinen Platz". An seine Stelle sollten „moralische Anreize", „Pflichtgefühl", „neues revolutionäres Bewußtsein" treten.
>
> Rentabilitätsrechnungen und Budgets erschienen „einigen von uns" (so Castro später selbstkritisch) als verachtenswerte Überbleibsel des Kapitalismus. Die Regierung bestellte zum Präsidenten der Nationalbank Ché Guevara, den Mann, der das Geld am liebsten abschaffen wollte, und löste 1965 gar das Finanzministerium auf, mußte es allerdings wenige Jahre später wieder etablieren."
>
> DER SPIEGEL, Nr. 5/1978

Natürlich klappte das nicht:

> „Da sämtliche materiellen Anreize abgeschafft waren und es außerhalb der (heute noch angewandten!) Rationierung ohnehin nichts zu kaufen gab, hörten viele Kubaner schon auf zu arbeiten, sobald sie genug Lohn beisammen hatten, um jeweils ihre gesamte Monatsration kaufen zu können." (SPIEGEL)

Das „Kind" Castro schickte seinen Freund Guevara in den sicheren Tod, sperrt ständig einige Tausend seiner Gegner ein, sprach von „utopischen Perioden, die Revolutionen zu haben pflegen" (weil ihre Führer Utopisten sind!) und kehrte zum (kapitalistischen!) Geldsystem und zu „materiellen Belohnungen" für Mehrarbeit zurück. Da auch diese Mischung nicht funktioniert, läßt er seine militärischen Expeditionen in Afrika von Moskau finanzieren. Moskau liefert das Geld – Kuba das Blut. „Sozialismus" auf kubanisch!

Zum Marxismus bekennen sich in den sozialistischen Ländern nur noch die Nutznießer des Systems – das gilt nicht nur für Sowjet-Rußland, sondern auch für seine als „Volksdemokratien" getarnten Protektorate Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei und natürlich für die „Deutsche Demokratische Republik" DDR.

6. Marxismus in Polen

Blicken wir nach Polen, dem beliebten Reiseziel westdeutscher, linker Politiker, dem Staate, der in Umkehr nationalsozialistischer Programme von Blut und Boden seinerseits Millionen Deutscher aus ihrer Heimat vertrieb und die wenigen Verbliebenen kulturell unterdrückt.

Hier hat man erst gar nicht versucht, das marxistische Rezept der geldlosen Wirtschaft auszuprobieren, sondern versucht es gleichzeitig mit zwei Währungen, einer weichen polnischen und einer „harten", die offiziell nur für sogenannte „Pewex-Läden" gilt, wo man für Devisen alles kaufen kann, was das Herz begehrt: Häuser, Fernseher, Autos, Bekleidung – wenn man Devisen besitzt. Das HANDELSBLATT berichtete am 31. August vorigen Jahres, daß auch die 7000 Lebedamen in Warschau fast ausnahmslos nur gegen harte Währung arbeiten – 50 Dollar seien der Standardpreis für einfache Bedienung.

Der polnische Philosoph Leszek Kalokowski, der 1969 Polen verließ und heute in Oxford lehrt und 1977 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, äußerte in einem Gespräch mit der ZEIT:

> „Die Behauptung, der wirkliche Wert der Waren sei nichts anderes als die kristallisierte Arbeitszeit, hat etwa soviel Beweiskraft wie die Feststellung, Opium wirke einschläfernd, weil es eine einschläfernde Kraft besitzt. Man darf nicht sagen, daß Marxismus eine Methode der Geisteswissenschaften darstellt; vielmehr ist er als politische Ideologie eingesetzt. Und er ist die Quelle irrationaler Hoffnung. Der Marxismus ist eine Scheinmythologie ... auch der ‚demokratische Sozialismus' ist kein Modell ... Demokratie und Kommunismus – es sei denn, man füllte diese Worte mit einem Sinn, der dem tradierten diametral entgegengesetzt ist – schließen einander aus. An das Gegenteil zu glauben, ist eine Farce."

Natürlich vermag auch Kolakowski keinen dritten Weg zu zeigen, was jedoch an seinem vernichtenden Urteil über den marxistischen Sozialismus/Kommunismus nichts ändert: Marxismus ist das Opium für die Völker.

Über den Widerstand gegen das polnische Prokrustesbett urteilte der polnische KP-Chef, er richte sich gegen den „Sozialismus" – was immer er darunter verstehen mag – und wolle kapitalistische Verhältnisse erneuern. Vermutlich handelt es sich um Kreise, die eine kapitalistisch verfälschte Marktwirtschaft dem vorziehen, was sie in Polen unter einer neuen, sozialistischen Ausbeuterklasse erleben bzw. erleiden müssen.

Aber selbst wenn Gierek Kenntnis hätte von einem d r i t t e n Weg jenseits von Sozialismus/ Kommunismus und Kapitalismus, würde er ihn

kaum gehen können — in einem Staat, der eingeklemmt ist zwischen der Sowjetmacht und ihrem willfährigsten Protektorat, der „Deutschen Diktatorischen Republik".

7. Marxismus in der DDR

Auch hier kam der Marxismus nicht auf demokratischem Wege zur Macht. Unter dem Schutz sowjetischer Bajonette wurden die Sozialdemokraten gleichgeschaltet, wurden alle Bauerngüter über 100 Hektar an „Neusiedler" zerstückelt — und dann zu Kolchosen zusammengepreßt, wurden die „Kapitalisten" enteignet und ihr Besitz „vergesellschaftet", und wurden Widerstrebende in die Konzentrationslager gesperrt, die man von den „Nazis" übernommen hatte.

Und auch hier schaffte man nicht nach Marx'schem Rezept das Geld ab, sondern führte die „Ost-Mark" ein — mit dem Ergebnis, daß — außer Polizei und Armee — nichts funktioniert. Um die Devisennot der Staatswirtschaft zu mildern, richtet man — wie in Rußland — Sonderläden ein, wo man mit „Währung" (so der neue Sprachgebrauch!) d. h. mit D-Mark, alles kaufen kann.

Und da alles noch nicht ausreicht, um das Zahlungsdefizit auszugleichen, fängt man Tausende von „Verdächtigen" bzw. willkürlich verdächtigten Bürgern, sperrt sie in die Konzentrationslager, die man von den „Nazis" übernommen hat, und verkauft sie gegen harte D-Mark an die Bundesrepublik, 1000 Stück im Jahre 1977 zum Kopfpreis von 40 000,– DM „Währung". Weitere 6000 hat man bereits wieder „auf Lager".

Die Arbeiter in der „DDR" aber können zu Überstunden gezwungen werden. Ordnet der Betriebsleiter solche Mehrarbeit an, dann führt die Weigerung des Arbeiters zur Kürzung seiner Bezüge. Beruft sich jemand auf die in Helsinki feierlich beschworenen Menschenrechte, die jedem freistellen, in welchem Lande er wohnen will und stellt einen Antrag auf Ausreisegenehmigung, verliert er seinen Arbeitsplatz und wird verhaftet. Kein Wunder, daß man dieses System des „realen Sozialismus" durch Mauer und Stacheldraht dagegen schützen muß, daß seine Zwangsinsassen mit den Füßen abstimmen.

Im „Kleinem Politischem Wörterbuch" der „DDR" wird behauptet:

> „In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition keine objektive politische oder soziale Grundlage."

Und was „objektiv" richtig ist, bestimmt das allwissende Zentralkomitee.

Am 5. Mai 1968, zum 150. Geburtstag des Karl Marx verkündete das Zentralorgan der SED mit religiösem Pathos:

> „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist."

An die Stelle der Allmacht Gottes ist, wie man sieht, die Allmacht des Karl Marx getreten.

Kurz vor der 30jährigen Wiederkehr des Jahrestages, an dem die „Deutsche Diktatorische Republik" DDR von der allmächtigen russischen Besatzungsmacht installiert wurde, sperrte man den Regime-Kritiker Rudolf Bahro ein, der in seinem Buche „Die Alternative" den in der DDR angeblich „real existierenden Sozialismus" so gekennzeichnet hat:

> „Besonders untauglich geworden ist der Begriff der Arbeiterklasse. Jenseits des Kapitalismus dient er nur noch zur Verhüllung und Pseudolegitimation (Anm.: Scheinbegründung) der Macht. Von einer Herrschaft der Arbeiterklasse kann gar keine Rede sein. Schon gar nicht für die Zukunft. Der Apparat herrscht über sie. Die Arbeiter haben in dem Staat, dem man ihren Namen gibt, ebensoviel zu sagen wie die gemeinen Soldaten in einer regulären Armee."

Nun, das hätte man ja schon anhand von Marx' Forderung der Aufstellung von „industriellen Armeen" voraussagen können.

Daß Bahro trotzdem immer noch Marxist ist und an eine „kommunistische Minderheit" glaubt, die den wahren Sozialismus verwirklichen könne, beweist nur die Begriffsverwirrung im Lager der Sozialisten.

Und dieser Verwirrung begegnet man auch in jenem Papier, das DER SPIEGEL Anfang dieses Jahres veröffentlichte. Da wird zwar treffend kritisiert, daß im „Arbeiter- und Bauernstaat" DDR „ein unüberschaubares Heer von nichtsnutzigen Parasiten im Partei-Apparat" von den Arbeitenden ernährt werden muß, daß der Parteivorsitzende Honecker „die Häuser seiner Verwandtschaft mit modernstem West-Komfort vollstopft", seinen Verwandten Posten verschafft und sich die Spitzenfunktionäre „Gespielinnen" halten nicht anders als die fürstlichen Hoheiten vergangener Zeiten, kurz daß dieser „reale Sozialismus" nichts anderes ist als ein Selbstbedienungsladen für verschwägerte Spitzenfunktionäre. Der SED-Chef Honecker soll geäußert haben, er habe sich den Sozialismus ganz anders vorgestellt.

Daß aber diese Zustände lediglich die unvermeidbare Folge einer falschen Theorie sind, haben die Verfasser jenes Manifestes ebenso-

wenig erkannt. „Wir sind für Marx, nicht für Murx", erklären sie — als ob das nicht dasselbe sei. „Führende Wirtschaftswissenschaftler" hätten „eindeutig festgehalten, daß die Wertgröße und ihr Geldausdruck bei diesem Chaos überhaupt nicht meßbar" sei. Die Wertgröße ist aber überhaupt nicht meßbar, weil es sie nicht gibt, und ein Versuch, mit „Werten" zu rechnen ist die Ursache des Chaos. Daher ist auch die von ihnen geforderte „reale Planung" gar nicht möglich, sondern nur eine willkürliche Planung, die zu eben diesen Ergebnissen führt — und die Aufforderung der „Zentralen Koordinierungsgruppe", das Ideengut der Reformkommunisten Europas und Japans zu propagieren und zu popularisieren, führt lediglich aus der einen Sackgasse in die andere.

„Den Marxismus-Leninismus stößt der Jugendliche (in der DDR) als wertlos ab. Doch wird er dadurch meistens theorielos und verharrt in bloßer Opposition ohne eine greifbare Alternative ... Angebote aus der liberalen Mitte fehlen völlig, und die Politik in der Bundesrepublik lehnt es leider ab, zur moralischen Stütze im anderen Teil Deutschlands zu werden."

Kann man treffender die trostlose Lage junger Menschen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands kennzeichnen, als es der junge Ost-Berliner Nico Hübner tat, der unter Berufung auf den Vier-Mächte-Status von Groß-Berlin sich weigerte, in der Roten Armee Militärdienst zu leisten, unter Berufung auf die Beschlüsse von Helsinki einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik stellte — und prompt verhaftet wurde?

Nico Hübner — Sohn linientreuer SED-Funktionäre — ist klug und mutig genug, um den Marxismus-Leninismus zu durchschauen als eine bloße Ideologie, eine Fehlmeinung zur Tarnung von Machtinteressen — ohne jeden theoretisch-sachlichen Wert. Aber er sieht bzw. kennt keine echte Alternative jenseits dieses Dogmatismus und der unmoralischen, weil kapitalistischen Praxis, im anderen Teile Deutschlands, wo die Liberalisten Scheel, Lambsdorff, Genscher sich scheuen, aus dem Liberalismus die sozialen Konsequenzen zu ziehen. Und so gerät nach Nico Hübner nicht nur die Jugend der DDR in einen „destruktiven Nihilismus, der alle Werte ablehnt."

Der Tatsache, daß auch Rudolf Bahro in seinem Buche DIE ALTERNATIVE (Europäische Verlagsanstalt) keine Alternative zeigt, die dem Kapitalismus gefährlich werden könnte, verdankt er zwar eine weitgehende Beachtung in den Gazetten, macht aber die Lage noch auswegloser. Bahros Vorwurf richtet sich gegen die Machthaber in der DDR, daß sie es versäumten, entsprechend der Marx'schen Wertlehre die Preisbildung durch eine „Arbeitszeit-Wertrechnung" zu ersetzen — ein hoffnungsloses Unterfangen, dem schon Lenin Millionen seiner Untertanen opferte, bevor er zur kapitalistischen Form der Geldwirtschaft zurückkehrte.

8. Marxismus in der Tschechoslowakei

Auch hier entwickelte sich die Gesellschaft nicht geschichtlich zwangsläufig vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern eine Minderheit strafforganisierter kommunistischer Parteifunktionäre ergriff nach 1945, gestützt auf die Rote Armee, die Macht und setzte an die Stelle der Marktwirtschaft eine Befehlswirtschaft (= Kommandismus) mit all ihren Folgen für die Bevölkerung. Ein Teil der zunächst mit den sowjetrussischen „Befreiern" kollaborierenden tschechischen Politiker aber merkte schließlich, daß es diesen gar nicht um den „Sozialismus" ging, sondern — wie Breschnew bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings", Dubjek anbrüllte, nur um die Macht.

Dubjek und seine Freunde aber glaubten an die Möglichkeit eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", an einen „freiheitlichen Sozialismus", und hofften, die Massen gewinnen zu können, wenn sie die Befehlswirtschaft etwas lockerten. Aber auch ein Nadelstich ist für einen Luftballon auf die Dauer tödlich — der „Prager Frühling" glich einem solchen Nadelstich in den Luftballon der marxistischen Ideologie, und Moskau klebte ihn zu, mit Gewalt, mit Panzern und mit Blut.

Den Beweis aber dafür, was sie an die Stelle der sozialistisch/kommunistischen Wirtschaft hätten setzen können ohne einen Rückfall in das kapitalistische System, diesen Beweis sind die Politiker des Prager Frühlings — Ota Sik, Dubjek u. a. — bis heute schuldig geblieben.

9. Der Euro-Kommunismus

Um die abschreckende Wirkung dieses „Sozialismus" zu mildern, hat man nun den Begriff des „Euro-Kommunismus" erfunden, der angeblich alle diese Fehler des Ost-Kommunismus vermeide. Und 130 Unternehmer und Top-Manager waren bereit, gegen eine „Studiengebühr" von 1000,— DM eine zweitägige Veranstaltung eines „Instituts Hohenstein" Ende des vorigen Jahres in Frankfurt zu besuchen. Hauptreferent war Jochen Steffen, ehemaliges Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes und immer

noch nicht ausgeschlossenes Mitglied der SPD. In echt marxistischem Stil erklärte Steffen, Euro-Kommunismus habe „als Ziel die Aufhebung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung", Mißtrauen sei zwar notwendig, man solle jedoch „das Angebot der Euro-Kommunisten vorsichtig erproben".

Aufschlußreich sind zwei Urteile über den Euro-Kommunismus: Horst Ehmke, linker Flügelmann der SPD-Bundestagsfraktion und zwielichtige Figur für europäische Kontakte zwischen Sozialisten und Kommunisten, lobte den Euro-Kommunismus öffentlich als „Sieg der Demokratie". Er erhofft von ihm „die Überwindung der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung", d. h. zwischen den Sozialisten und den Kommunisten — deren intellektuelle Insider sich lediglich uneinig sind über das T e m p o auf dem Wege in die gleiche Sackgasse: i h r e Diktatur über die Arbeitermassen.

Österreichs Bundeskanzler Kreisky aber erklärte: „Einen unabhängigen Euro-Kommunismus gibt es nicht; da ist man einem großen Täuschungsmanöver der Sowjetunion aufgesessen."

Von „Freiheit, Pluralismus, sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten" redeten auf dieser Tagung Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens. Der Franzose Denis warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten „nirgends den Sozialismus verwirklicht", sie aber hätten als Ziel (!) „die tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft."

Während Horst Ehmke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, sich weigerte, der These von der Unmöglichkeit des Wandels dieser kommunistischen Parteien zuzustimmen, erklärte Rainer Barzel, CDU, j e d e r Kommunismus sei unliberal, unsozial, verletze die Freiheitsrechte, unterdrücke die Freiheit, etabliere eine reaktionäre polizeistaatliche Ordnung, behindere Geist und Bildung, Wohlstand und sozialen Fortschritt und sei reaktionär.

Was Barzel jedoch nicht sagte: Ohne den CDU-Kapitalismus gäbe es gar keinen Kommunismus!

10. Marxismus in Deutschland

Nachdem wir uns mit den Kommunisten auseinandergesetzt haben, wollen wir uns abschließend mit den Sozialisten marxistischer Färbung befassen, und zwar insbesondere den deutschen, jenen „demokratischen Sozialisten", die es nur weniger eilig haben auf dem Weg in die gleiche Sackgasse!

Im Jahre 1918 hatten infolge des Zusammenbruchs der alten Macht in Deutschland die Schüler des Karl Marx die Chance, ihren „Sozialismus", den sie jahrzehntelang gepredigt hatten, zu verwirklichen. Zweierlei verunsicherte sie: Die blutigen Ereignisse in Sowjet-Rußland und ihre Zweifel am marxistischen Sozialismus überhaupt, die zum sogenannten Revisionismus geführt hatten. Dessen Hauptvertreter war ein Eduard Bernstein, 1850 geboren. Er starb 1932. Ihm war klar, „daß die Probe auf jede Theorie nur in der Erfahrung liegen kann", und da er offenbar der Theorie des Karl Marx mißtraute, erfand er den Satz:

> „Was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles."

Damit machte er die „Bewegung" zum Selbstzweck. Die Folgen dieses Pragmatismus waren verheerend.

Man wußte nicht, was man wollte:

> „Die Probleme des Sozialismus erscheinen immer schwieriger und verwickelter, je näher wir ihnen rücken. So einfach liegen die Dinge nicht, wie viele von uns noch vor vier Jahren meinten."

So der Austromarxist Karl Kautsky in „Die proletarische Revolution". Und noch deutlicher die „Leipziger Volkszeitung" am 29. September 1931:

> „Wir erzählen den Massen, daß der Sozialismus ein krisenloses solidarisches Wirtschaftssystem sei, das in einer Planwirtschaft gipfele, in der die Produktion nicht nach dem Gewinn, sondern nach dem Bedarf vor sich gehe. Aber abgesehen von diesem zentralen Gedanken, über den sich wohl alle Sozialisten als Ziel einig sind, existiert in keiner der sozialistischen Gruppierungen auch nur der mindeste Ansatz über die technisch wirtschaftlichen Maßnahmen, die hierzu notwendig sind."

Als ob man ein Irrlicht wie den „Bedarf" mit technisch wirtschaftlichen Maßnahmen überhaupt feststellen könnte!

Einig war man sich jedoch, daß an der Wertlehre des Karl Marx und damit an der Goldwährung nicht gerüttelt werden durfte — mochte darüber auch die Demokratie zugrunde gehen. Hierzu nur einige Beispiele:

In „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung" schrieb der Austromarxist Dr. Karl Renner:

> „Der Wert der Ware existiert, obgleich unsichtbar, in den Wirtschaftsdingen selbst. Der Wareneigentümer muß daher seine Zunge in deren Kopf stecken oder ihnen Papierzettel umhängen, um ihre Preise der Außenwelt mitzuteilen. Der Preis drückt eine bloß vorgestellte Geldmenge aus."

> „Geldzeichen werden immer wieder bezogen auf Gold, und sie gänzlich zu ersetzen auf der Basis der Warenzirkulation wäre ein ebenso simples als gefährliches Experiment."

Gefährlich war dieses „einfältige Experiment" natürlich nur für jene internationalen Finanzkreise, die Gold in ungeheuren Mengen in den USA gehortet hatten und nun befürchteten darauf sitzen zu bleiben, wenn man das Geld auf der Grundlage der Warenwirtschaft regulierte. Wessen Interessen vertraten diese Marxisten eigentlich? Welchen Herren dienten sie? Die Zusammenhänge zwischen Marxismus und Goldmacht werden noch deutlicher durch das, was der Austromarxist Benedikt Kautsky in der Einleitung zur Kröner-Ausgabe von Marx' Kapital schrieb:

> „Die Marx'sche Geldtheorie ist die konsequente Anwendung der Arbeitswerttheorie auf das Geldwesen ... Diese Anlehnung an das Gold ist die praktische Anerkennung der Marx'schen Geld- und damit Arbeitswerttheorie, weil durch sie zum Ausdruck gebracht wird, daß das Gold als das ‚Maß der Werte' anzusehen ist."

Die Marxisten lehnten jedoch die Wirtschaft nicht nur an dieses „Maß der Werte" an, sondern nagelten sie ans goldene Kreuz. Die F o l g e war, daß die „Aufwertung des Goldes" im Jahre 1929 zur sogenannten Weltwirtschaftskrise führte, die im 2. Weltkrieg endete.

50 Millionen Leichen liegen so still, schrieb ein Sigismund von Radecki, weil man damals auf der Börse so spekuliert habe. Nur die Schüler Silvio Gesells, die damals allein Widerstand leisteten gegen diese verbrecherische Politik, haben ein gutes Gewissen, daran nicht mitschuldig gewesen zu sein, während die Marxisten eifrig mitzogen an jenem goldenen Strick, mit dem die Freiheit erwürgt wurde.

Noch am Jahresende 1932 wurden mein Freund Erich Mäder und ich von der sozialdemokratischen Parteiführung in Berlin gemaßregelt, weil man „nicht zwei Herren dienen könne" — womit sie ja recht hatte. Vier Wochen später wurde Hitler von den goldgläubigen bürgerlichen Demokraten ermächtigt — während die marxistischen Diener des Goldenen Kalbes emigrierten. Es waren marxistische Intellektuelle, die diese F o l g e n verschuldeten.

Hat man daraus gelernt?

Noch im vorigen Jahre schrieb ein Führer der Jungsozialisten:

> „Es bleibe völlig unklar, was für die Jusos Sozialismus bedeutet und wo sozialistische Politik heute Elemente einer sozialistischen Zielvorstellung vorwegnehmen könnte."

Und ein Führer der sozialistischen Linken antwortete mir auf meine Frage nach solchen sozialistischen Elementen, das „wird sich während des Kampfes herausstellen."

Während in der Deutschen Diktatorischen Republik DDR ebenso wie in der UdSSR Marxismus Staatsreligion ist und schon jeder Zweifel an ihr verfolgt wird, ist es eigentlich unerklärlich, warum in der Bundesrepublik große Teile der studentischen Jugend sozusagen ihren Verstand opfern und für diese Irrlehre auf die Straße gehen, Vorlesungen bestreiken und ihre Professoren niederbrüllen und mit Eiern und Farbbeuteln bewerfen. Daß sie der verlogenen sogenannten Wohlstandsgesellschaft kritisch gegenüberstehen, ist verständlich — wer jedoch auf Wissenschaftlichkeit Wert legt wie die studentische Jugend, kann doch unmöglich übersehen, daß die Grundlagen des Marxismus — seine Wertlehre und die Mehrwertlehre und die Theorie vom Bedarf — lediglich die Grundblätter eines Kartenhauses sind, das bei kritischer Betrachtung in sich zusammenfällt.

Bisher ist es aber noch nie gelungen, Vertreter dieser Neo-Marxisten zu einer Grundlagen-Diskussion zu gewinnen. Einen Teil der Schuld daran tragen allerdings auch die Schulen, in denen sie das Abitur und damit die Berechtigung zum Studium erwerben, wo sie über vieles, was sie später im Leben nie brauchen werden, unterrichtet werden — nicht aber über die einfachsten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge richtig informiert werden. Und so ergeht es eben vielen wie dem jetzigen Präsidenten der Schweizer Nationalbank, der kürzlich äußerte, sogar nach Abschluß seines nationalökonomischen Studiums habe er über die Währungspolitik noch nichts gewußt!

Über die Mengenlehre werden bereits Schulanfänger unterrichtet, welche Rolle die Geldmenge in ihrem späteren Schicksal spielt, erfahren sie nicht. Um so leichter haben es dann diejenigen, die diesen geistigen Hohlraum mit der Ideologie eines Marx oder eines Marcuse füllen — um sie in die Sackgasse eines Tota-

litarismus zu lenken, aus der es dann keinen Ausweg mehr gibt — außer der gefährlichen Flucht über Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen.

11. Marxismus in der Schweiz

Vielleicht wäre der Welt viel erspart geblieben, wenn es den Schülern Silvio Gesells gelungen wäre, in der Schweiz den Schutzwall der Marxisten vor der Hochburg der Hochfinanz, der Geldburg, zu überwinden.

In einer Flugschrift von Fritz Schwarz „Kampf dem Kommunismus", die im Jahre 1951 erschien, berichtete Schwarz, wie er — als junger Sozialdemokrat — im Jahre 1915 versuchte, Gesell zu widerlegen — bis er „der Überzeugung war, daß Gesell Recht hatte und nicht Marx."

Inzwischen hatte er auch Karl Kautsky gelesen, der geschrieben hatte:

> „Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art von Unterdrückung. Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe nur deshalb zum Ziele, weil sie ... als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren ..., dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es gerade tun im Interesse dieses Endziels."

Und im guten Glauben, daß es den Führern der damaligen Schweizer Sozialisten nur um dieses Endziel gehe, fuhr Schwarz im Jahre 1917 zu dem damaligen Redakteur des „Volksrechts", Ernst N o b s. Der erklärte — was bezeichnend ist — er befasse sich mehr mit Politik als mit volkswirtschaftlichen Fragen, und so gingen beide zu einem Dr. Jakob Lorentz, der die wissenschaftliche Zeitschrift der Sozialdemokraten der Schweiz „Neues Leben" redigierte. Zu ihrem Erstaunen lag Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung" auf dessen Schreibtisch, und Lorentz sagte: „Gesell hat Recht und nicht Marx". Was ihn nicht hinderte, als späterer Professor an der Schweizer Universität Freiburg Gesell fortwährend in unsachlichster Weise anzugreifen.

Und 1918, mitten in der Inflation, schrieb der Sozialist Robert Grimm, es müßten „naive Leute sein, die glauben, daß die Vermehrung oder Verminderung von Banknoten irgendwelchen Einfluß auf die Preise hätte." Es ist derselbe Robert Grimm, der erklärte, in Theorie und Ziel gäbe es keinen Gegensatz zwischen Kommunismus und Sozialismus. Grundlage beider sei das Kommunistische Manifest des Karl Marx.

Fritz Schwarz wurde aus der Schweizer Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, offenbar weil er das Z i e l über den marxistischen I r r w e g stellte. Auf sein Betreiben sprach ich im Herbst 1932 in 10 Städten der Schweiz über das Thema: Geld und Arbeit. Im vollbesetzten Saale des Volkshauses in Zürich trat mir der Marxist Dr. Emil Walter entgegen und beschuldigte mich als I n f l a t i o n i s t, weil ich die Goldwährung ablehnte. Unter großem Beifall fragte ich ihn, woher er den Mut nehme sich „Sozialist" zu nennen, da er durch sein Eintreten für die Goldwährung sich mitschuldig mache an der Millionen-Arbeitslosigkeit, die doch nur zum Zusammenbruch der Demokratie und zum Siege des Faschismus führen werde.

Die Folge war, daß der Vorstand der Schweizer Sozialdemokratischen Partei sich beim Vorstand der SPD in Berlin beschwerte, ich hätte im Ausland die SPD — der ich damals angehörte — bekämpft (was eine glatte Unwahrheit war, wie mir heute noch vorliegende Zuschriften Schweizer Genossen bestätigten).

Da man „nicht zwei Herren dienen könne", wurde ich ohne Verfahren ausgeschlossen — vier Wochen, bevor meine Voraussagen sich bestätigten und Hitler zur Macht kam.

Der bekannte Wirtschaftsjournalist Kurt Pentzlin schrieb in seinem bei Econ erschienenen Buche „Marxisten überwinden Marx":

> „Der Marxismus in der Form, in der er heute noch besteht, ist heilbar. Er kann überwunden werden durch Kritik und dadurch, daß an seine Stelle, an die Stelle des übriggebliebenen Religionsersatzes, etwas überzeugend Besseres gesetzt wird."

Dem kann man nur zustimmen. Ebenso sicher ist jedoch, daß das bestehende kapitalistische System mit seinen Krisen, seinem Inflationsbetrug, seinem Ausweichen in die Rüstung als Konjunkturstütze, seiner Staatsverschuldung, seinem Bodenwucher, seinen scheinheiligen, durch Prozent-Mauern geschützten Wahlsystemen, seiner Volksverdummung durch die Massenmedien, keineswegs etwas überzeugend Besseres ist. Eine Kritik am Marxismus von der Basis dieses unsozialen und darum friedlosen Systems ist darum vor allem bei der Jugend völlig wirkungslos.

Nur wenn die Welt vom Geiste Silvio Gesells lernt, kann sie den Ungeist des Karl Marx und die F o l g e n seiner Irrlehren überwinden.

Und hier möchte ich feststellen: die Wahrheit bewegt sich doch!

12. Sie bewegt sich doch!

Noch im Jahre 1948 konnte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Wortlaut eines Vortrages, den der Professor Erik Nölting in Wuppertal gegen die Lehre Gesells gehalten hatte, verbreiten, in dem dieser behauptete, Geld sei lediglich ein bloßes Barometer des Wirtschaftswetters, und Silvio Gesell sei einer der vielen „Wunderdoktoren und Kurpfuscher".

Heute aber erklärt der ehemalige US-Finanzminister (unter Präsident Ford) William E. Simon in der „New York Times":

> „Falsch sind die am häufigsten genannten Gründe für den Dollar-Sturz. An den Devisenmärkten sinkt der Dollarkurs nur deshalb, weil zu viele ‚Greenbacks' gedruckt werden. Die USA müssen die ‚Notenpresse' (also nicht die Barometer-Fabriken) ‚anhalten'."

Heute fordert der neue US-Währungshüter G. William Miller:

> „einen starken Dollar, niedrige Zinsen, ausreichend Geld, Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Inflation".

Am 3. Februar 1978 sagte der Präsident der Schweizer Nationalbank, Dr. Fritz Leutwiler:

> „Die Kunst der Nationalbank besteht darin, die Geldmenge weder zu groß noch zu klein zu halten und sie so an die Produktionsmöglichkeiten der Gesamtwirtschaft anzupassen. Denn wenn zuviel Geld im Umlauf ist, gibt es bekanntlich (!) Inflation, wenn es zu wenig Geld hat, entsteht Deflation: Nicht nur sinken die Preise, sondern es entsteht Arbeitslosigkeit."

(Als wir dasselbe vor 1933 vertraten, wurden wir in der sozialistischen Presse von einem Ernst Heilmann als „Roßtäuscher und Gauner" beschimpft – heute ist es „bekanntlich"!)

Heute schreibt Dr. Gerhard Ziemer, ehemaliges Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank, in seinem im Seewald-Verlag Stuttgart erschienenen Buche „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie", Seite 150:

> „Der Name von Gesell muß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der großen Deflationskrise lobend erwähnt werden, weil es weitgehend die zuerst von Gesell entwickelten Grundansichten waren, die von den Reformern vertreten werden und in ihrer Weiterwirkung der heutigen Konjunkturbetrachtung zugrunde liegen."

Heute schreibt Professor Dr. Binn in seiner Schrift „Konsequenter Monetarismus", Seite 14:

> „Die ab 1891 von Gesell entwickelten Zusammenhänge zeigen uns ..."

Heute sagte laut „Fragen der Freiheit" Professor Dr. Joachim Starbatty von der Universität Bochum:

> „Die Wirtschaftswissenschaft hat Silvio Gesell tiefe Einblicke in das Wesen des Geldes und des Zinses zu verdanken, jedoch ist Silvio Gesell von der nationalökonomischen Zunft immer als Sonderling betrachtet worden. Er war ja auch kein Professor – das ist schon verdächtig. Silvio Gesell kann sich damit trösten, daß viele bedeutende Nationalökonomen ebenfalls keine ordentlichen Professoren waren."

Was jedoch, wie man sieht, immer mehr ordentliche Professoren nicht daran hindert, offen Silvio Gesell anzuerkennen.

Jetzt gilt es, die letzten hundert Meter zu überwinden, die Erkenntnis durchzusetzen, daß auch währungspolitisch nichts gesteuert werden kann, was sich nicht bewegt, den „konsequenten Monetarismus".

DIE SFS-SCHRIFTENREIHE

Herausgegeben von der

„Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit"

– Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts —

2000 Hamburg 6, Redderblock 58, Telefon (040) 678 39 24

SFS Nr. 1

Prof. Dr. Felix G. Binn

„Grenzen der Marktwirtschaft" .... DM 6,—

SFS Nr. 2

„Der konsequente Monetarismus" .... DM 8,—

Neuerscheinung

Silvio Gesell — der verkannte Prophet .... DM 8,—

Inhalt:

Prof. Dr. Felix G. Binn

„Silvio Gesell und die Gegenwart"

Silvio Gesell

„Die Insel Barataria"

Prof. Joachim Starbatty

„Eine kritische Würdigung der utopischen Insel Barataria"

F. W. v. Schelling

„Die Rolle der Notenbank im Staatsgefüge"

Joh. F. O. Schumann

„Karl Marx und die Folgen"

Dipl.-Ing. Hans Hoffmann

„Rezession bei Stagflation" .... DM 8,—

---

mtg — mensch - technik - gesellschaft

Vierteljahreszeitschrift, 4 Folgen .... DM 17,50